

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 21.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 19. bis 25. Mai 1916.

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 30. Mai 1916.

Inhalt: Die Steuerentwürfe, S. 499, 500. — Zur Stellung der Posener polnischen Stadtverordneten zum Hindenburg-Museum, S. 500. — „Die slawische Idee“, S. 501. — Das Papsttum und die polnische Frage, S. 502–505. — „Sienkiewicz“ Dankfagung, S. 505. — Geldüberfluß in den polnischen Banken, S. 505. — Vertreterversammlung der Polnits, S. 506. — Vertreterversammlung der polnisch-katholischen Arbeitervereine, S. 508. — Hauptversammlung des „Lehrerinnenheims“, S. 508. — Moskowitzsche Hinterlassenschaft in Polen, S. 509. — Vereinsgelegenovelle, S. 510. — Polnisches Hauptwahlkomitee im Westen, S. 410. — Polnische Kolonie in der Laufitz, S. 510. — Anschluß an die Mittelmächte — eine unbedingte Forderung, S. 510. — Der „Bund“ in Polen, S. 511. — Eine Sezession der Linken der P. P. S., S. 513. — Die christliche Arbeiterbewegung in Polen, S. 513. — Die Selbstverwaltung Warschaus, S. 513, 514, 515, 516. — Der polnische Schulverein in Polen, S. 516. — Die Einheit der Konfessionen am 3. Mai eine gute Vorbedeutung, S. 518. — Die Geistlichkeit und die nationalen Gedenktage, S. 518. — Der Konflikt in Sosnowice; Beteiligung der Juden an der 3. Mai-Feier, S. 519. — Betrachtungen zu der Maifeier; „Gwiazda“, S. 520. — Die Aufgaben der Zukunft, „Kurjer Polski“, S. 520–523. — Die wirtschaftliche Selbständigkeit Polens, S. 523. — Zeitungsvertrieb in Litauen, S. 524. — Vom D. P. R. R., S. 524. — Vom polnischen Klub in Wien, S. 525. — Verkauf des „Wiedenski Kurjer Polski“, S. 525. — Die landwirtschaftlichen Vereine in Galizien, S. 525. — Die russische Orientation, „Kraj“, S. 526. — Die polnischen Flüchtlinge in Rußland, S. 527, 528, 529. — Der holländische „De Tydsspiegel“ über Rußland vor dem Kriegsausbruch, S. 529. — Die französische Presse über die Polenfrage, S. 530.

Betrifft die Provinz Posen.

Die Präventivzensur im Dienstbereich des stellvertretenden Generalkommandos V. Armee Korps hat seit dem 22. April d. J. aufgehört.

Aus Nr. 118 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa) vom 23. Mai 1916.

Steuern.

In der Steuerkommission ist es zwischen der Regierung und der Mehrheit der Vertreter der Reichstagsparteien (das heißt aller bürgerlichen Parteien, den Vertreter der polnischen Fraktion Abgeordneten Trampezyński mit eingeschlossen) mit Ausnahme der beiden sozialistischen Parteien zu einer Verständigung in der Steuerfrage gekommen. Der Reichstag wird binnen kurzem die Beratungen über die Steuerentwürfe beginnen. Wenn wir den Bericht über die Verhandlungen lesen werden, werden wir nicht ohne Berechtigung unter der Adresse des Schatzsekretärs, Herrn Helfferich, ausrufen können, daß er unter einem glücklichen Stern geboren ist. Während er nämlich in seinem Entwurf nur 500 Millionen Mark Steuern forderte, hat ihm die Kommission einen Entwurf ausgearbeitet, der der Regierung ungefähr 800 Millionen Mark einbringen soll. Dieser Unterschied kann für die Regierung, die auf diesem Wege jährlich ungefähr 300 Millionen Mark mehr erhalten soll, nicht gleichgültig sein. Aber außer der Regierung und den Vertretern der Parteien, die den amtlichen Entwurf „reformiert“ haben, gibt es noch einen Reichstag. Und dieser wird mit Rücksicht darauf, daß die die Steuern aufbringende Bevölkerung immer die Frage aufwirft, welches die Grundlagen einer jeden neuen Steuer sind und ob diese Steuern dem ausgleichenden Grundsatz entsprechen, ihren Standpunkt deutlicher darlegen müssen.

An der Spitze der Steuerentwürfe steht die sogenannte Kriegsgewinnsteuer. Genau genommen trifft die Bezeichnung für diese Steuer nicht zu. Denn es sollen von dieser Steuer nicht nur diejenigen betroffen

werden, die am Kriege Gewinne erzielt haben, sondern auch diejenigen, die Verluste erlitten haben, soweit diese Verluste nicht 10 % des Vermögens betragen. Diese Abgabe müßte mithin eine Besteuerung der Kriegsgewinne und der relativen Kriegsverluste genannt werden. Unsere Leser erinnern sich, daß wir dem Regierungsentwurf einige Artikel gewidmet haben, in welchen wir den in diesem Entwurf enthaltenen berechtigten Grundsatz, die Steuerschraube gegen diejenigen anzuziehen, die am Kriege bedeutende Gewinne erzielen, betonten. Während der Kommissionsberatungen wurde auch bekanntlich der Entwurf eines nochmaligen Wehrbeitrages vorgelegt. Dieser Entwurf scheiterte hauptsächlich am Widerstande des Zentrums und der Konservativen, welche befürchteten, daß der Wehrbeitrag sich mit der Zeit zu einer ständigen Steuer entwickeln könnte. Es entstand auch der Gedanke einer Vermögenssteuer, der die Bundesstaaten in der Meinung, daß diese Steuer ein ausschließliches Privileg der einzelnen Staaten sei, andauernd Widerstand entgegensetzten. Dieser Gedanke behauptete sich schließlich doch, und zwar aus dem Grunde, weil man diese Steuer als eine außergewöhnliche Steuer betrachtet. Mit dem Entwurf der Kriegsgewinnsteuer vereinigt, bildete er die Grundlage für den Entwurf, den wir oben schon näher gekennzeichnet haben.

(Es folgt die teilweise Wiedergabe der einzelnen Paragraphen des Entwurfs.) Sodann heißt es weiter:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Grundsatz, der dem Entwurf als Unterlage diente, sich auf ein künstliches Rechenexempel stützt, ein Exempel, das den breiten Schichten geradezu unverständlich und dadurch unsympathisch ist.

Die polnischen Leser interessiert selbstverständlich neben diesen grundsätzlichen Rücksichten die Frage, welche Haltung die polnische Fraktion in dieser Frage eingenommen hat bzw. einnehmen wird. Nach den Berliner Blättern hat der Vertreter der Fraktion, der Abgeordnete v. Trampezyński, in der Kommission das Kompromiß unterschrieben. Dies bedeutet aber nicht, daß sich durch diese Unterschrift die Fraktion schon irgendwie verpflichtet hätte. Soweit es uns bekannt ist, hat die Fraktion hinsichtlich des ganzen neuen Steuerentwurfs das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wir zweifeln auch nicht, daß die Fraktion jetzt, nachdem ihr das ganze Bündel der Steuer-

entwürfe vorliegt, eine für unsere Gesamtheit verständliche Haltung einnehmen wird. Deshalb würde es auch gut sein, wenn die Fraktion in einem solchen Augenblick die öffentliche Meinung anhören wollte. Denn diese öffentliche Meinung hat ein tiefes Verständnis für die Verhältnisse, unter welchen die Fraktion im gegenwärtigen Augenblick arbeitet.

Aus Nr. 119 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 23. Mai 1916.

In Sachen des Steuerkompromisses

schreibt der „Kurjer Poznański“:

„Das Kompromiß haben, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, alle Parteien geschlossen. Auch die polnische Fraktion hat sich für die im Kompromiß enthaltenen Steuern erklärt. Unzweifelhaft betrachtet die Fraktion eine solche Stellungnahme als die Konsequenz ihrer seit Beginn des Krieges befolgten bisherigen Politik. Der Beurteilung wollen wir uns vor der Hand bis zur Einziehung näherer Informationen enthalten.“

Aus Nr. 5 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 28. Mai 1916.

Ein wenig mehr Vorsicht, ein wenig mehr Genauigkeit.

In der Nr. 1 des „Kraj“ gaben wir ein Interview unseres Posener Redakteurs mit dem Posener Stadtverordneten Herrn Dr. Hacia wieder, der im Namen der polnischen Stadtverordneten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Entwurf des Magistrats begründet hat, durch den 50 000 Mark zu einem Hindenburg-Museum gefordert wurden.

Herr Dr. Hacia betonte, daß die polnischen Stadtverordneten mit dieser Ausgabe lediglich aus grundsätzlichen Staatsgründen nicht einverstanden gewesen seien, da die Steuern hoch, die städtischen Anleihen riesig, die Zeiten schwer seien usw.

Es sind dies zweifellos Gründe, die man anführen kann — wenn es sich um eine nicht politische Angelegenheit handelt. Aber in dieser in der Posener Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Angelegenheit des Hindenburg-Museums steckt ein militärisch-politischer Kern, obwohl der Feldmarschall Hindenburg selbst nicht Politiker ist. Die Posener Stadtverordneten haben das politische Moment dieser Sache übersehen — und einen politischen Fehler begangen. Unseres Erachtens hat jeder Stadtverordnete und Stadtrat, jedes Mitglied eines Kreis- und Provinzial-Landtages bis zu einem bestimmten Grade ebenso Rücksichten politischer Natur zu beachten, wie jeder Landtags- und Reichstagsabgeordneter.

Der finanzielle Effekt der Zustimmung oder Ablehnung der Fonds für das Hindenburg-Museum hält keineswegs dem politischen Schaden die Waagschale, der durch die Ablehnung der polnischen Volksgemeinschaft zugefügt ist.

Die Posener Stadtverordnetenfraktion hätte dies voraussagen und die Fonds nicht ablehnen dürfen, die auch ohnedies bewilligt wurden.

Der finanzielle Effekt ist doch fürwahr, wie sich jeder leicht ausrechnen kann, verschwindend klein.

Eine solche Angelegenheit muß mit kaltem Blut, gehöriger Umsicht und größerer Vorsicht behandelt werden.

Manche Zeitungen, wie z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ schrieben, daß die Posener polnischen Stadtverordneten die Bewilligung der Gelder für das Hindenburg-Museum aus grundsätzlichen Gründen abgelehnt hätten. Sie fügten nicht hinzu, daß dies aus grundsätzlichen Staatsgründen geschehen ist, und daß der Redner Dr. Hacia ausdrücklich hinzugefügt hat, daß

die Ablehnung „ohne irgend welche politische Hintergedanken“ erfolgt sei. Die „National-Korr.“ und andere Organe haben sich über die ablehnende Haltung des Herrn Dr. Hacia sehr ausführlich ausgelassen und behauptet, daß die Ablehnung in der denkbar schärfsten Form erfolgt sei usw. Abgesehen von der Übertreibung, die man in jenen Artikeln bemerken kann, hat sich die Posener Stadtverordnetenfraktion jedenfalls schon davon überzeugt, welchen üblen Dienst sie der polnischen Sache durch ihr Auftreten erwiesen hat, da dieses Auftreten jedweden Gegnern der Polen in Deutschland nicht wenig Wasser auf die Mühle geleitet hat.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir eine bestimmte grundsätzliche Frage aufklären, die schon lange der polnischen Volksgemeinschaft großen Schaden zufügt.

Manche deutsche Zeitungen identifizieren, ohne sich die Mühe zu geben, zwischen den einzelnen Strömungen in der polnischen Volksgemeinschaft zu unterscheiden, die einzelnen in der Volksgemeinschaft zutage tretenden Erscheinungen oder Auftritte, und sie ziehen aus ihnen die Konsequenzen hinsichtlich des Verhaltens der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber den Polen.

So verfuhr in der letzten Zeit die „Deutsche Tageszeitung“ und eine Reihe anderer Blätter gegenüber der Rede des Herrn Hacia und der Abstimmung der polnischen Stadtverordneten in Posen in der Angelegenheit des Fonds für das Hindenburg-Museum. Aus diesem Grunde die polnische Allgemeinheit anzugreifen ist nicht richtig. Die polnische Volksgemeinschaft in Preußen ist ausgedehnt und begreift, wie jede andere, verschiedene Meinungen, Faktoren und Mittelpunkte in sich.

Die ganze Volksgemeinschaft für das Auftreten Einzelner oder einzelner Gruppen zur Rechenschaft zu ziehen ist ebenso ungerecht, als wenn man z. B. das „Berliner Tageblatt“ für die Meinung der „Deutschen Tageszeitung“ oder die „Germania“ für die Ansichten des „Vorwärts“ verantwortlich machen wollte.

Wir raten den deutschen Zeitungen, daß sie besonders jetzt, wo die polnische Frage auf der Tagesordnung steht, die Stimmung und die Stimmen in unserer Volksgemeinschaft sachlich prüfen möchten. Manche tun dies übrigens, was wir gerne zugeben. Aber andere, wie z. B. die „Deutsche Tageszeitung“, die in der deutschen Journalistik eine so hervorragende Stelle einnimmt, müßten sich die Entwicklung und politische Bewegung in unser Volksgemeinschaft ein wenig genauer ansehen und letzterer gegenüber aus einzelnen Erscheinungen im öffentlichen Leben nicht weitgehende, wenngleich nur zwischen den Zeilen zum Ausdruck gebrachte Schlüsse ziehen. Die ungeheure Mehrheit unserer Volksgemeinschaft in den drei im Bereich des Staates von ihr bewohnten Landesteilen gibt sich über die Wichtigkeit des historischen Augenblickes, in dem wir leben, Rechenschaft, und sie gedenkt keineswegs, ihre Zukunft durch Auftritte zu gefährden, welche diktiert sind durch das Sentiment einzelner Personen oder Gruppen. Man braucht aber wohl kaum zu versichern, daß kein vernünftiger Mensch bei uns es bedauert, daß unsere Landesteile vor einem russischen Einfall und vor dem Schrecken des Krieges im Lande verschont geblieben sind, der unsere Städte und Dörfer in Asche verwandelt haben würde. Das müßte für jeden, und somit auch für jene deutsche Zeitungen klar sein.

Daß andere polnische Faktoren in der Sache anders als die oben erwähnten verfuhr, davon konnte die „Deutsche Tageszeitung“ leicht erfahren, wenn sie sich nur etwas Mühe gegeben hätte.

Aus Nr. 2 des Kraj (Lissa)

vom 19. Mai 1916.

Besteht noch eine slawische Idee?

In dem Augenblick, in welchem die landläufigen Phrasen von der slawischen Idee, von ihrer „Treue“ und vom Verrat zugleich mit guter Münze in den leitenden politischen Kreisen in Rußland im Umlauf sind, und in welchem mittels ihrer beachtenswerte, wenngleich in Wirklichkeit fiktive politische Operationen ausgeführt werden, stellt einer der hervorragendsten russischen Denker, der zum Sprechen in der Frage der slawischen Ideen vielleicht am meisten berufene Nikolaus Berdiajew, mit voller Aufrichtigkeit in den Spalten der „Wizewnja Wiedomosti“ fest, daß heute im Slawentum alles schmerze, und es scheine manchmal unmöglich, die alten Streitigkeiten der Slawen untereinander zu stillen. Der einflußreiche russische Publizist stellt fest, daß es eine slawische Idee noch nicht gegeben habe oder möglicherweise erst in ferner Zukunft geben werde, daß die einzige Strömung im Slawentum, als Ausdruck der slawischen Idee der polnische Messianismus gewesen sei. Die russische Slawenfreundschaft — sei „ein noch kindliches Bewußtsein der russischen Nation, das erste Erwachen der Nation aus dem Schlafe, die erste Probe der Selbständigkeit“. Aber es seien das „Ideen des privaten, des Familien-, des sittlichen Lebens, mit denen man auf die breite Landstraße der historischen Existenz unmöglich hinauskönne. Dabei sei die slawenfreundliche Ideologie eher abstoßend als einigend gewesen. Sie habe schließlich zur offiziellen Slawenfreundschaft geführt, der niemand mehr traue, weder in Rußland, noch im Auslande“.

Vielleicht wird man sagen, Berdiajew habe einzig den Mangel einer slawischen Ideologie, nicht den Mangel der Idee festgestellt. Doch muß man fragen, ob jemals in der staatlichen Politik oder auch in der Diplomatie eine einflußreiche Idee bestanden und sich verwirklicht hat, bevor sie ihren äußeren Ausdruck des inneren Ausdrucks fand. Ich bin damit einverstanden, daß die Elemente des Messianismus in der polnischen Kollektivseele bestanden haben, bevor sich der Messianismus in den Auffassungen Bronskis, Mickiewicz, Krasinskis gestaltete. Aber unter den vielen slawischen Volksstämmen lebt sogar die bloße Überzeugung von der Gemeinschaft des Slawentums in einer überaus unklaren, ja noch mehr — in einer unausgesetzt durch ernsten Zwist, blutigen Streit und Haß getrüben Form. Es besteht, oder es bestand zum mindesten bis unlängst ein polnisch-russischer, ein russisch-ukrainischer, ein ukrainisch-polnischer, ein polnisch-tschechischer, ein serbisch-bulgarischer, ein bulgarisch-russischer, ein kroatisch-serbischer Streit. Es besteht seit 1000 Jahren eine tiefe Vorwelt, die entstanden ist aus der Aufnahme zweier verschiedener Quellen des Christentums und mit ihr der Kultur. Es bestanden zwei Herde derselben, die beide nichtslawisch waren. Weder die byzantinische, noch die romanische Kultur waren jemals slawisch. Auch hat das Slawentum nicht irgendwelche absolut besondere, heimische, eigene Elemente hervortreten lassen, außer denen, die aus seinen Temperamenten, aus der politischen Rolle und aus dem historischen System der Verhältnisse entsprangen. Von einer Verschiedenheit der slawischen Rasse und Kultur in dem Sinne, wie wir zum Beispiel von der Kultur der gelben Rasse sprechen, ist nicht die Rede. Unschwer ist wahrzunehmen, daß der die Verschiedenheit der letzteren bedingende Faktor die Religion ist, die Quelle der Kultur und die Grundlage der politischen Organisation. Nicht anders verhält sich die Sache in Westeuropa. Der Byzantinismus hat nicht

nur eine besondere Kultur, als vielmehr eine Mauer gegenüber der heute triumphierenden Kultur des Westens geschaffen, während die byzantinische Kultur nicht mehr besteht.

Der Byzantinismus hat auch die Fundamente des politischen Systems gelegt. Auf ihnen entstand das Kaiserreich Zwan des III.; auf ihn stützte sich das mit Lehenszufälligkeiten erfüllte Verhältnis der kleinen bulgarischen Staaten zu ihrer östlichen Protektorin und umgekehrt. Man kann daraus den klaren Schluß ziehen, daß dieser Schnitt durch die Mitte eines ursprünglich verhältnismäßig einheitlichen Stammes, ein in der Lebensfrühe ausgeführter Schnitt, ihn in zwei besondere Organismen umbilden mußte, die in der Folge einer weiteren Differenzierung unterlagen.

Die ursprüngliche Stammesgemeinschaft wurde der Grundsatz nicht für die Gemeinschaft der politischen Wünsche, sondern im Gegenteil für gegenseitige Eroberungen und Streitigkeiten um die territoriale oder Grenzzugehörigkeit. Abgesehen von dem recht geringfügigen Streit, der sich auf dem schmalen Landstück Österreich-Schlesiens vollzieht, dem polnisch-tschechischen Streit, stehen wir vor ernstern Streitigkeiten: dem polnisch-russischen um Rußland, dem serbisch-bulgarischen um Mazedonien, Streitigkeiten, die bewaffnete Kämpfe, territoriale Eroberungen, ständige Herde der Abneigung und des Kampfes hervorriefen. Einzig der polnisch-ruthenische Streit in Ostgalizien hat am Vorabende des Krieges eine friedliche Lösung gefunden, welche harmonisiert mit der geschichtlichen Tradition, da er während dreier Jahrhunderte überhaupt nicht bestanden hat.

Das sind die historischen Prolegomena für die gegenwärtigen Lösungen des Russen Berdiajew. Zu analogen Schlüssen führen die politischen Prolegomena. Die Angelegenheit Polens ist allzu bekannt, um sie hier an dieser Stelle in Erinnerung zu bringen. Die Unabhängigkeit der Balkanstaaten entstand auf dem Berliner Kongreß, aber in Wirklichkeit hörte sie nie auf, nur eine halbe zu sein. Die „slawischen“ Tendenzen in Böhmen hatten immer fast ausschließlich das politische Ziel im Auge, „Österreich in Schach zu halten“. Dasselbe Ziel trat von Zeit zu Zeit auch innerhalb dieses Staats zu Tage. Es war das somit ein mehr oder weniger geschicktes Spiel hinter den Kulissen; aber es lag in ihm nicht der Zement einer Idee, noch der Wille zur Vereinigung, zum Brechen des schließlich gegenwärtigen Systems. Die zentrifugalen Bestrebungen der einzelnen Völker Österreichs und die allslawische Idee — das sind zwei durchaus verschiedene Sachen. Selbst Berdiajew hat zugegeben, daß die russische Slawenfreundschaft, welche die Regierungstendenzen verdeckt, stets einen mehr abstoßenden als einigenden Charakter gehabt hat. Niemals ist auch die slawische Idee in Form des Strebens zu einem Bunde Gleicher mit Gleichen hervorgetreten.

Die einander Gleichen bedurften dieses Strebens nicht, und niemand begehrte dieser ausschließlichen Hegemonie, dieses sich Hinstreckens unter die Füße des „Triumphzuges an den Bosporus“, dieses Lojes endlich, welches Polen zuteil geworden war.

Man muß es deutlich sagen, weit deutlicher, als dies der Philosoph Berdiajew zu tun imstande ist: eine slawische Idee kann erst in der Zukunft entstehen, heute ist sie nicht vorhanden. Gegenwärtig gibt es nur einen Imperialismus unter dem slawischen Deckmantel. Damit jedoch diese Idee entstünde, wäre die unerläßliche Bedingung das Auftauchen noch eines unabhängigen staatlichen Sammelwesens; dann kann nämlich das weitere Sichbefreien der Volksstämme slawischer Herkunft zur eigenen staatlichen Existenz die geeignetste Stütze finden. Dann würden

vielleicht nicht wie bisher ausschließlich slawische Gegensätze, sondern auch gemeinsame slawische Interessen bestehen, aber auch das nur unter gewissen Bedingungen und unter wahrscheinlichen Voraussetzungen. Eine reale Grundlage hierfür wäre auch dann nicht gegeben.

Eine slawische Idee könnte möglicherweise im Laufe der Zeit entstehen, aber erst auf den Trümmern dieses düsteren und engen Gebäudes, in welchem man sie unterbringen wollte. Sie kann nur aus der Ableugnung dessen entschlüpfen, was bisher als slawische Idee galt. Damit sie geboren werden kann, muß der Panlawismus verschwinden.

Gewiß ist die geistige Arbeit Berdiajew's nicht überflüssig, die den Boden, auf dem er die künftige Ernte einzuheimen begehrt, tief aufrührt. Aber es ist das eine Arbeit für die Zukunft bzw. für eine sehr entlegene Zukunft. Für den gegenwärtigen Moment ist sie bedeutungslos. Wir wollen mit Berdiajew feststellen: Bisher gibt es eine solche Idee, welche fähig wäre, ein geschichtlicher Faktor zu werden, welche die russischen hegemonischen und Vereinigungstendenzen kategorisch ableugnete, nicht. Wenn also in diesem Augenblick von slawischer „Treue“ und von deren „Verrat“ die Rede ist, so haben wir es unausgesetzt noch mit der alten abstoßenden Schöpfung zu tun. Es sind das somit die üblichen Aufforderungen, diese Hegemonie anzuerkennen, seine Existenz den „einrichtenden“ Operationen zu unterwerfen. Es sind das Aufforderungen, gerichtet an den Hammel, daß er sich weiter scheren lasse.

Fast gleichzeitig hat auf der Tribüne der Duma und sodann in seinem Organ „Niec“ der Führer der russischen Kadetten, Miljukow, an die Adresse der Polen Worte von „Treue“ und „Verrat“ gerichtet, Worte, von denen man nicht weiß, wer Miljukow dazu ermächtigt hat. Miljukow vereinigt in sich das Talent des Politikers mit dem Wissen des Historikers; bestimmt wußte er sich auch gewisser historischer Analogien aus dem bekannten Moskauer Slawenkongreß vom Jahre 1867 zu erinnern. Sollte ihn das Gedächtnis hinsichtlich bestimmter Tatsachen im Stich lassen, dann findet er sie gewissenhaft gesammelt in der Arbeit Julian Raczkowski's „Le congrès de Moscou 1867“, die in Paris herausgegeben wurde und zweifellos Miljukow auch bekannt und zugänglich ist, da sie in französischer Sprache erschienen ist. Auch dort wurde von dem „Verrat“ Polens gesprochen. Man sprach unter dem Eindruck frischer Ereignisse. Der Instinkt des Politikers muß doch wohl Miljukow zuflüstern, daß die Polen zu einem solchen „Verrat“ nicht weniger gestimmt sind, wie im Jahre 1863, daß sie immer mehr die slawische Sache in einer solchen Weise alle Augenblicke „verraten“, indem sie geradezu ihre nationalen Rechte verteidigen und bei ihren politischen Aspirationen verharren. Ist der im Jahre 1863 sprechende Miljukow weit entfernt von Tintjew, der im Jahre 1867 sprach, oder von dem zu derselben Zeit schreibenden Katkow? Er müßte ihr diametraler Gegner sein. Denn in dieser Sache haben keine relativen Unterschiede Bedeutung, keine Unterschiede in der politischen Kultur, welche den sein ganzes Leben hindurch für die politische Freiheit seiner Nation kämpfenden Miljukow von Katkow trennt, der sie das ganze Leben hindurch bekämpfte.

Das sind zwei besondere Angelegenheiten. Der Gegner und die lebendige Antithese Katkows im inneren Leben der eigenen Nation kann in äußeren Angelegenheiten der Erbe derselben ideellen Strömung sein. Analogien sind vorhanden — und keineswegs oberflächliche. Ist doch bekannt, daß Katkow ursprünglich Anhänger der Autonomie Polens war und deren Gegner wurde nach dem „Verrat“ vom Jahre 1863. Und ist das Auftreten Miljukows nicht eigentlich eine

ähnliche Warnung vor dem „Verrat“ dieser „slawischen“ Sache, die überhaupt noch nicht existiert, zu Gunsten seiner politischen Ideale?

Es können sich somit zwei Pole des politischen Denkens, zwei Antithesen — die des Fortschritts und die der Reaktion, zwei ausgesprochene Gegensätze in der Anschauung bezüglich der monarchischen Rolle der eigenen Nation miteinander verständigen, und manchmal geschieht es auch. Ich will diese Tatsache keineswegs zu dem Zwecke feststellen, um Miljukow im Vergleich mit Katkow herabzusetzen. Ich stelle sie zu einem anderen Zwecke fest: um hervorzuführen, daß der russische politische Gedanke, der im Laufe der letzten 50 Jahre sonst bedeutende Fortschritte gemacht hat, gleichwohl unausgesetzt in dem ursprünglich relativen Stadium verharret, wenn es sich um allgemein-slawische Fragen handelt. Auf diesem Gebiet sind Spielmarken im Umlauf. Ohne die Grundlagen zu überdenken, wendet man Gemeinplätze an, die gar keine eigentliche Bedeutung oder absolut nicht die haben, die man ihnen geben will.

Aber nicht nur auf dem Boden der polnisch-russischen Frage, sondern auch inmitten der West- und Südslawen stößt man auf die gleiche oder auf eine ähnliche Erscheinung. War nicht z. B. der Neulawismus Kramarz' eine Wiederholung des alten und streng theoretischen Panlawismus Kollars? Daß diese „neue jung-tschechische Nachprüfung der „all-slawischen Sache“ in sich keine oder fast keine Lebens-elemente hatte, davon zeugt am offenbarsten doch schon ihr unverhofft schneller Verfall, der schon lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges erfolgte, und somit nicht erst durch letzteren veranlaßt wurde. Und was soll man von der bulgarischen Russenfreundschaft Geshows und Danew's sagen, die sich heute völlig mit den bis noch vor kurzer Zeit ihrerseits mit solcher Hartnäckigkeit bekämpften Richtungen ausgesöhnt haben und sich selbst gegenwärtig da befinden, wo sie vor 25 bis 30 Jahren standen? Welchen Wert besaß die Idee der nationalen „kroatisch-serbischen Gemeinschaft“, die nach 60 jährigem theoretischen Bestehen unter dem Druck eines einzigen streng inneren Vorfalles fast vollständig von der politischen Bildfläche verschwand? Und von derartigen Erscheinungen sind wir fast in dem ganzen Slawentum Zeugen, wo die politischen Programme der einzelnen Völker innerlich die verschiedensten Phasen der Entwicklung durchmachen und hinsichtlich der individuellen heimatlichen Orientierung reifen, während von Entwicklung und Fortschritt nicht die Rede ist, sobald es sich um die sogenannte allgemein-slawische oder allslawische Idee handelt. Wird der gegenwärtige Weltkrieg zu einer genaueren Formierung dieser Idee beitragen? Wird er auf eine größere Klärung der slawischen Programme Einfluß ausüben, als bisher? Wird nach beendetem Kriege auf diesem Felde eine tiefere Wandlung eintreten, oder werden die bisherigen Verhältnisse unverändert bleiben? Alles das sind Fragen, auf die heute eine Antwort schwer zu finden ist. Aber sie sich in dem heutigen Augenblick vorzulegen, sowie eine gewissenhafte, sei es auch zurückhaltende Antwort auf sie zu finden, betrachten wir als angebrachter, als das Wiederholen aller solcher Phrasen von der „Unsterblichkeit“ oder auch „Heiligkeit“ der großen all-slawischen Ideen.

Darin liegt auch unser „slawisches Programm“, das wir im „Kraj“ hervorheben. M. Salow.

Aus Nr. 1 des Kraj (Lissa)
vom 18. Mai 1916.

Das Papsttum und die polnische Frage.

Unter allen Aktualitäten der Gegenwart ist insbesondere die Angelegenheit des Papsttums, das heißt die römische Frage betreffend die Rückgabe des frü-

heren Kirchenstaates an das Papsttum, aktuell. Die gesamte Presse der Welt befaßt sich mit ihr sehr lebhaft, auch polnische Artikel und Broschüren haben sich damit beschäftigt. Es wird gut sein, diese Stimmen des polnischen Schriftentums, das in Verteidigung des heiligen Vaters, dessen Stellung in geistiger und traditioneller Hinsicht in wahrhaft väterlicher Weise auf unsere Kultur Einfluß ausgeübt hat, die in vieler Beziehung der polnischen Frage ähnelt, aufrecht zu erhalten. Deshalb kann man auch die Frage des Papsttums der polnischen Frage gegenüberstellen.

Die vorliegende Betrachtung ist kein geschichtlicher Vortrag, sondern lediglich eine Lösung zum Zwecke der Wiederaufnahme der Angelegenheit. Auch für die gebildetsten Leser wird es gut sein, auf ihre hauptsächlichsten, die Frage des Papsttums betreffenden Elemente, auf das Verhältnis des Papsttums zu Polen und damit auch auf unser Verhältnis zum Papsttume hinzuweisen.

I.

Charakteristik der römischen Frage.

Die Anfänge des Kirchenstaates reichen zurück auf die durch Konstantin den Großen gemachte Schenkung. Die in rechtlicher Beziehung gereifte Entwicklung fällt in die Zeit der Karolinger, in welcher das päpstliche Territorium schon gänzlich von der fremden Macht befreit und der Papst unabhängiger Monarch mit allen Attributen der Souveränität ist. Der Staat gewinnt an Ausdehnung und hat eine selbständige etwa 1000jährige Geschichte. In der kritischen Zeit der Annexion durch Italien hat er einen Flächenraum von 40 000 qkm und zählt etwa 2½ Millionen Einwohner. Die Einnahme Roms durch die Heere Victor Emanuels erfolgte am 20. September 1871. Die rechtliche Situation wurde durch das italienische Garantiegesez geregelt. Seine Grundlage war der Regierungsantrag unter dem Titel: „Garanzie dell' indipendenza del Sommo Pontefice e dell' libero esercizio dell' autorità spiriuiuale della Santa Sede.“ Dieser Antrag, beschlossen durch die Kammer am 21. März 1871 (mit 185 Stimmen gegen 106) und angenommen durch den Senat am 2. Mai, erhielt die königliche Bestätigung am 13. Mai 1871 in Turin und erlangte Gesezeskraft, ward jedoch nur zu einem inneren Gesez für Italien ohne internationale Verbindlichkeit.

In 2 Teilen und 19 Artif. In enthält das Gesez das Vorrecht des Papstes und des heiligen Stuhles, wie auch das Verhältnis des Staates zur Kirche. Die Person des Papstes ist — nach dem Wortlaut des Gesezes — heilig und unverleßlich. Der Angriff auf die Person des Papstes oder die Provokation dazu sollen so bestraft werden, wie der Angriff auf die Person des Königs. Die italienische Regierung bezeugt im Bereiche des Königsreichs dem Papste die den gekrönten Häuptern zustehenden Ehren. Dem Papste steht das Recht zu, zum Schutze seiner Person und der apostolischen Paläste eine eigene Leibgarde zu halten. Für die Unterhaltung des Papstes und für die geistlichen Bedürfnisse des heiligen Stuhles wird eine Jahresdotation in Höhe von 3 225 000 Lire ausgesetzt. Der heilige Vater wird die vatikanischen Paläste, sowie die Villa in Castel Gandolfo mit allen Gebäuden, Gärten, Museen und Sammlungen, die weder der Besteuerung noch Enteignung unterliegen, weiterhin benutzen. Die Residenz des Papstes darf von Funktionären einer öffentlichen Behörde ohne päpstliche Einwilligung nicht betreten werden. Es ist nicht gestattet, die Papiere, Dokumente, Bücher und Register in den päpstlichen Ämtern und Kongregationen einer Durchsicht zu unterziehen und zu beschlagnahmen. Der Papst kann seine Handlungen an den Türen der römischen Basiliken und Kirchen bekanntgeben. Den

Abgesandten beim Vatikan wird diplomatischer Schutz gewährt. Die päpstlichen Depeschen und Briefe werden im Bereiche des italienischen Staates frei befördert. Von den Bischöfen wird man den Treueid für den König nicht fordern.

Selbst eine solche Garantie hat sich jedoch nicht in der gehörigen Weise verwirklicht, denn es haben sich gleichzeitig ungestraft schmähende Karikaturen der päpstlichen Person, Diebstähle von Reliquen, Monstranzen und Reliquien, die man jüdischen Händlern verkaufte (im Jahre 1871 für 3 Millionen Lire) gezeigt. Ferner haben sich gezeigt ein Verbot der öffentlichen Prozessionen, das Zwingen der Geistlichen zum Militärdienst usw. usw. Trotz der Garantie mußte selbst der Papst seine Enunziationen außerhalb Italiens drucken, weil sie konfisziert wurden. So gab er z. B. die Enzyklika vom 1. November 1870 in Genf heraus. Der Papst hat niemals das Garantiegesez angenommen, sondern im Gegenteil vielfach gegen dasselbe protestiert. Insbesondere hat er niemals die ihm zuerkannte Jahresrente bezogen.

Auch die Nachfolger Pius IX. haben die Ungerechtigkeit dieses Gesezes scharf verurteilt, so z. B. Leo XIII. am 5. August 1898 und Papst Benedikt XV. am 1. November 1914.

Trotz der harten Bedrückung ist der Papst in der Tat nicht Untergebener, wie manche Autoren zu behaupten wagen, sondern er ist Monarch. Selbst die römische Regierung verfährt seit einem halben Jahrhundert im Verhältnis zum Apostolischen Stuhle tyrannisch, sie nannte den Papst niemals einen römischen Bürger, obgleich alle Päpste aus den römischen Bürgern gewählt worden sind. Die Selbständigkeit des Papstes beweist die Freiheit von der Untertanenschaft, das beweisen auch die diplomatischen Verhältnisse mit vielen anderen Staaten, wie mit Österreich, Bayern, Belgien, Brasilien und mehreren amerikanischen Republiken, mit Spanien, Preußen usw. Und diese Verhältnisse gewinnen gegenwärtig immer mehr an Ausdehnung und festigen sich. Die Selbständigkeit des Papstes wird auch dargetan durch das Recht, Titel und Orden zu verleihen. Solches steht nur herrschenden Personen zu. Der Papst ist somit König in Wirklichkeit, er leidet aber schwere Knechtschaft.

Die vatikanische Knechtschaft zeigt sich dadurch, daß der Papst niemals das Bereich des Vatikans verläßt. Dieser Umstand ist für die Päpste mit Rücksicht auf das ungesunde Klima Roms sehr beschwerlich, insbesondere mit Rücksicht auf ihr Alter und manchmal auch mit Rücksicht auf ihre früheren größeren Bequemlichkeiten, an die sie in ihrem Heim und in der Stellung als Kardinal gewöhnt gewesen sein konnten. Dieser stumme Protest besitzt einen tiefen Sinn, wenn nun schon der vierte Papst streng an ihm festhält. Die vatikanische Knechtschaft umfaßt symbolisch auch die Kardinäle in Rom. Niemand berühren sie mit ihrem Fuße den Boden Roms. Im Bereiche der Stadt fahren sie stets nur in geschlossenen schwarzen Karossen, die mit Kappen bespannt sind. Sie bewegen sich nur hinter der Stadt zu Fuße. Häufig sieht man daselbst einen Kardinal dahinschreiten, dessen Karosse sich auf der Mitte des Weges fortbewegt. Niemand betritt er mit seinem Fuß die städtischen Tore.

Ich kenne niemanden, der ohne Rührung die römische Frage betrachten würde. Und so stellen wir sie denn auf die Tagesordnung des jeweiligen Lebens, namentlich im Vergleich mit der Lage des Vaterlandes.

II.

Groß ist die Ähnlichkeit Polens mit dem Papsttume:

ein lebendiges Volk, seines Staatswesens beraubt, und der Papst — ein König ohne Land! Ähnliche Forderungen und ähnliche Hoffnungen! Schon das

allein weckt gegenseitige tiefe Sympathie und Achtung, die zu einer mächtigen Ehre und Liebe auswächst. Es gibt aber ein noch viel festeres Band: das Papsttum ist der unvergleichliche Bundesgenosse Polens, der treu und mutig ist.

Es ist wohl wahr, daß auch Ausnahmen vorhanden gewesen sind. In den Träumen von der Befreiung Zwanz hat der apostolische Legat die siegreiche Hand Batorz, die den Zaren unterjocht und die russische Krone vielleicht mit Polen verbunden hätte, zurückgehalten. Gregor XVI., welcher unter dem Einfluß der absolutistischen Doktrin die Theorie von der monarchischen Macht des XVIII. Jahrhunderts zu steif auslegte, äußerte sich gar schmerzlich über den November-Aufstand in seiner Enzyklika „*Quam primum*“ vom 9. Juni 1832. Oftmals aber bemühte er sich, die Beleidigung des polnischen Volkes gut zu machen, z. B. durch die feierliche Allocution „*Härentem diu*“ vom 22. Juli 1842, insbesondere aber durch die rücksichtslose dreiste Erinnerung an die polnischen Unbilden beim Zaren Nikolaus I. gelegentlich der ihm am 13. Dezember 1845 gewährten Audienz. Der Papst zog es vor, sich bei dem Machthaber des Nordens der Gefahr auszusetzen, als seine väterliche Stimme in Verteidigung des verfolgten und schon geschwächten Volkes ruhen zu lassen. Das Auftreten des Apostolischen Stuhls nicht zum Vorteile Polens gehört denn auch nur zu den Ausnahmen. Das muß mit der ganzen wissenschaftlichen Wahrheit anerkannt werden.

Die polnische Zivilisation ist die Zivilisation des Westens, vorwiegend die lateinische, die uns von dem päpstlichen Rom aus entgegenleuchtet. Nicht nur allgemein segensreich war der Einfluß von dort her, sondern er war real und konkret in den allerwichtigsten geschichtlichen Bedürfnissen. Unter Außerachtlassung der politischen Vorteile stellte sich der Papst auf die Seite Polens, z. B. in dem Streite mit den Kreuzrittern. Auch in materieller Beziehung brachte der Papst unschätzbare Opfer für die Sache Polens dar; er verzichtete z. B. auf den in reichem Maße fließenden Peterspfennig und überwies ihn zur Verwendung für die polnische Feste Kamieniec in Podolien, um das Christentum vor den Heiden, in erster Linie aber unmitttelbar — unser Vaterland zu retten. Als die befreiende Konstitution vom 3. Mai beschlossen wurde, gab der Papst seiner wahrhaft väterlichen und herzlichen Freude darüber Ausdruck in einem Briefe an Stanislaus August Poniatowski, auch durch die feierlichen Dankgottesdienste in Rom tat er das. Das Papsttum hat die Teilung niemals anerkannt. Es gibt in Polen kein Geschlecht, das die Wohltaten des Apostolischen Stuhles nicht empfunden hätte. Typisch dafür wird Pius IX. sein, dessen Taten für Polen einer längeren Beschreibung bedürfen. Was konnte er von dem armen, der Freiheit beraubten polnischen Volke wohl erhoffen? Unverbrüchlich empfangend und arbeitete er für das Wohl Polens. Sein Herz blutete auf die Nachricht von der Niederlage bei Miechow; er ordnete sofort Gebete an und sandte den Beschädigten 6000 Lire. Mit Mannhaftigkeit trat er für das Vaterland bei dem Zaren Alexander II. am 22. April 1863 ein. Er befahl am 6. September 1863 öffentliche Processionen in Rom abzuhalten und zelebrierte persönlich für die Intention Polens. In einer Reihe von Aufrufen, geschriebenen und gesprochenen, schützte er uns mit allen seinen Kräften. Mit welcher unermesslichen Dankbarkeit lesen wir seine denkwürdige Enzyklika „*Ubi urbaniano*“ vom 30. Juli 1864 oder seine Allocution „*Luctuosum*“ vom 29. Oktober 1866. Fürwahr, wenn wir auch vor Patriotismus entbrennen würden, so sind doch die Worte Pius IX. imstande, dieses unverlöschliche Feuer des Geistes noch mehr

anzufachen und zu festigen! Auch Leo XIII. war unser Freund. Sein Brief an die polnischen Bischöfe, welcher die Einigkeit des Volkes feststellt, ist ein herrliches Beispiel dafür. Pius X. bekundete der polnischen Deputation aus Galizien im November 1908, daß er für Polen die allertiefste Achtung hege. Er genießt das größte Ansehen und trägt die höchste Würde auf Erden! Ich habe das selbst aus seinem Munde gehört. Weil er wußte, was Czestochau für Polen bedeutet, stiftete er aus seiner nicht allzu reichhaltigen Schatzkammer goldene Kronen für die Czestochauer Mutter Gottes und das Jesuskind, er erhob die Kirche des Klaren-Berges zur Würde einer römischen Basilika. Dasselbe Privileg verlieh er der Plocker Kathedrale und der in Lemberg. Er bewerkstelligte die Besetzung des Gnesen-Posener Thrones durch einen Landsmann. Es war das sogar der letzte Akt seines Pontifikats, den er auf dem Sterbebette ausführte. Der erste Akt Benedikt XV. dagegen war die Ausstellung der Dokumente für diesen Thron für den Bischof Likowski.

Benedikt erkannte Polen, insbesondere Krakau. Er verlieh dem Geistlichen Puzyna das Kardinalsabzeichen. Mit Glück erfüllen uns die Offenbarungen des Heiligen Vaters darüber, daß er seit langem persönliche Liebe gegen uns hegt. Der an den Gnesen-Posener Erzbischof gerichtete Brief, welcher die nationale Einigkeit und die Herrschaft der Königin der Krone Polens anerkennt, ist für uns eine starke Stütze in unserer gegenwärtigen tragischen geschichtlichen Lage. Die Geschenke des Papstes sind um so reicher und schätzbare durch seine Liebe, mit der er sie gibt. Es fehlt geradezu an Worten des Dankes für die Gnade, mit der er uns umgab, als er in der ganzen katholischen Welt den polnischen Tag auf den 26. November 1915 festsetzte. Wer nur ein wenig Kultur und Glauben besitzt, sieht mit Verwunderung, wie außer der Geldhilfe der gute Ruhm geschätzt wird, der über Polen in allen christlichen Ländern durch den gegenwärtigen heiligen Vater verbreitet wird und welcher Schatz für uns in moralischer Beziehung die Gebete der ganzen Kirche sind. Es ist das eins der unbezwinglichen Argumente für unsere Freude und für unseren Mut für die Zukunft.

III.

Polen für das Papsttum.

Täuschen wir uns nicht selbst mit Sprichwörtern — wie „*Polonia semper fidelis*“. Wir sind dem Papsttum gegenüber in jedem Falle Schuldner.

Nicht ohne Beschämung kann man daran erinnern, wie sich bei einem Empfange bei dem Papste Pius IX. der Dichter Mickiewicz als Vertreter des Volkes benommen hat. Der in seinem Edelmute unerreicht dastehende Papst Pius IX. hat das sein ganzes Leben hindurch durch Wohltaten vergolten. Und unter den Garibaldianern, die gegen den allgütigsten Papst waren, befanden sich auch — Polen. Das Projekt für die Aufstellung eines Denkmals dieses Wohltäters unseres Vaterlandes — das Denkmal war bereits fertiggestellt — fiel mit der Begründung: Pius IX. sei Ausländer!

Unter den zahlreichen Wohltaten Pius X. bildet sich die schändliche Sekte der Mariawiten und die abtrünnige national-polnische Kirche in Amerika. In dem von Pius X. geliebten Czestochau wurden Verbrechen ausgebrütet. Unser durch Pius X. geehrtes Vaterland lieferte leider eine Menge von Schreibern und Lesern, die sich an unsätligen und gottlosen Themen ergötzen. Die uralte Jagellonische Universität, deren Professoren geschworen haben, gemeinschaftlich die unbefleckte Empfängnis der heiligsten Mutter Gottes zu schützen — diese Universität besitzt eine Jugend, die sich gegen einen Professor richtet und in gassenhafter Weise gegen die Freiheit des Professor-

wortes auftritt, weil dieser Professor ein Geistlicher ist! — Sie besitzt eine Jugend, welche, entgegen allen Begriffen der Freiheit und Gleichheit, die akademische Vereinigung „Polonia“ aus den kollegialen Verhältnissen ausschließt, weil sie auf katholischer Grundlage steht. Seien wir nicht eitel großtuerisch, daß „Polen stets treu ist“, wenn die höchste wissenschaftliche Institution, die Akademie der Wissenschaften in Krakau, Werke belohnt, welche in pseudo-wissenschaftlicher Weise den ersten Patron Polens, den heiligen Stanislaus (durch den Professor Wojciechowski aus Lemberg), herabwürdigt und die Herausgebung der Kirchenwäter dem Professor Sternbach, einem Vertreter der mosaischen Religion, überträgt. Außer der Kenntnis des Griechischen ist doch wohl Gefühl und Verständnis für den christlichen Geist erforderlich. Welches Vertrauen kann denn der Leser zu den patristischen Texten haben, die von einem von Natur der Sache aus feindlich gestimmten Andersgläubigen redigiert werden? Und selbst während der kriegerischen Unglücke ist der Geist in der Nation manchmal nicht sehr gläubig; es ist traurig, wenn man Kanzelredner und Augenzeugen erzählen hört, daß schamlose Zügellosigkeit in Baracken und Spitälern, ferner Raub und Diebstahl erschreckenden Umfang angenommen haben.

Wir sind Gott und dem Papsttum gegenüber Schuldner! Um uns die ehrenvolle Eigenschaft „fidelis“ zu erwerben, müssen wir tatkräftig arbeiten!

Es war somit notwendig, an dem „Papsttage“ eifrigen Anteil zu nehmen, für den Peterspfennig zu opfern, für die Intention Benedikt XV. zu beten. Man darf es auch nicht genug sein lassen an dieser schönen augenblicklichen Manifestation, man muß sich vielmehr mit der Verteidigung der aktuellen römischen Frage befassen. Lassen wir uns nicht von anderen überholen, die vielleicht weniger Verpflichtungen zur Dankbarkeit gegen den Apostolischen Stuhl und die geheiligte Person des gegenwärtigen Papstes haben als wir.

Polen hört trotz der furchtbaren Geschehnisse nicht auf, sich durch Talente und hohe Intelligenz auszuzeichnen. Das ist eine mächtige Waffe; gebrauchen wir sie in Treue für den heiligen Vater. Man muß in der Presse, in Memorialen und Vorträgen den Wiederaufbau des Kirchenstaates zu erstreben suchen. Möge das die energische zivile Tat Polens sein!

Ohne Zweifel beschäftigt uns der empfindliche Gedanke an unser Vaterland, aber selbst im Unglück steht es nicht wohl an, nur egoistisch zu denken. Einst trat nur ein Präsident der amerikanischen Republik Ecuador, Garcia Moreno, in einem Rundschreiben vom 18. Januar 1871 gegen die Annexion Roms auf, und doch läßt dieser Protest bis jetzt der Diplomatie keine Ruh und ruft um die Rechte des Papstes.

Wir sind keinesfalls schwächer, und die Zeit ist jetzt günstiger. Verteidigen wir den heiligen Vater! — Schon Napoleon III. meinte, wie Cowley de Russella schreibt, daß das „Nördliche und Südliche Königreich Italien mit einem entsprechenden Territorium für den Papst zwischen ihnen alle Seiten befriedigen würde“. Es scheint, daß es jetzt mehr an der Zeit ist, den Kirchenstaat wieder aufzurichten; die Gerechtigkeit und der am besten verstandene Opportunismus verlangen das unwiderstehlich.

In dem heutigen Polen wird viel über „Orientationen“ gesprochen. Es gibt eine Orientatation, die sich weder gegen Bundesgenossen noch gegen Nationale richtet und würdig ist, eingeführt zu werden als ein neuer Wert und als ein praktischer Wegweiser fürs Handeln — und das ist die römische Orientatation! Das Papsttum ist nach seinem Wesen und nach den tausendjährigen Erfahrungen der Bunde-

genosse Polens. Bewahren wir dieses heilige Bündnis!

Aus Nr. 117 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 23. Mai 1916.

Sienkiewicz' Dankagung.

Heinrich Sienkiewicz hat an alle Gegenden und Städte des Landes, wo beschossen worden war, seinen siebzigsten Geburtstag mit Sammlungen für die Kriegsoffer zu verbinden, und so auch an das Komitee für die Obdachlosen in Polen, folgenden Dankbrief gerichtet:

Beveh, den 14. Mai 1916.

Verehrte und teure Landsleute!

Die polnischen Zeitungen brachten die für mich sehr ehrende Mitteilung, daß Ihr vorgenommen habt, meinen siebzigsten Geburtstag mit dem erhabenen Ziel der Hilfeleistung für die obdachlosen Opfer dieses schrecklichen Krieges zu verbinden, der unser geliebtes Vaterland mit Trauer und Ruinen bedeckt hat.

Mein Herz und die Euringen flammten immer in derselben Liebe für die gemeinsamen Ideale und lebten stets in derselben Hoffnung. Aber Euere Anerkennung, daß mein Wort ein echter und würdiger Ausdruck der allgemeinen polnischen Gefühle und der allgemeinen polnischen Sehnsucht gewesen sei, erfüllte meine Seele mit herzlicher Dankbarkeit. Jenseits der Grenze eines bestimmten Alters kann man nicht mehr viel von der Zukunft für sich hoffen und erwarten; wenn aber etwas den Abend meines Lebens erleuchten, wenn mich etwas mit großer Freude durchdringen konnte, so war das der Gedanke, daß mein Name mit der patriotischen Tat der Liebe und der Barmherzigkeit, mit dem brüderlichen Mitgefühl für das Ungemach und mit der Vermehrung des Brotes für die Hungerigen verbunden sein wird.

Diese große Freude, dieses wunderbarste Blatt in meinem bürgerlichen Kranze, verdanke ich, verehrte Landsleute, Euch und allen den teuren Mitbürgern, die sich beeilen, Opfer zu bringen, um eine nationale Niederlage zu verhüten und dabei meine Arbeit über Verdienst zu ehren. Mit welchen Worten soll ich dafür danken, wie soll ich meinen wärmsten Dank ausdrücken? Es kann das höchstens mit dem polnischen: „Gott vergelt's!“ — und mit dem aus der Tiefe des bewegten Herzens fließenden Versprechen geschehen, daß ich, solange meine Kräfte und mein Leben reichen werden, mit Euch zusammen fühlen, mich freuen oder leiden, mich mit Euch zusammen nach dem neuen Morgen des Lebens sehnen und mit Euch zusammen unserer gemeinsamen Mutter — dem Vaterland — dienen werde.

Heinrich Sienkiewicz.

Aus Nr. 111 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 16. Mai 1916.

Der Ueberfluß an Geld in den polnischen Landen. (Schluß.)

So wie bei uns, so läuft auch in Galizien ein bedeutender Teil der in die Genossenschaften fließenden Kapitalien nicht in Form von Spareinlagen ein, sondern als Abzahlung von in der Genossenschaft aufgenommenen Anleihen. Eine solche Abzahlung kann rationell sein oder nicht. Wenn der Landwirt während des Krieges soviel verdient hat, daß sein Verdienst die Summe übersteigt, die er nach dem Kriege in seine Wirtschaft wieder stecken müssen, dann ist die Abzahlung der Schuld um die Quote des Erwerbsüberschusses rationell. Sie ist jedoch nicht rationell, wenn der Landwirt nach dem Kriege, um

seine Landwirtschaft zu heben, dazu verurteilt sein wird, eine neue Schuld aufzunehmen. Er setzt sich nämlich der Gefahr aus, daß er nach dem Kriege diesen Kredit nicht gewährt erhält und daß dann der dadurch für ihn erwachsende Schaden größer sein wird, als der durch die Abzahlung erzielte Gewinn. Von solchen Schuldnern, die nicht in die Zukunft schauen, schreibt das galizische Organ was folgt:

„Jedoch hat eine forcierte Schuldentilgung über die Verpflichtung hinaus, wenngleich man ihr auch die Berechtigung nicht absprechen kann, jetzt ihre zwei Enden, das eine von ihnen ist zum Nutzen des Schuldners gefehrt, aber das andere kann sich vielleicht zu seinem Schaden wenden; dann besonders, wenn der Schuldner gleich nach dem Kriege Kredit brauchen wird, ohne ihn dann so leicht erhalten zu können. Man muß nämlich voraussehen, daß die Besitzer der Einlagen bald nach dem Kriege lebhaft und stark dieselben zurückziehen werden, um sie für die Wirtschaft und zum gewinnbringenden Umsatz auszunutzen und um auch verschiedene Vermögens- und Familienangelegenheiten, die der Krieg in ihrer Entwicklung aufgehalten oder sie zu späterer Lösung geschaffen hat, zu regulieren. Die Genossenschaften werden dann vor der Hand am wenigsten an die Gewährung neuer Kredite denken können, und die meisten Fonds, die meiste Aufmerksamkeit und Arbeit werden sie der Rückzahlung der Einlagen und der Regulierung der bisherigen Geschäfte zuwenden müssen.“

Dieselben Ansichten äußerten auch die Leiter unserer finanziellen Organisationen. Aus dem Obigen ist nicht mehr schwer zu entnehmen, daß auch hinsichtlich des Standpunkts, den die Genossenschaften und Banken gegenüber dem augenblicklichen Zustuß an Kapital einzunehmen haben, die Ansichten der galizischen Organisationen dieselben sind, wie sie in den Kreisen unserer Genossenschaften und Banken vorherrschen. Über diese Angelegenheit lesen wir was folgt:

„Es drängen sich unter Umständen die Fragen auf: „Wie soll man mit den sich häufenden Überschüssen wirtschaften? Ist irgend eine Kreditfähigkeit der Genossenschaft möglich und angezeigt?“

„Als Hauptregel des Verhaltens muß jede Genossenschaft den Grundsatz annehmen, daß sie die sich häufenden fremden Fonds während des Krieges nicht in solchen Unternehmungen und Krediten anlegen darf, aus denen sie nicht leicht und zu jeder Zeit zurückgezogen und mobilisiert werden können.

„Die Höhe der Zinsen ist von geringer Bedeutung, und die vorsichtigen Banken tragen sogar bedeutendere Verluste, die in der Differenz zwischen den gezahlten und erhaltenen Zinsen bestehen, um sich die Liquidität zu sichern und um recht viel bares Geld leicht zur Verfügung zu haben. Wenn irgend eine Genossenschaft diesen Grundsatz als übertriebene Vorsicht seitens des Landeskuratoriums oder der Zentralkasse betrachten sollte, so möge ihr als Fingerzeig folgende Warnung dienen, die in dem Geschäftsbericht der „Pöfener Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften“ für das Jahr 1915, also eines sehr wohlhabenden und verdienten Instituts, enthalten ist:

„Ein Bankgeschäft, das in den heutigen Zeiten sein überflüssiges Bargeld in mehr oder weniger immobilien Kreditgeschäften anlegt, um seinen Deponenten höhere Zinsen zahlen zu können, bringt sich und seine Kunden in die Gefahr, daß es mit dem Eintritt der Friedenszeiten überhaupt nicht in der Lage sein wird, den Deponenten ihre Einlagen zurückzuzahlen, wenn diese sie anfordern werden. Und die Deponenten, welche nach einem höheren Zinsfuß jagen, haben zwar gegenwärtig ein höheres Einkommen daraus, aber sie müssen ernst damit rechnen, daß sie später nur mit Schwierigkeiten ihr für längere Zeit unbewegliches Kapital zurückerhalten werden.“

„Denn nach dem Kriege wird sich die Geldwoge wenden, und es wird ein Umsetzen des baren Geldes in wirtschaftliche Kapitalien erfolgen: Lebendes und totes Inventar, Rohmaterial, Arbeitslöhne, Gebäude, Boden usw. Und es ist eine wichtige Sache, daß dieser Wechsel, welcher in einer lebhaften Zurückziehung der Spareinlagen zutage treten wird, ohne große Verluste sich vollziehe. Und sollte das eine gesunde und vernünftige Wirtschaft sein, wenn eine Genossenschaft die während des Krieges gesammelten Einlagen, um an dem höheren Zinsfuß zu gewinnen, jetzt mit längerem Rückzahlungstermin ausliehe, oder sie in Wertpapieren anlegte, oder in kleineren Kreditinstituten, die nicht in der Lage sind, größere Summen schnell zurückzuzahlen, unterbrächte, um später, wenn die Rückzahlung der Einlagen notwendig werden wird, genötigt zu sein, sich nach teurem Kredit umzusehen oder die erworbenen Wertpapiere mit Verlust zu verkaufen oder vergeblich an die baldige Rückzahlung der von ihr untergebrachten Einlagen zu mahnen?“

Für eine Einschränkung der Kreditwirtschaft während des Krieges gibt es nur den einen Rat: „Geduld!“

Soweit das Organ der galizischen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Wir erinnern daran, daß gerade der oben angeführte Absatz aus dem Bericht der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften in der in den Spalten des „Kurjer Poznański“ geführten Polemik eine besondere Kritik erfahren hat. Die angezogene Ansicht der galizischen genossenschaftlichen Organisation ist ein bereiteter Beweis dafür, daß die verwandte Finanzorganisation dieselben Ansichten hat. Wir können überhaupt feststellen, daß die genossenschaftlichen Organisationen aller drei Teilgebiete in der Angelegenheit des gegenwärtigen Geldüberflusses den gleichen Standpunkt einnahmen, daß nämlich alle den sichersten, wenn auch vielleicht weniger gewinnbringenden Weg eingeschlagen haben.

Dr. Paul Spandowski.

Aus Nr. 21 des Ziemianin (Posen)
vom 21. Mai 1916.

Bericht über die Versammlung der Vertreter der „Kolniks“ am 2. März 1916.

Vom Patronat sind anwesend: Der geistliche Patron, der Vizepatron Dr. Njepnikowski, Dr. Karasiewicz, Propst Bolt, Direktor v. Dziembowski, Dr. Bajonski, sowie der Patronatssekretär K. Paluch.

Vertreten waren 55 „Kolniks“ durch 101 Delegierte (56 Vorstandsmitglieder, 43 Mitglieder der Aufsichtsräte und 3 Leiter). Einige „Kolniks“ haben Delegierte nicht angemeldet; nicht vertreten waren die „Kolniks“ in Strassburg, Crone (hat sich entschuldigt), Lubasch, Storchnest (hat sich entschuldigt), Pakosch, Samplau, Schwetz, Tuchel und Breschen.

Die Tagesordnung war folgende:

1. Die Bilanzen der „Kolniks“.
2. Die Angelegenheit betreffend die Kriegsgewinnsteuer.
3. Aus der Tätigkeit der „Kolniks“ und des Sekretariats für die „Kolniks“.
4. Beteiligung der „Kolniks“ am Vieh- und Schweinehandel.
5. Kontrakte mit den Lieferanten, die Lösung der Kontrakte durch die Lieferanten.
6. Laufende Angelegenheiten.

Der geistliche Patron eröffnet die Versammlung und referiert über den ersten Punkt der Tagesordnung „Die Bilanzen der Kolniks“. Mit Anerkennung hebt der Patron hervor, daß die Genossenschaften im gegenwärtigen Jahre die Jahresberichte früher eingefandt

hätten, wie gewöhnlich, so daß schon in der Januar-Nummer des „Poradnik dla Spolek“ die Übersicht über die Berichte der „Kosnits“ erschienen sei. Es seien das die ersten Bilanzen in der Zeit des Krieges. Die Bilanz-Quoten zeigten sehr wichtige Änderungen. Die Zahl der Mitglieder sei um 430 gefallen. Die Vorstandsmitglieder sollten um die Besserung der Grundlagen der Genossenschaft bemüht sein. Mitglied eines „Kosnit“ sollte jeder Landwirt sein, der mit dem Institut arbeite, besonders aber der, der vom „Kosnit“ Kredit beanspruche. Die allgemeine Umsatzsumme habe sich um 2 Millionen Mark verringert. Während des Krieges habe man sich nicht eifrig genug mit der Einziehung der Anteile befaßt. Die Reserven seien um eine halbe Million Mark gestiegen; einen Teil des Gewinnes würden die Genossenschaften für die Kriegsgewinnsteuer verwenden müssen.

Vor allen Dingen hätten sich in den Aktiven die Rechnungen der Schuldner verringert, und zwar vom August 1915 ab um 3 Millionen Mark. Eine Genossenschaft habe das Schuldnerkonto von 200 000 M. auf 10 Prozent reduziert. Leider hätten manche Genossenschaften nichts getan. Schuld sei daran zum Teil der Aufsichtsrat, der, selbst durch übermäßigen Kredit belastet, es nicht verstehe, mit gehörigem Nachdruck die Abzahlung der Schulden von den anderen Mitgliedern zu verlangen. Die vorjährigen Inventarisierungen, die unter Beteiligung eines Delegierten des Patronats stattgefunden, hätten zur Aufklärung der Bilanzen und zu einer vorsichtigen Schätzung der Schuldner viel beigetragen.

Der Vorrat an Waren habe sich bedeutend verringert, auch das Immobilienkonto weise gewisse Veränderungen auf. Die „Kosnits“ sollten sich gewöhnlich mit dem Bau umfangreicher Speicher und Kontore begnügen, das Bauen eines Wohnhauses aber unterlassen.

Der Bruttogewinn an den Waren habe $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark betragen. Die Hälfte davon hätten die Geschäftskosten verschlungen. Hierbei berührt der Patron die Angelegenheit der Tantiemen, die den Vorstandsmitgliedern auf Grund der Kontrakte zustehen. Gewöhnlich gehe aus den Kontrakten nicht hervor, wie der Gewinn zur Tantieme zu berechnen sei. Die Genossenschaften sollten die Angelegenheit der Tantiemen in den Kontrakten klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Die Berechnung der Tantieme sollte der Aufsichtsrat im Protokoll niederschreiben, um auf diese Weise darzutun, daß er die Berechnung der Tantieme genau festgestellt habe. Der Patron besprach ferner das Verhältnis des Umsatzkapitals zum Warenumsatz und hebt hervor, daß dieses Verhältnis zeige, ob die Genossenschaft ihr Kapital in Darlehen angelegt habe, oder ob sie mit ihm in gehöriger Weise arbeite. Ein schneller Kapitalumsatz übe einen günstigeren Einfluß auf die Verzinsung der Bestände der Genossenschaft aus und verbessere das Verhältnis der Handelskosten. Genossenschaften, die einen geringen Warenumsatz hätten, hätten gewöhnlich einen sehr hohen Prozentsatz der Handelskosten.

Der Vizepatron Dr. Rzepnikowski referiert über den zweiten Punkt der Tagesordnung. Er erläutert die neuen Vorschriften über die Kriegsgewinnsteuer. Sehr eingehend bespricht Referent die Untersuchung der Konten und ihre Abschätzung hinsichtlich der Bilanz. Die Taxation müsse sehr gewissenhaft und vorsichtig sein, man solle sie in einem Protokolle niederlegen.

Auf den Antrag des Grafen Łokowski, das Patronat möge bei der Aufstellung der Steuerbilanzen den Kosnits behilflich sein, bemerkt der Vizepatron, daß man diese Angelegenheit noch in umfangreicher Weise im „Poradnik dla Spolek“ besprechen werde.

Nach der Mittagspause referiert über die Tätigkeit der Kosnits und des Sekretariats für die Kosnits der Beamte des Sekretariats, Herr Stepczynski. Angesichts der Umwälzung der bisherigen Weise der Arbeit der Kosnits habe sich auch die Tätigkeit des Sekretariats geändert. Die Vermittlung des Sekretariats beim Getreidehandel habe fast völlig aufgehört. Durch die von der Regierung eingeführten Maximalpreise sei die Tätigkeit der Kosnits eine mehr vermittelnde geworden. Gegen 45 Genossenschaften seien zu Kommissionären bzw. Unterkommissionären ernannt worden. Durch Vermittlung des Sekretariats hätten die Kosnits an die „Landwirtschaftliche Handelsgesellschaft“ 100 000 Zentner Gerste verkauft. An Kartoffeln habe das Sekretariat 250 000 Ztr. verhandelt. Der Handel mit Futtermitteln sei fast völlig zum Stillstand gekommen. Infolge des Mangels an Rohstoffen sei auch der Umsatz der künstlichen Düngemittel kleiner geworden. Das Sekretariat habe die künstlichen Düngemittel den Genossenschaften abgenommen, die einen Überfluß an Vorrat besaßen hätten. Diese Mengen seien in den Kosnits untergebracht worden, die der Düngemittel bedurft hätten. Nur der Handel mit Sämereien weise keine Veränderungen auf, weil die Regierung Maximalpreise hier nicht eingeführt habe. So sei denn auch das Resultat der Arbeit des Sekretariats ein zufriedenstellendes gewesen; man habe 25 000 Ztr. Sämereien umgesetzt.

In Ergänzung des Berichts berührt der Patron den Standpunkt der Kosnits in der gegenwärtigen Zeit. Die Arbeit in den Kosnits sei durch die gesetzlichen Vorschriften ungeheuer erleichtert worden, sodaß auch jüngere Kräfte in der Lage seien, die Interessen der Genossenschaften zu führen. Die Zahlungen in den Kosnits seien infolge der guten Gewinne außergewöhnlich gestiegen, und hohe Tantiemen und Gratifikationen seien manchmal sehr jungen Kräften zugewendet worden.

Zum Schlusse ermahnt der Patron die Genossenschaften, bei jeglichen Geschäften reell zu sein. Personen, von denen man wisse, daß sie bei der Abwicklung von Geschäften nicht gewissenhaft verfahren, würden von der Arbeit in den Genossenschaften für immer ausgeschaltet werden. Manche Genossenschaften gingen immer noch abseits und ließen das Sekretariat sorglos außer acht. Diese Genossenschaften nehme aber das Patronat in ganz besondere Obhut, denn jenes Sichfernhalten gebe Zeugnis davon, daß es in der Genossenschaft nicht besonders gut stehe.

In der Diskussion schlägt Herr Bugzel vor, beim Patronate ein Schiedsgericht einzurichten, um die in den Kosnits vorkommenden Streitigkeiten zu schlichten.

Der Patron meint, daß die Sache wohl wichtig sei, daß sie aber in der Praxis auf manche Schwierigkeiten stoßen würde. Das Patronat werde den Vorschlag in Erwägung ziehen.

Es folgt der Bericht des Patronats-Sekretärs, Herrn Paluch, in Sachen des Vieh-Handels. Referent betont, daß die Gewinne in den Genossenschaften bei der Vermittlung nicht groß seien, daß jedoch andere Rücksichten für die Vermittlung sprächen. Das Großherzogtum habe sich verpflichtet, 25 000 Schweine zu liefern. Die Kosnits hätten bis jetzt über 5600 Stück deklarieren.

Der Patron bemerkt, daß die Lieferung von Schweinen insofern Aufmerksamkeit verdiene, als es auf diese Weise gelingen werde, manch einen Wirt als Mitglied zu gewinnen.

Die Tagesordnung wird durch das Referat des geistlichen Patronats in Sachen der Kontrakte der Lieferanten erschöpft. Der Mangel an verschiedenen Waren sei eine Folge des Krieges. Dieser

Mangel mache sich umsomehr fühlbar, als infolge des Monopols der Privathandel auf den zweiten Plan gerückt sei. Die Privatlieferanten der Kolniks seien gezwungen, die Lieferungen zu reduzieren, denn sie besäßen entweder gar keine Ware, oder erhielten dieselbe nur in sehr geringen Mengen. Um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Versammlung von dem geistlichen Patron geschlossen.

Aus Nr. 21 des Robotnik (Posen)
vom 21. Mai 1916.

Vor der Delegiertenversammlung.

Wir begrüßen in unserer uralten Stätte unsere geehrte und liebe Arbeiterschaft, die als Abgesandter der Verbandsvereine zur diesjährigen Delegiertenversammlung der polnisch-katholischen Arbeitervereine erscheint, auf das herzlichste.

Zum ersten Male nach Ausbruch des Krieges versammeln wir uns wieder zum Zwecke wichtiger Beratungen des Verbandes. Im verflossenen Jahre hat der Hauptvorstand, wie fast alle unsere Organisationen, keine Delegiertenversammlung einberufen, denn er wollte in den schwierigen Verhältnissen und unruhigen Kriegzeiten die Vereine und ihre Mitglieder nicht größeren Mühseligkeiten und Sorgen, wie sie gewöhnlich bei Reisen nicht ausbleiben, aussetzen. Wider alles Erwarten verlängert sich der furchtbare Krieg! Die unermesslich wichtigen Angelegenheiten des Verbandes verlangen aber eine gründliche Besprechung, sie müssen erledigt werden. Aus diesem Anlaß kann im laufenden Jahre die Zusammenkunft der Delegierten nicht mehr aufgeschoben werden, und deshalb sah sich der Hauptvorstand veranlaßt, die Vertreter der Vereine zum nächsten Montag herzuladen.

Wir werden in recht traurigen Verhältnissen, wie sie noch nie dagewesen sind, unsere Beratungen zu pflegen haben. Viele von denen, die wir fast alljährlich in den Delegiertenversammlungen sahen, werden nicht mehr in unserer Mitte sein. Manch einen von ihnen deckt der kühle Grabhügel, andere wiederum irren in Mühjal in der Welt umher. Diejenigen aber, die zu der Versammlung kommen, werden unaussprechliche Sorgen und Trauer mit sich bringen, deren es in den schweren Zeiten doch so viele gibt, besonders in unseren Familien und Arbeitervereinen.

In traurigen Verhältnissen, wie sie noch nicht dagewesen sind, werden wir unsere Beratungen pflegen! Unsere Reihen haben sich gelichtet, es fehlen uns die jüngsten und tüchtigsten Mitarbeiter. Unsere Vereine waren gezwungen, in zahlreichen Fällen ihre Tätigkeit einzuschränken oder gar aufzugeben. Der Hauptvorstand wird in diesem Jahre nicht wie gewöhnlich stolz und mit Freude vor der Versammlung auftreten und sagen können: Sehet, einige Zehn neue Vereine und Tausende neuer Mitglieder sind in unsere Reihen getreten; sehet, reges Leben herrschte in unserem Verbandsverbande und in allen unseren Vereinen; höret, die Zahl der Versammlungen, Vorträge usw. ist gestiegen.

Nichts von alledem!

Mit Sorge um die Zukunft und mit Betrübnis wird er sagen müssen: Schwere Zeiten sind für unsere große Arbeiter-Organisation eingetreten! Wir haben alle Kräfte angespannt, und doch ist infolge des Krieges unsere Mitgliederzahl kleiner geworden. Bei denen, die daheim geblieben sind, ist der Geist geschwunden, die Lust und die Kraft zu weiterer Arbeit beginnt zu ersterben. Es gibt keine neuen Vereine, denn es war unmöglich, solche zu gründen; es gibt keine Scharen neuer Mitglieder, im Gegenteil, die Reihen der vorhandenen sind durch den Krieg gelichtet worden. Die Arbeit in den Vereinen entwickelt sich nicht in der erwünschten Weise. Der „Robotnik“ mußte kleiner

werden, denn die Zahl seiner Leser hat sich verringert. Die Existenz unserer Rechtsschutzbüros ist ins Schwanken geraten.

Auf diese Weise werden wir in diesem Jahre der Wahrheit mutig in die Augen sehen müssen.

Doch nicht zu dem Zwecke kommen unsere Delegierten zusammen, um nur zu klagen und zu jammern, nein! Auf Grund des Verbandsberichtes sollen wir einerseits den wahren Stand der Sache erkennen; andererseits aber sollen wir auch ernstlich darüber beraten, auf welche Weise die Hindernisse zu beseitigen sind, wie in diesen schwierigen Verhältnissen für den Arbeiterstand weiterhin zu arbeiten sein wird, was zu tun ist, um unseren Verband und unsere Vereine durch die stürmischen Zeiten des Krieges hindurchzuführen. In der heutigen Delegiertenversammlung sollen wir vor allen Dingen Kraft und Mut sammeln zur Ausdauer, unseren Eifer von neuem ansuchen, damit dieses erhabene Werk, das mit so großer Mühe aufgebaut worden ist, nicht zu schanden wird. Es warten daher unserer sehr wichtige Aufgaben.

In diesem Sinne begrüßen wir aufs herzlichste unsere Delegierten, die nach Posen kommen, um die Pflichten gegenüber unserer geliebten Organisation zu erfüllen. Möge Gott die Beratungen unseres Verbandes segnen!

Aus Nr. 116 des „Dziennik Poznański“ (Posen)
vom 21. Mai 1916.

Die Hauptversammlung des Lehrerinnenheims

fand am 10. Mai in dem St. Josephstift statt. Nach der Eröffnung der Versammlung durch die Vorsitzende verlas die Schatzmeisterin Fräulein Przybyłowska den Kassenbericht, aus dem hervorgeht, daß unsere in der Bank niedergelegten Kapitalien gegenwärtig 67 500 M. betragen. Ständige Unterstützungen gewähren wir 18 Lehrerinnen, was im Jahre 2939,80 M. ausmacht; eine einmalige Unterstützung haben wir im Betrage von 66,75 M. gewährt. Nach Kräften dienen wir Stellensuchenden mit Raterteilung. Mit Rücksicht auf die Teuerung haben wir die monatlichen Unterstützungen erhöht. Es fanden in diesem Jahre drei Sitzungen statt, da keine wichtigeren Angelegenheiten zu besprechen waren. Mit Rücksicht auf den Krieg konnten wir in den letzten zwei Jahren weder einen Ball noch ein Konzert zugunsten des Heims veranstalten, und aus diesem Grunde müssen sich unsere Fonds hauptsächlich auf die ständigen Einkünfte aus den Beiträgen und den Zinsen des Kapitals stützen.

Im Oktober vorigen Jahres war unser Komitee beim hochwürdigsten Herrn Erzbischof, um ihn um den Segen für unsere Arbeit zu bitten.

Viele Personen machen uns den Vorwurf, daß wir nicht rege genug arbeiteten, daß wir mit dem Ankauf eines eigenen Hauses und mit der Eröffnung eines eigenen Heims zögerten. Wer sich jedoch unsere Arbeit näher ansieht, der wird zugeben, daß unsere stille Arbeit auch manche Träne trocknete und manche Erleichterung in Unglück und Not bringt. Unser durch viele Jahre mühsam zusammengebrachtes Anlagekapital stellt zwar eine ansehnliche Summe dar, reicht aber für die Gründung eines eigenen Heims nicht aus, in dem wenigstens jene 18 Lehrerinnen, die wir gegenwärtig unterstützen, Unterkunft finden könnten.

Wenn wir mit diesem Fonds das Heim eröffnen würden, so müßten wir unsere Volksgemeinschaft mit bedeutenden Beiträgen belasten; unser Ziel ist aber, daß das zu eröffnende Heim eine gesicherte Existenz habe. Wir wenden uns darum an die Volksgemeinschaft mit der heißen Bitte, an unser Institut zu denken und uns bei der Verwirklichung unseres Zieles zu helfen. Die Lehrerinnen verdienen wohl den auf-

richtigsten Dank von unserer Seite, da sie ihre Kräfte und Gesundheit der Erziehung tüchtiger Bürger und Bürgerinnen des Landes widmen. Wir werden ihnen unsere Dankbarkeit zeigen, wenn wir zu der recht baldigen Eröffnung des Heims beitragen werden.

Sojia von Breza, Vorsitzende.

Marie Halina v. Lebinska, Schriftführerin.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 110 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 14. Mai 1916.

Die moskowitzische Hinterlassenschaft in Polen.

In Warschau ist eine Broschüre, verfaßt von Taddäus Gruzewski, unter dem Titel „Der russische Geist als Erzieher“ erschienen. Es verlohnt sich, unsere Leser auf diese Broschüre aufmerksam zu machen. Sie zeigt deutlich die unerhörte Vernichtung moralischer, sozialer und kultureller Natur, wie sie die 100jährige russische Regierung dem polnischen Volke gebracht hat; sie läßt deutlich die Riesenmenge giftiger Ausdünstungen erkennen, die uns die Russen zurückgelassen haben.

Nicht durch Küsse, wohl aber durch Schläge der Knute haben die Russen uns das Gift eingepfropft, an dessen Ausrottung wir mit Energie werden herangehen müssen, damit es uns nicht zerfresse und moralisch vernichte. Welcher Art jenes Gift ist, das zeigt uns in trefflicher Weise die Gruzewskische Broschüre. Sie ist eine gewissenhafte und dabei sehr scharfsinnige Prüfung der von den Russen in Polen zurückgelassenen Seuche. Es ist allgemein bekannt, daß die Erkennung der Seuche die erste Bedingung ist, um sich vor ihr schützen zu können.

Die Russen waren sich vollkommen klar darüber, daß die Polen in kultureller Hinsicht bedeutend höher stehen als sie selbst. Um über sie regieren zu können, haben sie beschlossen, der Polen Übergewicht zu vernichten und aus dem polnischen Volke eine passive Masse zu machen, der man die Knechtschaft aufdrängen könne. Die Mittel zu diesem Zwecke sollten Einschüchterung und Verderbnis oder Korruption sein.

Paszkiewicz, der erste russische Statthalter, kündigte nach der Eroberung Warschaus im Jahre 1831 an, er werde in Polen einen so weitgehenden Terrorismus üben, daß es keinen einzigen polnischen Patrioten geben würde, der ruhig schlafen könnte. Es handelte sich dabei durchaus nicht um Strafen für Übertretung von Regierungsvorschriften, sondern darum, der Bevölkerung eine chronische Angst vor der Behörde einzupfropfen und in ihr das Gefühl zu erwecken, sie sei der Polizei und den Beamten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Das ist die erste furchtbare Hinterlassenschaft der Russen!

Anstatt Achtung und Vertrauen zur Behörde, wurde Angst vor ihr gezüchtet. Und es gibt nichts Herabwürdigenderes, als fortwährende Angst —, was das Merkmal gänzlicher Ohnmacht ist, was den Menschen als Sklaven kennzeichnet. Aus der Angst entsteht Falschheit und das Verlangen, sich durch unerlaubte Mittel Vergünstigungen zu verschaffen, woraus wiederum Bestechung hervorgeht. Läßt der Terrorismus etwas nach, dann fühlt sich der Sklave seinem Peiniger und Tyrannen gegenüber gleichsam wie zu Dank verpflichtet, und er gewöhnt sich an die Knechtschaft. Der bedrückte und mißhandelte Sklave sagt sich bei einer ihm gewährten Vergünstigung: „Mein Herr könnte mich noch schlimmer, noch furchtbarer bedrücken. Deshalb muß ich ihm danken, daß er nachgelassen hat!“ —

worauf er mitunter die Füße seines Verfolgers zu küssen und sich an seinen Sklavenstand zu gewöhnen beginnt.

Auf diese Weise kann sich sogar ein ganzes Volk der Knechtschaft anpassen. Die Folge hiervon wiederum ist, daß das Bewußtsein der Leiden in einer solchen Nation zu schwinden anfängt, während das Gefühl der nationalen Würde immer mehr schwindet. Derartige Erscheinungen, wenngleich sie zum Glück nicht sehr verbreitet waren, kann man schon inmitten der unter russischer Herrschaft gebliebenen polnischen Bevölkerung beobachten. Hätten die Russen noch lange in Polen regiert —, wer weiß, was dann mit uns passiert wäre!

Ein zweites von den Russen angewandtes Mittel, das uns in hohem Maße verdarb, war das Bestechungssystem. Der spätere russische Statthalter in Polen, Fürst Imerzynski, schrieb in einem dem Zaren überreichten Memorial, daß die russischen Beamten sich in den polnischen Gebieten als die Besieger betrachteten. Diese Besieger, die kein Gesetz oder Gericht über sich fühlten, trieben Bestechung in einem solchen Maße, wie es bisher noch nie erlebt worden ist. Nur das Schmiergeld allein milderte die Schrecken der russischen Gesetze und Verordnungen. Man erzählte sich, daß ohne den Rubel das Leben in Polen unerträglich gewesen wäre. Wenn alle russischen Verordnungen streng angewandt worden wären, würde es heute keine Polen mehr geben. Und das nannte man ein erfreuliches Zeichen! Wem verdanken wir es nun? Den russischen Beamten, diesen verkommenen Subjekten, die wie Heuschrecken das polnische Reich überfluteten, um sich daselbst mit Hilfe der Bestechungsgelder zu bereichern. Wir Polen aber, die wir diese Schmiergelder unaufhörlich verteilten, um unsere Existenz zu erhalten, verdarben dadurch unseren Charakter, verloren das Rechtsgefühl und verachteten jedwede Behörde. Von dieser Seuche werden wir uns fürwahr radikal heilen müssen.

Das allerschlimmste aber ist, daß die Russen begannen, dem polnischen Volke den Geist der Unverantwortlichkeit und Passivität einzupfropfen. Unter ihrem vergiftenden Einflusse begann sich unter den Polen die Überzeugung zu verbreiten, daß wir uns mit dem Stande der Knechtschaft abfinden und daß wir ihn mit Gleichmut hinnehmen müßten.

So sieht die russische Hinterlassenschaft in Polen aus. Offenbar wacht der barmherzige Gott über dem polnischen Volke, offenbar hat er es zu noch höheren Zielen bestimmt, wenn er seine Befreiung vom russischen Joch zugelassen hat, das uns nicht nur bedrückte, sondern auch noch rechtlos machte, wodurch stufenweise unsere moralische und geistige Verderbnis vorbereitet wurde.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 117 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 21. Mai 1916.

In einer Wochenübersicht heißt es u. a.:

Zum Spinnen von Friedenskombinationen gab ferner Veranlassung die Unterredung des englischen Ministers des Äußeren Grey mit dem Vertreter eines der angesehensten amerikanischen Blätter, der „Chicago Daily News“. Ob dieser Vertreter unser hervorragende Landsmann Anton Gzarnecki, der bekanntlich vor einiger Zeit in Berlin, Wien, Posen, Galizien und Warschau weilte, war, teilt das Wolffsche Telegraphenbureau, das den Inhalt der Unterredung ausführlich wiedergibt, nicht mit . . .

Aus Nr. 101 des Głos Górnika (Bochum)
vom 25. Mai 1916.

Unter der Spitzmarke: „Die Änderung des Vereinsgesetzes“ schreibt der Głos u. a. folgendes: Es würde uns sehr freuen, wenn auch ein Gesetz, betreffend die Einberufung von Versammlungen, zum Zwecke der Besprechung sozialer Angelegenheiten beschlossen werden würde, nach dem man auch in der Sprache verhandeln könnte, welche die Arbeiter am besten verstehen. Es handelt sich auch hierbei um die allgemeine Belehrung über die Vorschriften der Bergbehörde, um das Verstehen des Knappschaftsgesetzes, der Kontrakte, Versicherungsangelegenheiten usw. Ganze Reihen nicht organisierter Arbeiter haben zu solchen Belehrungen, die nur in den Mitgliederversammlungen stattfinden können, gar keinen Zutritt. Und das ist doch ein Schaden nicht nur für die Arbeiter selbst, sondern auch für die ganze Volksgesamtheit.

Aus Nr. 111 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 13. Mai 1916.

Polnisches Hauptwahlkomitee für Westfalen, Rheinland und ganz Deutschland links der Elbe.

In der am 30. April 1916 in Herne abgehaltenen Hauptversammlung wurde nachstehender Vorstand gewählt:

Franz Stolpe, Vorsitzender, Wanne, Karlsstraße 3,
Johann Wilkowsky, Stellvertr., Castrop,
Stephan Wielgosz, Schriftführer, Oberhausen, Alstaderstraße 27.

Franz Makowski, Stellvertr., Bochum,
Stanisł. Janowski, Kassierer, Herne, Neustra. 27.

Es wird gebeten, alle Beiträge an den Kassierer oder an die Bank der Gewerbetreibenden in Gelsenkirchen abzuführen. In jedem Falle benachrichtige man den Kassierer mittels Postkarte, wenn das Geld an die Bank abgesandt worden ist. Rechnungen usw. können nur dann beglichen werden, wenn der Vorsitzende Anweisung erteilt hat. Alle anderen Sachen erledigt der Schriftführer.

Oberhausen, den 7. Mai 1916.

St. Wielgosz, Schriftführer.

Aus Nr. 117 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 21. Mai 1916.

Aus der polnischen Kolonie in der Lausitz.

Das nur schwach entwickelte polnische Leben in den zerstreuten polnischen Kolonien in der Niederlausitz ist in der gegenwärtigen Kriegszeit fast ganz eingeschlafen. Die polnischen Vereine haben zum Teil ihre Tätigkeit eingestellt. Namentlich die Sokolvereine haben während der Kriegszeit sehr gelitten. Fast die ganze Jugend befindet sich unter den Fahnen. Nur die Arbeitervereine vegetieren einigermaßen. In Senftenberg, Groß-Räsch, Annahütte, Klettwitz und in einigen anderen Ortschaften, wie z. B. in Wels (?), finden Versammlungen, wenn auch bei geringerer Beteiligung der Mitglieder statt. Im letzten Orte scheint das Leben unter den Polen lebhafter zu pulsieren. Der Verein der polnischen Arbeiter unter dem Schutz des heiligen Antonius hält seine Monatsitzungen ab. Der Verein hat auch verschiedene Male an Kriegerfrauen Unterstützungen gewährt. Seitdem in Wels eine eigene katholische Pfarochie gebildet worden ist, haben sich dort die religiösen und sittlichen Verhältnisse bedeutend gebessert. Propst Friisch ist ein verhältnismäßig unparteiischer Seelsorger und der polnischen Bevölkerung gewogen. Die polnische Sprache beherrscht

er schon soweit, daß er die Beichte abnehmen kann. In den Kirchenrat wurden 5 Polen und 1 Deutscher gewählt. Lehterer ist Ingenieur Kilmann.

Vor einigen Wochen fand hier die erste polnische Predigt statt. Es war dies für die hiesige polnische Bevölkerung ein denkwürdiger Augenblick. An diesem Tage empfingen über 200 Gläubige das Abendmahl. Am Sonntag nach Ostern erhielten unsere Kinder, ungefähr 60 an der Zahl, die erste heilige Kommunion. Unter Vorantragung der Fahne des polnischen Arbeitervereins und des Vereins der Polinnen „Gwiazda“ wurden die Kinder in die Kirche geleitet. Der örtliche Propst hielt an die Kinder und ihre Eltern eine rührende Ansprache.

Der Stolz unserer Kolonie ist zweifellos der Frauenkirchenchor, der schon 7 Jahre besteht. Er wurde von dem Vorsitzenden des Sokolvereins Wladislaus Krause gegründet. Gegenwärtig leitet ihn Fräulein Felica Kurlowska. Der Verein „Gwiazda“ beteiligt sich gegenwärtig nicht am öffentlichen Leben. Es sei denn, daß die Fahne des Vereins bei der Beerdigung der verstorbenen Mitglieder vorangetragen wird. Der Sokolverein ist ganz eingeschlafen. Der Vorsitzende weilt auf dem östlichen Kriegsschauplatz in der Heimat des Mickiewicz (d. h. in Litauen — Anm. d. Übers.). Der Turnwart, Kamerad Patercki, ist vor einem Jahre in französische Gefangenschaft geraten und der Schriftführer des Vereins, Wl. R., ist an demselben Tage verwundet worden. Der stellvertretende Vorsitzende liegt krank darnieder.

In Frankreich sind den Soldatentod gestorben die Kameraden: Michael und Franz Koszek, Anton Michala und Johann Maniak. Vier Mitglieder sind verwundet worden. Der Rest steht unter den Fahnen. Die heranwachsende Jugend aber ist nicht fähig, sich am Vereinsleben zu beteiligen. Unter diesen Verhältnissen nimmt es kein Wunder, daß die Sokolvereine auch anderwärts ihre Tätigkeit haben einstellen müssen. Der Gauturnwart Dr. Konieczka aus Senftenberg ist ebenfalls verwundet worden. Er weilt gegenwärtig in Ratibor. Am meisten hemmt die Orientierung der Vereine die Einführung der Sonntagsarbeit, ferner eine Art Apathie, die infolge der langen Dauer des Krieges entstanden ist, und der Kampf um das tägliche Brot!

Aus den besetzten Teilen Russisch-Polens.

Aus Nr. 253 des Goniec (Warschau)
vom 21. Mai 1916.

Eine unbedingte Forderung.

Die Bestrebungen des polnischen Volkes werden von Tag zu Tag klarer und deutlicher. Unsere Allgemeinheit hat durch die Feier des Jahrestages der Verfassung vom 3. Mai die im Herzen verborgenen Regungen äußerlich kund gegeben, hat das Bewußtsein ihrer Wünsche und Fähigkeiten, sich zu konsolidieren, offenbart. Sie hat dadurch mittelbar erklärt, was sie sein will. Sie hat weiter noch erklärt, daß der Osten sie nicht lockt, daß dieser Osten für manche ein Kombinationsfaktor sein konnte, mit dessen Hilfe eine etwas bessere Lage, als sie bisher in Rußland war, die Aufzählung der polnischen Frage erwartet wurde, aber er war nicht der Magnet, der sie durch das Bedürfnis irgend einer „Brüderlichkeit“ der Seelen an sich gezogen hätte.

Wenn man aber eine Wiederherstellung des Staats anstrebt, ist es zu wenig, den Willen, ihn zu besitzen, kund zu geben, ist es zu wenig, seine Abneigung gegen den früheren Beschützer an den Tag zu legen. Dies ist zwar schon ein großes Plus bei der durch Politiker sich vollziehenden Lösung des Problems der Wieder-

herstellung eines verlorenen Organismus, wenn sie sich auf beide im Vorstehenden genannte Faktoren, namentlich auf den zweiten, berufen können. Dies erleichtert die Arbeit, zeigt die Unterlagen in den Massen, offenbart das Nichtbestehen einer Anhänglichkeit an diejenigen Kräfte, welche uns angeblich eine zärtliche Fürsorge zuteil werden ließen — das ist alles ohne Zweifel ein großes Plus, aber es macht in der Politik noch keinen schöpferischen Faktor aus . . .

Völker, welche einen eigenen Staat haben, legen sich genau Rechenschaft ab über die Vorteile, welche Bündnissen und der Notwendigkeit, sie zu besitzen, entspringen. Wir möchten leider entweder alles besitzen oder nichts, und, was noch wichtiger ist, wir halten es für notwendig, vollständig freie Hand zu haben, ähnlich wie noch unlängst England, welches in der Meinung, es sei eine unüberwindliche Macht, glaubte, es sei stark genug, um isoliert leben zu können, um gnädig seine Unterstützung zu gewähren und lächelnd zuzusehen, wie die Völker um es herumtanzten. Aber diese seine Politik ist bankrott geworden, ja, was noch schlimmer ist, seine Neigung, isoliert dazustehen, sich mit niemanden zu verbinden, rächt sich heute an dem englischen Staat.

Aber was dem mächtigen England längere Zeit hindurch scheinbar ungestraft gestattet war, kann sich an uns sofort rächen, denn es macht eine ehrliche und aufrichtige Aufrollung der Frage der Wiederherstellung Polens unmöglich. Indem wir die englischen Gelüste verraten, werden wir einem Frosch ähnlich, der beschlagen zu werden wünscht.

Das polnische Volk muß es verstehen, daß sich in diesen Zeiten kein Staat ohne Bundesgenossen behaupten kann, daß auch wir, wenn wir in einem eigenen staatlichen Organismus leben und uns frei entwickeln wollen, uns nach Bundesgenossen umsehen müssen, um im Bündnis mit ihnen für uns Vorteile zu erreichen, unsererseits aber ihnen als Entgelt gleichfalls Vorteile zu geben. Um Polen zu bekommen, ferner um es zu entwickeln und zu erhalten, müßten wir uns selbst einzuschränken verstehen, um dadurch gleichzeitig die Möglichkeit einer Existenz zu gewinnen und die erhabensten Wünsche jeder Nation zu erreichen. Wir müssen es verstehen, für unsere Bundesgenossen eine wertvolle und erwünschte Kraft zu werden. Das heißt nicht, das wir uns auf Gnade oder Ungnade ergeben wollen. Im Gegenteil, ehrliche und starke Bündnisse besitzen nur dann einen Wert, wenn sie beiden Seiten Vorteile bringen, und darum sind Feilschereien um Vereinbarungen nicht einmal unter den herzlichsten Bundesgenossen an der Tagesordnung.

Aber es gibt gewisse Forderungen seitens des Bündnisses, ohne welche Bündnisse ein hohler Klang wären. Was wäre das Bündnis Österreich-Ungarns und Deutschlands wert, wenn jedes von beiden angesichts des gemeinsamen Feindes auf eigene Faust handeln wollte? Was ist ein solcher verräterischer Bundesgenosse wert, wie Italien, welches übrigens heute durch die Schläge, die in diesem Kriege über es kommen, hart gestraft wird?

Diese unumgängliche Forderung bei Bündnissen ist die Bereitwilligkeit zum Kampf mit dem gemeinsamen Feinde in der Zukunft, ist die Entschlossenheit, zusammen mit dem Bundesgenossen die Verteidigung zu übernehmen, wenn das Bedürfnis hierzu eintritt, und gleichzeitig durch die Schließung des Bündnisses darauf einzuwirken, um die Revanchelust Rußlands in Schach zu halten, die Lust, welche in einigen Jahren oder in einem Duzend von Jahren dazu führen würde, die polnischen Lande von neuem zu verwüsten.

Und darum ist es auch notwendig, daß wir, wenn wir Polen wiederherstellen und eine wertvolle Kraft für unsere Bundesgenossen sein wollen, nicht nur den Willen kundtun, daß wir Polen besitzen wollen und

daß wir eine Abneigung gegen unsere früheren Beschützer an den Tag legen, sondern es ist außerdem notwendig, daß wir unseren Anschluß an die Mittelmächte erklären, daß wir den Willen äußern, diese Staaten und unseren Staat gegen die drohende Gefahr der russischen Unerfättlichkeit und Barbarei zu verteidigen.

Das ist das sine qua non der Wiederherstellung Polens. Nach diesem Schritt können erst die Bedingungen des Wiederaufbaus und die Vereinbarungen erfolgen, welche unserer Nation und unseren politischen Organismus solche oder andere Rechte, Vorteile und Vorrechte sichern, Vereinbarungen, die gleichzeitig diese oder jene Vorteile unseren Bundesgenossen bieten.

Die Genehmigung zur Feier des 3. Mai unter der deutschen Okkupation ist eine diplomatische Erklärung, daß von einer Germanisierung unseres Landes keine Rede ist, daß vielmehr der Wunsch besteht, aus uns nationale und politische Aktivität herauszuholen.

Sache unserer Politiker und unserer Intelligenz, welche Polen aufbauen wollen und sich des für uns epochemachenden geschichtlichen Moments bewußt sind, welche die Notwendigkeit, die Verantwortung vor den zukünftigen Geschlechtern zu übernehmen wünschen und verstehen, — Sache dieser ist es, die breiten Massen aufzuklären, was die Zukunft Polens von ihnen und von uns in diesem Augenblick überhaupt verlangt. Noch mehr, Sache dieser Politiker und dieser Intelligenz ist es, ein gutes Beispiel zu geben, daß sie den erlebten Moment verstehen, und in breitem Maßstabe, nicht nur durch einzelne Gruppen und Grüppchen, jenen Anschluß als die Grundlage unserer besseren Zukunft, als die Grundlage zum Aufbau Polens zu bewerkstelligen.

Zu diesem Anschluß fordern wir die ganze polnische Gesamtheit auf im Namen der Verantwortung vor den künftigen Geschlechtern. Und wir werden uns an das polnische Volk solange wenden, bis wir diese Tat in unserer verzweifelten Volksgesamtheit wiederbeleben werden.

Und diese Tat wird umso wertvoller und wichtiger sein, als sie im polnischen Volke nicht unter dem Einfluß augenblicklicher Anwendungen eintreten wird, sondern als sie nach durchlebten 10monatigen Erfahrungen und nach reiflicher Überlegung der um die Zukunft des Landes besorgten Bürger vollbracht werden wird.

Sigismund Mackowiecki.

Aus Nr. 135 und 137 des *Naprzód* (Krakau)
vom 15. und 17. Mai 1916.

Über Verhältnisse in Kongreßpolen. Was ist gegenwärtig der „Bund“.

I.

Die durch den Krieg geschaffenen verwickelten Anäuel der sozial-politischen Probleme haben im sozialistischen Lager der ganzen Welt die Nationalitätenfragen auf die Tagesordnung gesetzt. Unter der Sozialdemokratie aller Völker, welche Überlieferungen und Einrichtungen einer hohen nationalen Kultur besitzen, hat dies eine lebhaftere patriotische Strömung wachgerufen. Eine ähnliche Erscheinung läßt sich in sehr hohem Grade bei den jüdischen Sozialisten im Königreich Polen wahrnehmen.

Der klassenartig aufgeklärte jüdische Proletarier Kongreßpolen zerfällt in zahlreiche Partei-Organisationen. Ihre extreme Rechte bilden die poale-zionistische Organisation, welche man dem Namen nach höchstens dem sozialdemokratischen Lager hinzuzählen kann; eigentlich ist dies eine radikal-nationale Partei. Die meisten jüdischen Sozialisten gruppiert der „Bund“,

um sich, welcher schon 19 Jahre besteht. Außerdem kann man ziemlich zahlreiche jüdische Proletarier auf der Linken der P. P. S. und sehr wenige in den Reihen der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (S. D. R. P. und L.) antreffen, aber dort machen dafür unter der Intelligenz der Partei die jüdischen Genossen 90 % aus.

Die Sozialdemokratie gewährt den Juden in ihrer Organisation keine nationale Autonomie, in der Linken der P. P. S. dagegen bestehen sogenannte jüdische Komitees, aber in beiden diesen Parteien verurteilten die Genossen mosaischen Bekenntnisses heut, wie gestern alle Kundgebungen des ideellen Separatismus der Juden in unserer allgemein proletarischen Bewegung.

Anders verhält sich dagegen die Sache mit dem Bund, von dem zionistischen Poale garnicht mehr zu reden. Der Bund hat in der Entwicklung seiner Ideologie schon sehr früh die Lösung der nationalen Autonomie in den Vordergrund gestellt, nämlich auf der 4. Zusammenkunft im Jahre 1901. Diese Lösung war den Beschlüssen der vorhergehenden 3. Zusammenkunft im Jahre 1900, welche auf politischem Gebiet für die Juden nur bürgerliche Gleichberechtigung verlangte, noch fremd.

Jetzt schritt der Bund in separatistischer Richtung schon ziemlich rasch vorwärts.

Auf der zweiten Zusammenkunft der sozialdemokratischen Partei Rußlands forderte er für sich das ausschließliche Recht der Agitation unter den Juden, und er trat nach Ablehnung dieser Forderung aus der Partei aus. Allerdings kehrte der Bund im Jahre 1903 zur Organisation der sozialdemokratischen Partei Rußlands formell zurück, aber in der Praxis führte er diese Beschlüsse nicht aus: er stimmte der taktischen Mitarbeit mit den sozialistischen Parteien der anderen Nationalitäten nicht zu, und ein solches Verfahren des Bundes, wie z. B. die Agitationen für die Heiligung des Sabbaths zeugte davon, daß er von dem Wege zum Demokratismus auf die Bahnen der Rückständigkeit abwich und den finstern Vorurteilen und Gewohnheiten des Mittelalters Kult entgegenbrachte.

So war der Bund vor dem Kriege. Und wie stellt er sich heut dar? Der Krieg wirkte zweifellos auf die Erhöhung der konservativ-nationalistischen Richtung im Programm und in der Taktik des „Bundes“ ein. Da ich weiter nur und ausschließlich von den Erscheinungen gerade dieser Richtung in Kongresspolen reden werde, muß ich hier bemerken, daß nicht der ganze „Bund“ dem Wege des jüdischen Nationalismus gefolgt ist, daß dieser letzte nur in Polen triumphiert hat, offenbar infolge der besonderen örtlichen politischen Verhältnisse, daß sich dagegen in den sogenannten annektierten Ländern die Verhältnisse anders gestalteten, und im Süden Rußlands beschloß der „Bund“ (auf der Partei-Konferenz im Jahre 1915) sogar, daß, „man sich organisieren müsse um der (zarischen) Regierung die Schließung eines schimpflichen Friedens unmöglich zu machen.“ Die „Bündler“ sind in Rußland und in Polen, namentlich in Warschau, sind sie jedoch jüdische Patrioten.

Der Führer und Theoretiker des Bundes, Herr Medem (jüdischer Abstammung, orthodoxen Bekenntnisses) hält für seine Befenner Vorträge in jüdisch-hebräischer Sprache mit Hilfe eines Dolmetschers, welcher unverständliche Worte in die gewöhnliche Sprache übersetzt. Was den Inhalt des Vortrages anbetrifft, welcher im September v. J. im jüdischen Theater in Warschau gehalten worden ist, finden wir dort das ideelle Credo des Bundes in seiner aktuellen Form.

Medem behauptet, daß die Juden eine stark entwickelte Anhänglichkeit an ihren Wohnort hätten, wofür ein Beweis die Tatsache sei, daß ihrer so wenige aus Newyork auswandern. In Anbetracht dieses Lokal-

patriotismus kann die Emigration aus grundsätzlichen Gründen kein Faktor sein, welcher die jüdische Frage lösen wird. Sodann folgert Medem auf Grund des schwachen Ergebnisses der Assimilation der Juden in Polen nach hundert Jahren russischer Herrschaft, daß sich 90% der Juden nicht assimilieren wollten und sich nicht assimilieren würden. Das Zusammenleben der Polen und Juden will Medem in besonderer Weise regeln: Die Juden sollen in eigens für sie reservierten Zweigen der Erzeugung arbeiten, und da sie als Zement, welcher sie innerlich zusammenkitten müßte, ihre eigene Religion haben, werden sie auf diese Weise von den Polen völlig getrennt bleiben, dabei aber auf dem gemeinsamen Territorium leben und sich entwickeln.

Diesen neuen Richtlinien für das jüdische Proletariat schließen, da sie die gemeinsamen Wertstätten der Arbeit beseitigen, eine Solidarität mit den Polen im Kampfe mit dem Kapitalismus aus, sie machen es unmöglich, sich kennen zu lernen und zu verbrüdern, graben einen ewigen Abgrund zwischen beiden Proletariaten, indem sie das jüdische Proletariat in erster Linie der Uermacht und der Ausbeutung der besitzenden Klassen des gleichen Bekenntnisses ausliefern. Wir sehen, daß der „Bund“, anstatt die Saat der Zukunft auszustreuen und in dem Zusammenleben feider Kulturen eine neue Ordnung einzuführen, den zerrissenen Faden der Rückkehr zu den verschlossenen Mauern des Ghetto wieder anknüpfen will; Medem, aber, welcher die Entwicklung des Kleingewerbes apotheosiert, steht zu den Doktrinen der Sozialdemokratie im direkten Gegensatz.

II.

Die Praxis entspricht der Theorie. Die Bündler sprengten im Jahre 1915 den sogenannten zwischenparteilichen Rat der sozialistischen Parteien in Warschau, indem sie sich in der Tätigkeit auf dem Gebiete der Berufsverbände absonderten. Sie gründeten sogenannte Branche-Verbände in der Zahl 13, welche etwa 10 000 Menschen umfassen. Dank dem, daß sich die Bündler auf die Handwerker und nicht auf die Fabrikarbeiter stützten, übertrafen sie zahlenmäßig die marxistischen und parteilosen Verbände, welche etwa 6 000 Mitglieder haben. Von ihrer Mitwirkung mit den Arbeiter-Instituten, sowohl den wirtschaftlichen, als auch aufklärenden Instituten allgemeinen, nicht konfessionalen Charakters kann absolut keine Rede sein, denn der Bund stellt Bedingungen, welche von allen anderen Gruppen und Organisationen abgelehnt werden. Er fordert die Einführung des Jargons und besonderer national-jüdischer (aufklärender) Sektionen.

Das jüdische Zentralbureau der Berufsverbände forderte die jüdischen Arbeiter auf, bei der Volkszählung in Warschau (1915) als Muttersprache die jüdische anzugeben. Am 13. November 1915 veranstaltete der Bund zum ersten Male im Laufe seines 19 jährigen Bestehens eine öffentliche Versammlung gemeinsam mit den polenfresserischen jüdischen Chauvinisten, den sogenannten Litwaken mit Herrn Priucki an der Spitze, ohne darauf zu achten, daß Herr Priucki noch unlängst die russische Polizei während eines Streiks der Setzer nach seiner Druckerei gerufen hatte! Die Versammlung beriet in Sachen der jüdischen Volksschule.

Die Entschließung, die dort angenommen wurde, besagt, daß die jüdische Volksbildung in jüdischer Sprache geführt werden müsse. Diese Versammlung und ihre Entschließung riefen heftige Proteste seitens der mehr aufgeklärten jüdischen Arbeiter hervor, und ihr Echo hallte in der Warschauer Presse in einer Protesterklärung wieder, welche von 177 Arbeitern aus den Kreisen des „Bundes“ unterzeichnet war. Im Verein der Handelsleute mosaischen Bekenntnisses ließen die Bündler schon im September 1915 einen Angriff auf die polnische Sprache zu, indem sie sie in den Jargon

verwandeln wollten, aber dieser Angriff schlug vollständig fehl.

Und jetzt einige Tatsachen aus dem Gebiete der „Kultur des Bundes.“

Am 18. März d. Js. veranstaltete das Zentralbureau der jüdischen Berufsverbände eine öffentliche Versammlung, zu welcher eine ansehnliche Zahl von Christen (aus der P. P. S.) erschienen war. Die Veranstalter der Versammlung wollten ihnen nicht nur nicht das Wort erteilen, sondern sie warfen die unnötigen „Gojs“ sogar zur Tür hinaus. Das Organ der Bündler „Lebensfragen“ erläutert, daß dies unsere Versammlung des Bundes gewesen sei und kein Fremder das Recht gehabt habe, in ihr das Wort zu ergreifen.

In Nr. 2 der „Lebensfragen“ ermahnen sie die Juden, den Jargon zu stärken, in Nr. 3 fordern sie für sie die nationale und kulturelle Autonomie, und in Nr. 4 beschwören sie wiederum die jüdischen Arbeiter, nur den konfessionellen Berufsverbänden beizutreten.

Kein Wunder, daß die Sozialdemokraten mit dem „Bund“ fanatische Kämpfe führen, und sogar die Linke der P. P. S. hat in ihrer Januar-Konferenz die separatistischen und nationalistischen Bestrebungen des „Bundes“, welche das Zusammenleben des Proletariats in dem früheren russischen Teilgebiet versumpfen, hervorgehoben.

W. Tomorowicz.

Aus Nr. 135 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 16. Mai 1916.

Eine Sezession auf der „Linken“ der P. P. S.

Es bestehen bei uns 2 sozialistische Gruppen unter dem Namen P. P. S., die sogenannte „revolutionäre Fraktion“ und die „Linke“. Die Fraktion hat die Lösung der Unabhängigkeit ausgegeben. Die Linke vermochte von Kriegsbeginn an keinen bestimmten politischen Standpunkt einzunehmen. Ihre Gruppen verfahren in verschiedenen Teilen des Landes verschieden: In der Provinz beteiligte man sich im allgemeinen an den bürgerlichen Organisationen. In Warschau nahm die Mehrheit dieser Gruppe anfänglich den Standpunkt ein, alle von der Volksgesamtheit geschaffenen Organe zu boykottieren, wobei sie zur Lösung der Unabhängigkeit des Landes in einem feindlichen Verhältnis stand. Man hielt eine Lösung dieser Art für eine Schwächung der „Internationalität“ der Arbeiterbewegung. In der letzten Zeit siegte in Warschau eine andere Richtung der Linken, welche auf der Bereitwilligkeit beruhte, sich an den bürgerlichen Einrichtungen zu beteiligen, um in ihnen die Forderungen der Arbeiter zu verteidigen. Man ging dabei von der Voraussetzung aus, daß es, wenn man an den rückständigsten und in reaktionärster Weise berufenen, vom Staat (Selbstverwaltung, Parlament) geschaffenen öffentlichen Organen teilnimmt, ein Unsinn wäre, die bestehenden „bürgerlichen“ Einrichtungen zu boykottieren. Die Mehrheit der Linken hielt ebenfalls dafür, daß der Zeitpunkt nahe, wo nicht der wirtschaftliche Schutz der Arbeiterinteressen, sondern die Ausgabe wichtigerer politischer Lösungen, namentlich die Lösung der Unabhängigkeit des Landes, einer Unabhängigkeit, welche die Verwirklichung der Demokratie in Polen ermöglicht, die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse werden würde.

Dieser Standpunkt stieß den internationalen Teil dieser Partei, insbesondere aber ihre jüdische Organisation, vor den Kopf. Auch persönliche Unterschiede kamen in Frage. Die Folge hiervon war der Austritt von ungefähr 70 Personen aus der Linken. Sie sind angeblich in eine der Gruppen der „Sozialdemokratie“ übergegangen.

Diese Tatsache wird zweifellos zu einer gewissen Gesundung der Verhältnisse in der polnischen sozialistischen Bewegung beitragen.

Aus Nr. 135 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 16. Mai 1916.

Die christliche berufliche Arbeiterbewegung.

Die Vereinigung der christlichen Arbeiter, welche bisher ein religiös-gesellig-aufklärender Verband war, sucht sich in eine Berufsvereinigung umzuwandeln. Zu einer entsprechenden Agitation wird ein besonderes Blatt, der „Pracownik Polski“ (Der polnische Arbeiter) unter der Schriftleitung des Geistlichen Hilchen herausgegeben (das Blatt wurde schon vor einigen Jahren herausgegeben). Bisher sind 4 Nummern erschienen. Alle Artikel dieses Blattes zeichnen sich durch ein ungewöhnlich feindliches Verhältnis zur sozialistischen beruflichen Bewegung aus. Diese grundsätzlich feindliche psychologische Haltung hindert oft die Verfasser, die Tatsachen gerecht zu beurteilen und sogar fremde Anschauungen wahrheitsgemäß wiederzugeben.

In einem kleinen Artikel des „Pracownik Polski“ befindet sich ein Bericht über die Feier am 3. Mai, in welchem u. a. gesagt wird: „Die freudige Aufnahme der politischen Organisation der „P. P. S.“ erschien uns sonderbar, da die Mitglieder, welche sehr geschickt (!) nicht in Reihen zu 16, sondern in kleineren Reihen, statt dessen aber in weiteren Entfernungen von einander marschierten und das Lied „Die rote Standarte“ sangen gleichsam zum Hohne auf die Versammelten (!).“

Zusammen mit der Entstehung der christlichen Verbände wird die Spaltung unserer beruflichen Arbeiterbewegung noch weitergehen. Heute bestehen z. B. in Warschau 3 Berufsverbände der Metallarbeiter (außer dem jüdischen Verband). Der „reine“ Klassenverband, der Klassenverband der „Petitionisten“ und der „polnische“ Verband. Gegenwärtig ist noch ein christlicher Verband im Entstehen begriffen.

Die Arbeiter werden dabei nicht gut fahren. Wir haben den Eindruck, daß die Berufsverbände nicht zum Kampfe um die Verbesserung des Daseins der Arbeiter entstehen, sondern dazu, um in der Mitte der Arbeiterklasse den Haß und die Kämpfe zu schüren. Reden wir deutlich.

Grundsätzlich ideelle Unterschiede zwischen den „polnischen“ und den christlichen Verbänden gibt es nicht. Diese beiden Richtungen sollten sich vielmehr vereinigen, sowie sich die beiden Richtungen der Klassenbewegung vereinigen sollten, wenn es schon durchaus notwendig ist, daß Berufsverbände bestehen sollen, welche auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen, und solche, welche nicht auf diesem Standpunkt stehen.

L.

Aus Nr. 241 des Głos Narodu (Krakau)
vom 14. Mai 1916.

Das sich selbst verwaltende Warschau.

Die autonome Verfassung, welche Warschau durch den Mund seiner vorübergehenden Regierung, des Bürgerkomitees, forderte, ist zur Tatsache geworden. Die deutschen Behörden haben eine städtische Ordnung aufoktroiiert, und sie haben auch eine Wahlordnung aufoktroiiert, an deren eigenem, abweichenden Entwurf das Komitee längere Zeit hindurch gearbeitet hatte. Gleichzeitig mit ihrer Bekanntmachung verschwindet dieses Komitee von der Bildfläche, und in seine Rechte und Pflichten tritt die bisherige Stadtverwaltung mit Józef Fürst Lubomirski und Peter Drzewiecki an

der Spitze ein, um sie bis zu den Wahlen und zur Einsetzung der städtischen Behörden auf autonomer Grundlage zu leiten.

An anderer Stelle bringen wir die wichtigeren Einzelheiten der neuen Verfassung Warschaus. Am 10. Mai, an welchem sie bekannt gemacht wurde, hat sich ein wichtiges und ruhmvolles Blatt in der Kriegsgeschichte Polens und seiner Hauptstadt gewendet. Es tut sich ein zweites Blatt auf. In das erste hat sich der Geist der nationalen schöpferischen Kraft, Initiative und Tatkraft mit großen Buchstaben eingetragen. Seinen Kundgebungen verdanken wir die Gewißheit, daß das zweite Blatt für Warschau und mit ihm für uns alle nicht minder ehrenvoll sein wird.

649 Tage währte dieses Aufgebot des schöpferischen Willens, der sich im Bürgerkomitee verkörperte. Bei dem ersten Knirschen der Mobilmachungsmaschine, bei dem Echo der Explosionen, welche die Brücke über die Przemsa zerstörten, versammelten sich beim Fürsten Wladimir Czetyrhyski die Vertreter der wichtigeren Warschauer Institute, und da die Zeit drängte, da von eingehenden Beratungen keine Rede sein konnte, wurden 15 Personen gewählt, um auf ihre Schultern die Arbeit und Verantwortung zu legen. Später verdoppelte sich ihre Zahl, änderte sich die persönliche Zusammensetzung, aber gleich blieb die Ausdauer in dem bürgerlichen Dienst, den sie zum Nutzen, aber auch zum Ruhme der Volksgesamtheit verrichteten.

Wir wissen, wieviel sie zu tun hatten und mit welchen Schwierigkeiten sie kämpften, als das Chaos des Lebens, welches von den russischen Tschinowniks verwirrt worden war, überwunden werden mußte, dann aber die unerwarteten, nirgends gesehenen Schwierigkeiten der Verhältnisse des Kriegslebens! Es mußten Lebensmittel und Geld zu deren Ankauf beschafft werden, es mußte die öffentliche Sicherheit geschaffen, den Arbeitslosen Arbeit, den Hungrigen Brot, den Obdachlosen eine Zufluchtsstätte gegeben und gleichzeitig die geistigen Güter gehütet, der Kultur und der Aufklärung gedacht werden. Es mußte fast alles organisiert werden, was das Leben der Volksgesamtheit ist und was die Geschosse des Weltkrieges zerschmettert oder geschwächt haben.

Mit der Größe dieser Arbeit muß das Verdienst derjenigen gemessen werden, die sie bewältigt haben. Fast übermenschlich war die Mühe, aber auch die Ehre ist ungewöhnlich. Warschau fiel es zu, vor Fremden die polnische Regierungsfähigkeit, das polnische Organisationstalent, das polnische Gefühl für Ordnung, Gehorsam und Zucht zu vertreten, und diese Vertretung war das Bürgerkomitee. Dafür hat es auch die Dankbarkeit ganz Polens. Eine Dankbarkeit, die durch die bisweilen an Ort und Stelle vernommenen Stimmen, daß dies oder jenes besser sein könnte, nicht verdunkelt worden ist. In der Vollkommenheit gibt es keine Grenzen. Nachdem aber die anormale Zeit gekommen war, dann gibt es in den Forderungen keine Grenzen und soll es keine geben, und wenn jemand die Größe dessen erfassen wird, was Warschau geleistet hat, wird er verstehen, daß man, wenn man die Sonne sieht, vor allem an ihre Herrlichkeit, nicht an die Flecken an ihrer Oberfläche denken soll.

Die lange Reihe dieser Taten ist würdig abgeschlossen worden. Das Bürgerkomitee tritt freiwillig zurück, um der gesetzmäßigen Selbstverwaltung Platz zu machen. Es hat sich selbst als Übergangsform und untergeordnete Form betrachtet, forderte von den Okkupationsbehörden die Schaffung einer dauernden und höheren Autonomie der Hauptstadt. Es war ihm nicht gegeben, sie auf der von ihm durchgemachten Grundlage aufzubauen, denn die Wahlordnung wurde aufgetrieben. Aber abgesehen von dieser unvermeidlichen Verbesserung im Kriege hat es sein Werk restlos durchgeführt. Möge es also mit dem Dank Polens

auch den Dank Krakaus empfangen, den die Stadt des Bawelberges ihm zu Händen des Fürsten Józef Lubomirski, heut des Präsidenten von Warschau, gestern noch des Vorsitzenden der bisherigen Arbeiten, des Vertreters der Verantwortung vor der Stadt und vor der Nation, übersendet. Wir danken in seiner Person Warschau für alles, was es mit der Mühe und mit dem Gedanken vieler vollbracht hat. Dafür, daß es sich als polnisch und klug, als ausdauernd und umsichtig erwiesen hat, daß es nicht die Befürchtung der Kleinmütigen bestätigt, sondern alle Erwartungen übertroffen hat. Wir wünschen ihm, daß es in der neuen Werkstätte so arbeite, wie bisher. Möge es wirken, möge es sein nationales Leben für Polen, dessen Pulsschlag es ist, organisieren.

Aus Nr. 2899 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 15. und 16. Mai 1916.

Die Selbstverwaltung Warschaus.

Unter dieser Überschrift schreibt das dem Obersten Nationalkomitee nahestehende Lemberger polnische Blatt u. a. folgendes:

In der Geschichte der Hauptstadt Polens hat wiederum ein neuer Abschnitt begonnen. Dem Kalender der neuen geschichtlichen Ära ist ein neues Datum, der Reihe nach das dritte, hinzugekommen: Am 15. November ist die Universität und technische Hochschule entstanden, am 3. Mai hat die erste Festfeier des Jahrestags der Maiverfassung stattgefunden, am 10. Mai endlich ist die vom Generalgouverneur bestätigte Selbstverwaltung der Stadt Warschau in Kraft getreten. Dieses Datum steht den beiden anderen hinsichtlich seiner Bedeutung nicht nach, ja in gewissen Beziehungen nimmt es sogar eine besondere und ungewöhnliche Bedeutung an. Die Verleihung der städtischen Selbstverwaltung an Warschau ist der erste Schritt auf dem Wege, dauernde und neue staatsrechtliche Verhältnisse im Königreich Polen zu schaffen. Obgleich die Warschau verliehene Selbstverwaltung in Anbetracht der einer Lösung harrenden großen politischen Probleme und in Anbetracht des Problems der staatlichen Existenz Polens etwas Untergeordnetes ist, — so ist doch die Lösung dieses Problems im Sinne der Wünsche des Königreichs Polens und unter erheblicher Berücksichtigung unserer nationalen Forderungen als Plus in dem Konto des vorübergehenden preussischen Regimes im Königreich Polen zu vermerken. Und darum wird der 10. Mai ebenfalls der Geschichte angehören.

An die Besprechung der einzelnen Bestimmungen der Wahlordnung Warschaus knüpft das Lemberger Blatt folgende Schlussbemerkungen:

Warschau hat das erlangt, worum es seit einem Jahrhundert blutig und hoffnungslos kämpfte, das Recht, über sich selbst zu bestimmen, und die Möglichkeit einer selbstverwaltenden Arbeit. Es hat eine Plattform und einen „pied à terre“ gewonnen, woraus es eine weitere systematische Aktion wird einleiten können, die sowohl auf eine Erweiterung des Rahmens der Wahlordnung sowie auch des Umfangs der Zuständigkeit der städtischen Selbstverwaltung hingenommen wird.

Muß man denn die kluftartigen Unterschiede hervorheben und darlegen, wie sich diese von den deutschen Behörden verliehene Form der Selbstverwaltung von allen russischen Versprechungen unterscheidet, die niemals in Erfüllung gegangen sind, und um wieviel höher sie steht, als die Petersburger Projekte, die niemals zustande gekommen sind? Die Unterschiede sind zu einleuchtend, um von ihnen zu reden.

Kein russisches Projekt, nicht einmal das verhältnismäßig liberalste Projekt Stolypins eröffnete der Stadt Warschau für die öffentliche und bürgerliche Arbeit ein

so großes Feld und berief die Volksgesamtheit zu einer so ergiebigen Beteiligung an der Gemeindeverwaltung. Kein russisches Projekt berücksichtigte unsere nationalen Interessen auch nur zum Teil und sicherte den polnischen Charakter Warschaus.

Erst jetzt nach 11½ Jahrhundert währenddem Warten eröffnet sich Warschau ein neues und weites Feld der rechts-politischen Arbeit. Es wird selbst „das Haus vom Kehricht reinigen“, die schmerzlichen und empfindlichen Spuren der zynischen russischen Wirtschaft beseitigen und eine neue Form für seine selbstverwaltende Existenz bauen können. Es wird auch auf dem neuen Gebiete die glänzenden Überlieferungen seines staatlichen Sinnes und die glänzenden Werte seines Organisationstalents an den Tag legen können.

Und es ist wirklich etwas da, woran man arbeiten und was man reinigen kann! Denn wohl im ganzen zivilisierten Europa gibt es heute keine zweite Millionenstadt, die sich unter einer solchen Last absichtlicher barbarischer Vernachlässigung durch die gestrigen Haus-herrn beugte und auf allen Gebieten des kommunalen Lebens geradezu unbegreifliche Mängel aufwies.

Die Schläge, welche dem wirtschaftlichen Organismus Warschaus durch den Krieg versetzt worden sind, wird es zum bedeutenden Teil heilen, sich gegen neue verteidigen und sich auf das neue Leben der „morgigen glänzenderen Stunde vorbereiten“ können. Die langersehnte und bisher vergeblich ertäumte Lösung der Großstadt „Selbst ist der Mann“ ist am 10. Mai in Kraft getreten.

Möchte aus dieser Schule des politischen Lebens, welche der Volksgesamtheit Warschaus ihre Tore geöffnet hat, die Hauptstadt Polens in voller Glorie des Sieges hervorgehen!

Aus Nr. 114 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. Mai 1916.

Warschau angesichts der neuen Städteordnung.

Warschau besitzt eine ihm von den Okkupationsbehörden verliehene Selbstverwaltung und bereitet sich zur Wahl der Stadtverordneten vor. Was die polnische Volksgemeinschaft jahrzehntelang mit heißem Verlangen erhoffte und um was die polnischen Vertreter in Petersburg in den letzten Jahren beharrlich kämpften, das ist eine vollendete Tatsache geworden als Ergebnis der infolge des Krieges veränderten Sachlage.

In der russischen Gesellschaft bestanden von altersher zwei Strömungen, die im Kampfe um die Selbstverwaltung für das Königreich engagiert waren. Es siegte jedoch immer die Bureaukratie, welche mit dem Absolutismus historisch verbunden ist, so oft auch die Frage der Selbstverwaltung soweit gereift schien, daß das Verwirklichen dieser wichtigen sozial-politischen Forderung gesichert schien. Der europäische Krieg fand die Angelegenheit der Selbstverwaltung für das Königreich inmitten dieser Kämpfe vor. Polen wurde sofort zu einem Faktor, welcher die streitenden Mächte zwang, mit diesem Landgebiet zwischen Warthe und Dniepr, Karpathen und Ostsee zu rechnen.

Die russischen gesetzgebenden Körperschaften, an denen so manches Projekt der Selbstverwaltung für das Königreich scheiterte, waren geneigt, eine Revision der bisherigen Grundsätze der polnischen Politik vorzunehmen, und die Behörden zeigten ihre Geneigtheit, eine Selbstverwaltung zu proklamieren, welche den Anfang einer neuen Wirtschaftspolitik der polnischen Städte eingeleitet haben würde. Bevor aber das Projekt in der Praxis erprobt werden konnte, besetzten die Heere der Zentralmächte das Königreich Polen. Es begann eine Periode einer unerhört rührigen Tätigkeit der polnischen Volksgemeinschaft, welche soviel

Lebenskraft, soviel Energie, soviel Initiative und Fertigkeit in der Erledigung der bis vor kurzem vernachlässigten öffentlichen Angelegenheiten an den Tag legte.

Das Bürgerkomitee konnte sich nicht über die endgültige Fassung der Wahlordnung für Warschau verständigen, es wird aber doch sein Verdienst bleiben, daß es wenigstens die allgemeinen Grundsätze aufstellte, welche die Warschauer Bürgerschaft in den reorganisierten städtischen Behörden verkörpert wissen wollte.

So mußten denn auch die Besatzungsbehörden, als sie sich energisch mit der Sache befaßten und unverhofft ihrerseits Warschau eine Städte- und Wahlordnung für die Stadtverordnetenversammlung verliehen, willens der Hauptstadt Polens eine Selbstverwaltung zu geben, wie sie den Bestrebungen der polnischen Volksgemeinschaft entsprach, alle diejenigen Faktoren berücksichtigen, welche verbunden waren mit der Geschichte der städtischen Selbstverwaltung für das Königreich und der aus dem riesigen europäischen Umsturz hervorgerufenen Neuordnung der Dinge und mit den grundsätzlichen Forderungen der eigentlichen Wirte der Weichselhauptstadt.

Die breiten Kreise der Warschauer Gesellschaft nahmen, wie aus den Warschauer Pressstimmen hervorgeht, mit Befriedigung die von den Okkupationsbehörden verliehene Selbstverwaltung auf. Die Konstruktion der Wahlordnung, die wesentlich fortschrittlicher ist, als die in den preussischen Städten geltenden Wahlordnungen, läßt die Hoffnung zu, daß an das Steuer der städtischen Wirtschaft Warschaus die entsprechenden Leute gelangen werden, die sich des Vertrauens der Bevölkerung erfreuen. Die Warschauer Presse hob mit Befriedigung hervor, daß alle Schichten der Bevölkerung in der Stadtverordnetenversammlung ihre Vertreter finden würden, Kaufleute und Gewerbetreibende, Hauseigentümer und Handwerker, die gelehrten Berufe und die Arbeiterkreise. Die für die 5 Wahlkurien geltenden Proportionalwahlen bieten die Bürgerschaft dafür, daß keine Minderheit der Majorisierung unterliegen wird und daß die einzelnen Interessentkreise der Bevölkerung in der städtischen Vertreterschaft ihren Ausdruck finden werden. Den gehörigen polnischen Charakter der Selbstverwaltung sichert die Vorschrift des Artikels 2, welcher besagt, daß von dem passiven Wahlrecht einzig der Bürger Gebrauch machen kann, welcher der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig ist. Der Warschauer „Kurjer“ findet zwar, daß eine solche Vorschrift auch für die Personen gelten könnte, welche sich aktiv an den Wahlen beteiligen, aber gleichzeitig läßt er die Annahme zu, daß die praktische Ausführung dieser Vorschrift materiell bedeutende Schwierigkeiten bereiten würde.

Die modernen und fortschrittlichen Grundsätze der Wahlordnung, die Unmittelbarkeit und die Gesamtheit, die Proportionalität und endlich die Sicherung der Rechte der polnischen Sprache bei der Amtsführung finden in den polnischen Warschauer Pressstimmen allgemeine Anerkennung. Die Zeitungen fordern auf, die Wahlen so vorzubereiten, daß in die Stadtverordnetenversammlung recht entsprechende Leute gelangen, die mit dem schweren und komplizierten Arbeitsfeld vertraut sind, welches sich der in dieser Hinsicht der Tradition entbehrenden Volksgemeinschaft durch die Einführung der Selbstverwaltung im Königreich erschlossen hat. Warschau wird kraft seiner Wichtigkeit ein Muster für das ganze Land werden, wenn es an der Entwicklung seines wirtschaftlichen Wohlstandes, an der Kräftigung der Sittlichkeit und der Aufklärung der Einwohner sowie daran arbeiten wird, daß der historischen Bevölkerung der Platz gesichert wird, der ihr gebührt kraft des kulturellen

übergewichts und der schöpferischen Fähigkeiten. Die ganzen verfloßenen Monate der unermülichen und in ihrem Ergebnis so gesegneten Arbeit sind eine Bürgschaft dafür, daß die Weichselhauptstadt ihre Aufgabe gut erfüllen wird. Wird das doch in veränderter Form nur eine Fortsetzung der Arbeiten sein, an welche sich die Warschauer Volksgemeinschaft energisch und erfolgreich in dem Augenblick gemacht hat, als über Polen die Blitze des Ungewitters aufleuchteten.

Aus Nr. 60 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 19. Mai 1916.

Das Wahlrecht für Warschau.

Unter der vorstehenden Überschrift führt die „Gazeta“ u. a. folgendes aus: Die deutschen Behörden haben der Stadt Warschau ein neues Gesetz für die Stadtvertretung gegeben, mit dem unsere Landsleute zufrieden sein können.

Alle Volksschichten und alle Interessengruppen werden in dem zukünftigen Stadtrate Warschaus die entsprechenden Vertreter finden.

Die neue Wahlordnung für Warschau gibt vor allen Dingen die Gewißheit, daß diese Stadtvertretung auch tatsächlich polnisch sein wird, denn sie enthält die Vorschrift, daß nur derjenige Stadtverordneter sein kann, der die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht. Das ist eine Gewißheit dafür, daß in die Stadtvertretung Warschaus nicht die jüdischen Elemente hineinkommen werden, die nicht polnisch schreiben und lesen können, die, mit einem Worte gesagt, den Polen völlig fremd sind. Die zukünftige Stadtvertretung in Warschau wird also ausschließlich polnisch sein, sie wird sich bei ihrer amtlichen Betätigung nur der polnischen Sprache bedienen.

Die neue Wahlordnung wird unzweifelhaft der Stadt Warschau die erhofften Vorteile bringen. Und deshalb hat die Bevölkerung Warschaus wohl auch mit Dankbarkeit diese neue Einrichtung angenommen.

Aus Nr. 133 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 14. Mai 1916.

Aufruf des polnischen Schulvereins. (Macierz Szkolna)

Warschau, den 15. Mai 1916.

Wir glauben, daß die schwersten Zeiten für die polnische Schule schon der Vergangenheit angehören. — Wir verstehen, daß nur ein sich auf rationelle Grundlagen stützendes Schulwesen den Bedürfnissen des Volkes zu entsprechen vermag. Wir wissen aber auch, daß neben jeder Organisation des öffentlichen Schulwesens, bei jeder Kulturstufe der Volksgesamtheit private Vereinigungen auf den Gang und die Richtung dieses Teiles des Volkslebens hervorragende Einflüsse ausüben und überall ein ausgedehntes und dankbares Arbeitsfeld finden.

Desto umfassendere, desto dankbarere, aber zugleich desto schwerere Pflichten harren des polnischen Volksschulvereins in seinem neuen Wirkungskreise, in den neuen Existenzbedingungen des polnischen Volkes. Ohne Rücksicht auf das fernere Los unseres Schulwesens, ohne Rücksicht auf dessen zukünftige Organisation wird auf diesem vernachlässigten und vom Unkraut durchwucherten Boden des Volkslebens für jeden vollauf zu tun sein.

Der Gedanke des polnischen Volkes drängt vorwärts, die verlorene Zeit wiederzugewinnen. Es ist nötig, Mittelpunkte pädagogischer Kräfte ins Leben zu rufen, da ohne diese alle Anstrengungen der Volksgesamtheit vergeblich sein werden.

Indem man die Errichtung von Kinderheimen und Schulen erleichtert, wo sich nur entsprechende Wünsche regen, wo nur die Kräfte zur Befriedigung der Bedürfnisse genügen, muß man sich immer wieder zum Bewußtsein bringen, wo und wieviel dringendste Arbeit noch zu bewältigen ist, auch eifrig statistische Daten sammeln und vervollständigen, da ohne sie alle Arbeit planlos und im Finstern vor sich gehen wird. In dem Chaos des pädagogischen Gedankens muß man danach streben, alle eigenen Grundelemente zum Ausdruck und in Einklang zu bringen, um durch Ausarbeitung entsprechender Beschäftigungspläne zwischen der Schule und der einheimischen Unterlage einen festen und dauernden Zusammenhang herzustellen.

Die Unterrichts- und Erziehungsmethoden zu prüfen und zu ordnen, diese Methoden allgemein zu verbreiten, mit dem Analphabetismus zu kämpfen, die Lektüre zu fördern, die Handbücher und Verlage zu unterstützen, Muster für Schulbauten zu sammeln, Unterstützungen an Kultur- und Bildungsanstalten in allen ihren Formen zu gewähren, aufzumuntern, wo das Feld brach liegt, zu ebnen, was in einem Jahrhundert verzerrt worden ist, zu raten, wo man des Rates bedarf, — dieses sind die allgemeinsten Aufgaben, an welche wir in kürzester Frist herantreten müssen.

Wir verstehen sehr wohl, daß diese bescheidenen und gelegentlichen Kräfte, die sich vorübergehend um den Verein gesammelt haben, ohne die herzliche und verständige Unterstützung aller dazu berufenen sozialen Faktoren, ohne hinreichende Mittel gesammelt zu haben, diesen unermesslichen Aufgaben nicht gewachsen sein werden. Die Umstände haben bewirkt, daß wir auf dem Schauplatz des Volkslebens vorübergehend die Fahne des polnischen Volksschulvereins ergriffen haben, um sie vor den Augen der Volksgesamtheit auf dem selben Wege zu tragen, den unsere Vorgänger mit ihr gegangen sind. Wir werden sie jedoch gerne in stärkere und würdigere Hände legen, wenn die noch frische Tradition der örtlichen Vereine wieder aufleben wird, wenn sich in diesen Kreisen rege Arbeit entwickeln und die allgemeine Organisation der Kräfte des Vereins so vorgeschritten sein wird, daß sich unter seiner Fahne berufenere Elemente zur Leitung der nationalen Aufklärung werden zusammenschließen können.

Der Vorstand des polnischen Volksschulvereins
(Polska Macierz Szkolna.)

Aus Nr. 1 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 18. Mai 1916.

Fürst Olgierd Czartoryski Kurator des polnischen Schulvereins im Königreiche Polen.

Der „Schulverein“, eine große Institution der polnischen Aufklärung, wurde bekanntlich durch die russische Regierung geschlossen. Dieses Unrecht war für unsere Volksgemeinschaft im Königreich Polen außerordentlich fühlbar. Ortsgruppen des „Schulvereins“ gab es vor seiner Schließung 781 mit 116 341 Mitgliedern. Der „Schulverein“ unterhielt 681 Schulen für 63 000 Kinder.

Außerdem sorgte der „Schulverein“ für Kleinkinderschulen für 14 000 Kinder, für Bibliotheken, Lesesälen usw.; die Volksgemeinschaft spendete gern für die Zwecke des „Schulvereins“. Aber gerade dieses Gefühl der reaktionären russischen Regierung nicht, darum verfehlte sie unserem Aufklärungsinstitut den Todesstoß, indem sie dasselbe schloß und so die Verbreitung von polnischer Kultur unmöglich machte. Mit um so größerer Freude ist die Tatsache zu begrüßen, daß der Schulverein unter dem Regiment Sr. Excellenz des General-Gouverneurs v. Beseler wieder zum Leben geweckt, und daß zu seinem Kurator eine so hervorragende und tätige Persönlichkeit ernannt wurde, wie

der allgemein bekannte und geachtete Fürst Olgierd Czartoryski aus Solec.

Zweifellos wird diese Tatsache von der ganzen polnischen Volksgemeinschaft mit größter Freude begrüßt werden.

Aus Nr. 141 des Goniec Kujawski (Wloclawek)
vom 23. Mai 1916.

In Sachen der Organisation des polnischen Schulvereins. (Polska Macierz Szkolna.)

Unter dieser Überschrift schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Kujawien wird wie vor 10 Jahren so auch gegenwärtig bei der Arbeit an der Organisation des Schulvereins nicht hinstehen. Man muß aber erwägen, ob diese Arbeit nach dem früheren System geleitet oder ob sie nicht in mancher Hinsicht geändert werden soll. In seinem ersten Aufruf, den wir vor einigen Tagen veröffentlichten, fordert der Hauptvorstand alle Leute guten Willens zur Bildung von örtlichen Vereinen auf. Er bemerkt dabei, daß nach den Satzungen des Schulvereins Vereine überall dort gegründet werden können, wo dies mindestens 30 Personen verlangen. Diese Bedingung zu erfüllen ist nicht schwer. Bei nur einigermaßen gutem Willen könnten wir in einigen Wochen von neuem eine bedeutende Zahl solcher Vereine gründen. Aber das allein genügt nicht. Um einen Verein ins Leben zu rufen, genügt der gute Wille einiger Personen und manchmal sogar eines einzigen Individuums. Notwendig hierfür sind nur gewisse organisatorische Fähigkeiten. Erst nach der Gründung des Vereins und nach seiner Bestätigung beginnt in ihm die schwere zeitraubende und oft undankbare Arbeit, zu der es uns so sehr an Ausdauer fehlt.

Das Wohl der Sache gebietet es mir, zu gestehen, daß es auch vor 10 Jahren bei uns an Ausdauer bei dieser Arbeit gefehlt hat. Von den 30 in Kujawien organisierten Vereinen haben sich nur einige hervorragend auf dem Gebiete der Aufklärung betätigt. Der Rest beschränkte seine Arbeiten auf das Minimum. Es gab sogar solche Vereine, die trotz der Aufforderung des Hauptvorstandes über ihre Tätigkeit keine Berichte erstatteten.

Die Energie der Gründer der Vereine erschöpfte sich in der organisatorischen Tätigkeit, und die Vizevorsitzenden, Schriftführer, Delegierten und Kassierer beschränkten sich auf ihre Titel. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es möglich gewesen wäre, diese Vereine wieder neu zu beleben, aber die Schließung des Schulvereins hat es dazu nicht mehr kommen lassen.

Nach meinem Dafürhalten sollte man einstweilen in Orten, wo nicht die Gewißheit besteht, daß die Vereinstätigkeit eine fruchtbare sein wird, und wo nicht mindestens eine Anzahl Personen vorhanden sind, die sich dieser Arbeit wirklich widmen wollen, keine Vereine ins Leben rufen. Schlecht geleitete Arbeit in den einzelnen Vereinen stellt die ganze Einrichtung bloß und erregt Unwillen in der Allgemeinheit. Es würde unter veränderten Verhältnissen oft leichter sein, die Arbeit von neuem zu beginnen, als das wieder gutzumachen, was durch den Mangel an Kenntnissen und an Ausdauer verdorben worden ist. Wir hoffen, daß die Arbeit des Schulvereins nicht sobald wieder unterbrochen werden wird. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, müssen wir feste Fundamente unter dieser Einrichtung legen. Nicht um die demonstrative Gründung einer möglichst großen Anzahl von Vereinen, sondern um die Arbeit selbst muß es uns zu tun sein.

Die Organisationsarbeiten des Schulvereins in Kujawien sollten jetzt anders, wie vor 10 Jahren vor sich gehen. Sie sollten, um den früheren

Mängeln aus dem Wege zu gehen, reiflich erwogen werden.

In Wloclawek, dem geistlichen Mittelpunkt Kujawiens, sollte eine Organisationskommission des Schulvereins für ganz Kujawien gebildet werden. Diese Kommission sollte sich mit dem Hauptvorstand in Warschau in Verbindung setzen und an die Gründung von örtlichen Vereinen nur dort schreiten, wo die Gründung dieser Vereine schon zur Notwendigkeit geworden ist und wo bereits ein Kreis von Personen besteht, der willens ist, sich dieser Arbeit zu widmen. Personen, die Vereine gründen wollen, sollten dies erst dann tun, nachdem sie sich vorher mit der Organisationskommission bezüglich der Arbeiten, die der Verein unternehmen soll, verständigt und sich vergewissert haben, ob für diese Arbeiten am Orte entsprechende Kräfte vorhanden sind. Es gilt, tatkräftig an die Arbeit zu gehen, um die nützliche und notwendige Einrichtung nicht zu diskreditieren oder bloßzustellen.

Die Organisationskommission muß darüber wachen, daß sich die Vorstände der örtlichen Vereine auf streng demokratischer Grundlage bilden und daß sich die Vereine keinen Ballast in Gestalt von Vorsitzenden und Delegierten aufbürden. Denn das sind nur Figuranten, die man deshalb wählt, um von ihnen und von ihren Freunden auf diese Weise möglichst große Beiträge und Opfer auszupressen. Dieses Übel rächt sich später an der Arbeit und muß jetzt ein Ende nehmen. Es wird etwas weniger Geld, aber dafür umso mehr Arbeit und umso mehr Freiheit in der Organisation vorhanden sein. Hat sich die Organisationskommission gebildet und hat diese, wenn auch nur einige Vereine in den größeren Ortschaften Kujawiens ins Leben gerufen, dann wird man wie früher an die Wahl eines Gauvorstandes herantreten. Dieser würde dann die Leitung der gesamten Aufklärungsarbeit in Kujawien übernehmen. Die Organisationskommission könnte sich wieder auflösen.

Die ersten Schritte in dieser Hinsicht zu unternehmen, sind vor allem diejenigen Personen berufen, die vor 10 Jahren dem Gauvorstand des Schulvereins in Kujawien angehört haben. Als ehemaliges Mitglied dieses Vorstandes gestatte ich mir in dieser Frage das Wort zu ergreifen. Ich hoffe, daß meine Ausführungen ein Echo finden und für die Zukunft des gegenwärtig wiederauflebenden Schulvereins Interesse erwecken werden.

Von denjenigen Personen, die früher ihre Arbeit dem Schulverein in Wloclawek gewidmet haben, fehlen zahlreiche. Am meisten werden wir aber das Fehlen des früheren Vorsitzenden des hiesigen Vereins und Mitglieds des Gauvorstandes, des Ingenieurs Michael Bobinski, empfinden. Das allgemeine Interesse für den Krieg und für die mit dem Krieg im Zusammenhang stehenden Ereignisse brachte es mit sich, daß der Tod dieses für Wloclawek und Kujawien verdienten Mannes keinen Eindruck hervorrief und daß nicht einmal eine Notiz darüber in dem örtlichen Blatt zu finden war. Möge es mir daher in dem gegenwärtigen Augenblick, in welchem die von dem Verstorbenen liebgewonnene Einrichtung von neuem ins Leben gerufen werden soll, gestattet sein, an dieser Stelle dieses unermüdlichen sozialen Politikers und edlen Menschen zu gedenken. Möge das Andenken an ihn und die Achtung für seine ausdauernde Arbeit eine Anregung für seine früheren Mitarbeiter sein, auf daß sie die Arbeit unter der Fahne des Schulvereins von neuem beginnen und sie gemeinsam mit denjenigen, die sich ihnen anschließen werden, zum Wohle Kujawiens und damit zum Wohle unseres Vaterlandes leiten.

Johann Woznicki.

Aus Nr. 225 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 17. Mai 1916.

Eine gute Vorbedeutung.

Der große moralische Einfluß der Feier des 3. Mai hat auch auf dem Gebiete der interkonfessionellen Verhältnisse in Polen seine Rolle gespielt. Diese Rolle ist nicht zu unterschätzen, ihre politische Bedeutung darf nicht unbeachtet gelassen werden.

Der erste Grundsatz der polnischen Staatsraison in der jüdischen Frage ist die Solidarität der Allgemeinheit der Juden mit dem polnischen nationalen Hauptideal.

Dieser Grundsatz kann an seiner Kraft und an seinem Inhalt nicht verlieren, je nach diesen oder jenen Strömungen, welche in der jüdischen Bevölkerung Polens wühlen. Ohne Rücksicht auf diese oder jene Entwicklung der ideologischen Verhältnisse unter den Juden, ohne Rücksicht darauf, welche Lösungen und Bestrebungen dort die Oberhand gewinnen oder verschwinden, ist unverlässliche Bedingung zur Festlegung eines normalen modus vivendi einerseits die loyale bürgerliche Haltung der Juden in den Dingen der polnischen nationalen Politik, andererseits die Beseitigung aller Hindernisse, welche den Juden sowohl die Stärkung als auch die Rundgebung einer solchen Haltung erschweren würden.

Ogleich die jüdische Allgemeinheit in eine Reihe nicht nur hinsichtlich der politischen Bestrebungen, sondern auch hinsichtlich der Auffassung der kulturellen Aufgaben und Ziele auseinandergehender Teile gespalten ist, hat sie doch als Teil der Landesbevölkerung eine gemeinsame Richtschnur, welche durch das polnische nationale Interesse gewiesen ist, ein Minimum des Programms eines einträchtigen Zusammenlebens: die loyale Haltung in dem Verhältnisse zu den politischen Idealen unseres polnischen Volks. Abhängig von dem Grad der sozialen Aufklärung, von der Kulturstufe der gegebenen Schicht oder des Mittelpunkts, abhängig auch von der Phase des Prozesses der Assimilation, welche kleinere oder größere Teile des Judentums umfaßt und mit den allgemeinen Bedingungen des gegebenen geschichtlichen Moments im Zusammenhang steht, kann auf der Grundlage der Loyalität das Gefühl des polnischen Patriotismus einzelner Schichten der schließlich noch nicht polemisierten Juden ihre tätige Mitwirkung an der polnischen Politik, ihre reale Mitarbeit und ihr gemeinsamer Kampf auf dem Wege der Bestrebungen zur Wiederherstellung Polens sich entwickeln, sich vermindern oder wachsen. Muß doch der Hauptgrundsatz normaler interkonfessioneller Beziehungen auf dem Boden der besagten Loyalität fußen, einer Loyalität, die nicht mehr von dem Grad der Spannung der patriotischen Gefühle der gegebenen Schicht der Juden, von diesen oder jenen unter den Juden herrschenden Richtungen abhängig ist. Diesen Hauptweg wird nämlich jegliche Bestrebung, jedes Programm der Eintracht und der gemeinsamen Korrektheit in den polnisch-jüdischen Verhältnissen gehen.

Am 3. Mai fand seitens der jüdischen Bevölkerung eine große und offene Rundgebung dieser Loyalität statt, wobei dies natürlich unter ansehnlichen Scharen dieser Bevölkerung etwas mehr war, als Loyalität; es war zweifellos viel patriotisches Gefühl und eine warme Rundgebung ihres Polentums da.

In allen Städten und Städtchen beteiligten sich die Juden an den gemeinsamen Festlichkeiten, außerdem aber ehrten sie den Jahrestag der Verfassung vom 3. Mai in ihren Gotteshäusern. Die Abordnungen der Juden wurden überall mit offenen Armen aufgenommen. (Das widerwärtige und beleidigende Verhalten des Festkomitees in Sosnowice, welches die Abordnungen der Juden von der Beteiligung am Festzuge fernhielt, war ein vereinzelter Fall, der von keinem

Teile der polnischen öffentlichen Meinung gebilligt, sondern von den breitesten Schichten der polnischen Volksgeamtheit als die unwürdige Tat einer kleinstädtischen provinziellen Clique gebrandmarkt wurde.) So mußte es in dem erhebenden, die Stimmung der Bevölkerung, und mithin auch das Gebiet der gegenseitigen konfessionellen Verhältnisse veredelnden Augenblick sein. Jeder Freiheitshauch, jede Tat, welche die guten Traditionen der Nation neu belebt, schwächt alle künstlichen Gegensätze, verwischt die gegenseitigen Abneigungen und Vorurteile, schafft gleichzeitig einen gesunden Boden dazu, die Beleidigungen zu vergessen, und ein gerechtes, für die politische Zukunft nütliches Bündnis zu befestigen.

Die gemeinsame Ehrung der Verfassung vom 3. Mai war in dieser Beziehung von weittragender Bedeutung. Sie war eine gute Vorbedeutung für die Zukunft.

J. W.

Aus Nr. 141 des Przegląd Wieczorny (Warschau)
vom 22. Mai 1916.

Die Geistlichkeit und die nationalen Gedenktage.

Unter dieser Überschrift gibt das Warschauer Blatt ein vom 25. April 1916 datiertes Rundschreiben des bischöflichen Generalkonvikts in Kielce an die Geistlichkeit der Diözese Kielce wieder. Diesem Rundschreiben seien folgende Stellen entnommen:

„In den gegenwärtigen, ungewissen Zeiten können wir das Nationalfest (den Jahrestag der Verfassung vom 3. Mai) nicht so feierlich begehen, wie es das Herz wünscht. Wir können unsere Gefühle nicht vorzeitig kundgeben. Trotzdem wollen wir, soweit es die äußeren Verhältnisse gestatten, Gott dafür heiß danken und nach Möglichkeit eine freigebige Spende für unsere polnischen Volksschulen geben; an diesen Schulen mangelt es uns so, und in unseren Dörfern und Städtchen ist es noch so leer und finster, können noch viele nicht lesen.

Es trifft sich glücklich, daß auf den 5. Mai d. Js. der 70. Geburtstag unseres großen Schriftstellers H. Sienkiewicz fällt. Wir werden wiederum einen Beweis der höchsten Anerkennung für sein Talent liefern, wir werden ihn in seinem Jubiläumsjahr am besten ehren, wenn in diesem Jahre im Lande möglichst viel Schulen und Kleinkinderschulen entstehen werden, wenn sich zur Errichtung dieser Schulen nicht nur die größeren Städte und Pfarrien, sondern auch die kleinen Dörfer entschließen werden, wenn eine möglichst große Zahl von Kindern lesen lernen wird.

Aus diesen Gründen empfiehlt seine Exzellenz der Bischof von Kielce seiner Geistlichkeit, wobei alle früheren Rundschreiben und Weisungen des Ordinariats, welche den Geistlichen vorschreiben, sich der politischen Angelegenheiten, zu enthalten, in Kraft bleiben, daß am 3. Mai ein Hochamt mit Ausstellung des allerheiligsten Sakraments stattfinden soll. Nach seiner Beendigung sollen Sammlungen für Kleinkinderschulen und polnische Volksschulen zum Andenken an den freudigen Jahrestag unserer Verfassung veranstaltet werden.

Auf die Feier sich beziehende Predigten werden unsere Geistlichen an diesem Tage nicht halten. Den Sonntag vorher aber ist das Volk von diesem Gottesdienst und diesem Rundschreiben in Kenntnis zu setzen und zur zahlreichen Beteiligung und Opferwilligkeit zu ermuntern. Die gesammelten Spenden werden die Pfarrer und Rektoren der Kirchen dem Konvikts überreichen.

Da die sozialistischen Parteien, die da heißen: „Die Unabhängigkeits-Organisation“, das „Zentrale Schulbureau in Petrikau“, die „Ligen der Frauen“ u. a. m. ihre eigenen Komitees zur Feier des 3. Mai zur Veranstaltung von Festzügen, zur Heranziehung der

Schuljugend hierzu, zur Sammlung von Spenden für die von ihnen errichteten antikatholischen Schulen gebildet haben, sind die Pfarrer verpflichtet, die Parochianen zu warnen, daß die Feier, welche von den Geistlichen und den Rettungskomitees veranstaltet wird, nichts gemein haben kann mit den Feiern, welche von diesen verschiedenen sozialistischen und kirchenfeindlichen Organisationen veranstaltet werden. An solche Feiern können die Geistlichkeit und die Gläubigen unbedingt nicht Hand anlegen, noch an ihnen irgendwelchen Anteil nehmen.

Es ist der Diözesanbehörde zur Kenntnis gekommen, daß in manchen Kirchen verschiedene nationale Lieder gesungen werden, die sich für die Gotteshäuser durchaus nicht eignen. In Anbetracht dessen ordnet der Herr Bischof an, daß das Singen der Lieder „Mit dem Rauch der Feuersbrünste“, „Noch ist Polen nicht verloren“ u. a. m. niemals gestattet werden darf. Die religiös-nationale Hymne „Gott, der Du Polen“, darf als nicht liturgisches Lied während der heiligen Messe nicht gesungen werden. Davon mögen die Pfarrer die Parochianen in Kenntnis setzen.“

Aus Nr. 242 des Goniec (Warschau)
vom 15. Mai 1916.

Betrifft den Konflikt in Sosnowice.

Als der sich auf dem politischen Horizont abhebende gegenwärtige Krieg, der uns die Möglichkeit einer Befreiung von der Vernichtung bringt, eine Unabhängigkeitsbewegung hervorrief, polnische militärische Organisationen ins Leben rief, wollte unsere Nationaldemokratie die Aufmerksamkeit der Volksgesamtheit von den bevorstehenden Ereignissen ablenken, den polnisch-jüdischen Konflikt vergrößern und ihm die ganze nationale Tatkraft zuwenden. In der Zeit des politischen Stillstandes werden alle kleinen Gegensätze größer; die großen Ereignisse zwingen die verschiedenen Gruppen und Elemente der Volksgesamtheit dazu, sich zusammenzuschließen.

Ein paar Jahre vor dem Aufstand im Jahre 1863 gelangte der Antisemitismus an die Oberfläche unseres nationalen Lebens; während des Aufstandes vollzog sich ein einmütiger Zusammenschluß der polnischen und jüdischen Bevölkerung gegen Rußland. Wohl, der Rabbiner Kramiztyf, der frühere Bankier Kronenberg haben ihre Namen in die Geschichte unserer nationalen Bewegung ehrenvoll eingezeichnet. Das Erbe aus der Zeit des Aufstandes ist eine Reihe jüdischer Familien, welche für die polnische Kultur arbeiten.

Heut liegen riesige staatschöpferische Aufgaben vor uns. Wenn die Juden von der Teilnahme an ihnen ferngehalten werden sollten, wäre die Erfüllung der großen Aufgaben erschwert, die unserem Geschlecht zugefallen ist. Von der staatschöpferischen Aktion auf unseren historischen Territorien können die Juden mit Rücksicht auf die zahlenmäßige, materielle und geistige Kraft, welche sie in unserem Lande vertreten, nicht zurückgehalten werden. Heut, da unsere Sache international ist, wie sie es seit den napoleonischen Kriegszeiten nicht war, wäre es ein strafbarer Fehler, einen so bedeutenden Faktor in der nationalen Politik, wie die Juden, vor den Kopf zu stoßen und gegen uns zu treiben.

Die Nationaldemokraten und noch einer ihrer Flügel sind heute in politischer Beziehung die beiden am meisten destruktiven Gruppen, welche bestrebt sind, den politischen polnisch-jüdischen Hader zu schüren.

Das Komitee zur Feier des 3. Mai in Sosnowice ließ unter dem Einfluß der nationaldemokratischen Elemente, die der Überlieferung des Verrats von Dargowica näher stehen, als der Überlieferung der Maiverfassung, die Juden zur Teilnahme an der Mai-

feier nicht zu. Die Sosnowicer Juden, welche sich durch den herausfordernden Standpunkt des Komitees zur Feier des 3. Mai nicht abschrecken ließen, beschloßen, ein jüdisches Komitee zur Feier des 3. Mai ins Leben zu rufen, und haben dadurch viel Takt bewiesen.

In dieser Angelegenheit lesen wir in der Sosnowicer „Iskra“:

Das jüdische Komitee zur Feier des Jahrestages vom 3. Mai gibt folgendes zur allgemeinen Kenntnis:

„Die Bevölkerung mosaischen Bekenntnisses in Sosnowice, welche von dem Komitee zur Feier des 3. Mai übergangen worden ist, war gezwungen, ein besonderes Komitee zu gründen. Dieses Komitee beschloß,

1. am 3. Mai 10 Uhr vormittags einen Festgottesdienst in der Synagoge mit einer Ansprache in polnischer Sprache zu organisieren, welche die Bedeutung der Verfassung vom 3. Mai für die polnische Nation, sowie ihre Bedeutung in Sachen der Gleichberechtigung der Juden in Polen beleuchten sollte;

2. der jüdischen Bevölkerung in Sosnowice am 3. Mai nahelegen, die Büros, die Werkstätten usw. zu schließen, die Schaufenster auszuschnücken und die Fenster der Wohnungen mit Klebemarken zu Gunsten der polnischen Schule zu schmücken, die Balkone mit Teppichen, Blumen und polnischen nationalen Emblemen zu verschönen;

3. in allen jüdischen Schulen Vorträge und Besprechungen über das Thema der Verfassung vom 3. Mai und des 4jährigen Reichstages zu organisieren.“

Unabhängig davon übersandten die Juden dem Ortskomitee ein Schreiben, in welchem sie mit Rücksicht darauf, daß die jüdische Bevölkerung in Sosnowice ihre polnischen patriotischen Gefühle durch ihre Beteiligung an dem Festzuge bekunden wollte, freundlichst baten, ihnen im Festzuge für das Rabbinat des Ortes, den Vorstand der jüdischen Gemeinde und den Vorstand des Wohltätigkeitsvereins mosaischen Bekenntnisses in Sosnowice geeignete Plätze anzuweisen.

Auf dieses Schreiben erhielt das jüdische Komitee erst am 2. Mai um 5 Uhr 40 Minuten nachmittags folgende Erwiderung:

„Das Schreiben des Komitees, welches sich aus der Mitte der jüdischen Volksgesamtheit gebildet hat, in Sachen der Festfeier vom 3. Mai haben wir gelesen. Die diesem Schreiben beigelegte Mitteilung wollen wir als Ausdruck der guten Absicht des Komitees in dem Verhältnis zu dem polnischen nationalen Feiertag betrachten, jedoch muß der ausgeprägte Standpunkt der jüdischen Volksgesamtheit im Laufe der letzten 10 Jahre in dem Verhältnis zu den nationalen polnischen Interessen für uns der Ausdruck der wirklichen Gefühle dieser Gesamtheit sein. Von dieser Voraussetzung ausgehend, halten wir es für natürlich, daß jüdische Einzelpersonen, welche sich für Polen halten, in den Reihen der Institute, welche sich an dem nationalen Festzuge korporativ beteiligen werden, stets einen Platz finden werden.“

In dem um die selbe Zeit erschienenen „Kurjer Zagłębia“ (Nr. 100) wurde der in der Vollversammlung des Ortskomitees, am 2. Mai gefaßte Beschluß bekannt gemacht. Diesen geben wir wörtlich wieder:

„Da die Festfeier am 3. Mai eine durch und durch nationalreligiöse polnische Kundgebung ist, können keine nationalen Sondergruppen zur Teilnahme an dem Festzuge zugelassen werden; dagegen hat das Komitee zur Feier des 3. Mai, sich von traditioneller Toleranz leiten lassend, nichts dagegen, daß sich andersgläubige Polen, also auch jüdische Polen, als Mitglieder entsprechender Korporationen polnischer Vereine, zu denen sie gehören, beteiligen.“

Die Juden hielten dann eine Sitzung ab, in welcher folgender Beschluß gefaßt wurde:

1. Das Programm der Feier, also der Festgottesdienst in der Synagoge mit einer Ansprache in polnischer Sprache, die Heilighaltung des 3. Mai, die Vorträge und Plaudereien in den Schulen werden unverändert gelassen.

2. Aus von ihnen unabhängigen Gründen sich der korporativen Teilnahme in dem nationalen Festzuge zu enthalten.

Nach Beendigung der Sitzung begab sich ein engeres Komitee in die Synagoge, um für die Ausschmückung und für die Ordnung des Gottesdienstes die endgültigen Weisungen zu erlassen. Indes versammelte sich in der Synagoge und vor ihr eine große Menge von Juden, etwa 1000, sich lebhaft über den im „Kurjer Zaglebia“ veröffentlichten Beschluß entzündend. Einige Mitglieder des Komitees sprachen auf die Menge beruhigend ein, aber ihre Ansprachen wurden unterbrochen, indem man die Exemplare des „Kurjer Zaglebia“ zerriß; in dem Gedränge wurden die schönen Dekorationen, die Sträucher und Pflanzen, mit denen die Synagoge geschmückt war, zerstört.

Um 10 Uhr abends konnte die Synagoge mit Mühe geleert werden, worauf das jüdische Festkomitee um 11 Uhr nachts eine Versammlung veranstaltete, in welcher folgender endgültiger Beschluß gefaßt wurde:

„1. In Anbetracht der starken Aufregung, welche durch den Beschluß des Festkomitees zur Feier des 3. Mai hervorgerufen worden ist, und um daraus sich ergebenden Auseinandersetzungen vorzubeugen sowie um eine Störung der Feststimmung am 3. Mai zu vermeiden, beschließt das jüdische Festkomitee, den Festgottesdienst in der Synagoge am 3. Mai zu widerrufen.“

2. Das jüdische Komitee stellt fest, daß der Beschluß des Festkomitees eine krasse Verleugnung der erhabenen Tugenden, deren Ausdruck die Verfassung vom 3. Mai war, ist und dem Standpunkt des Hauptkomitees der Hauptstadt Warschau sowie aller Komitees im Königreich Polen direkt widerspricht.“

Das polnische Komitee hat eine höchst unpolitische Tat begangen. Für uns ist es wichtig, daß sich die jüdischen Gruppen, sogar wenn sie von unserer polnischen Kultur noch nicht eingegriffen sind, mit uns unter einer politischen Fahne befänden. Sie also von sich zu stoßen und sich auf Kundgebungen des polnisch-jüdischen Gegensatzes in den letzten 10 Jahren zu berufen, war eine Taktlosigkeit. Die von dem russischen Joch befreiten Söhne dieser Erde sollten mit der Überlieferung dieser polnisch-jüdischen Zwistigkeiten, mit denen uns Rußland so reichlich bedacht hat, brechen. Dies ist keineswegs ein Zugeständnis seitens unserer nationalen Aspirationen oder seitens unseres Strebens nach dem Aufbau einer uns national stärfenden Struktur.

Wir müssen wie bisher weiter arbeiten an der Befreiung von der Übermacht der uns feindlichen Einflüsse, wir müssen den einheimischen Handel und die einheimische Industrie tatkräftig schaffen und bauen. Wir müssen uns zusammenschließen und vereinigen, aber gleichzeitig müssen wir unsere Kultur entfalten und ihre Expansion auf diejenigen ausdehnen, die das Schicksal mit uns vereinigt hat. Und darum sind alle Ostzismen in der Richtung der Einflüsse unserer Kultur nicht nur unpolitisch, sondern schädlich für die Entwicklung der sich unserer Zivilisation neu eröffnenden Wege und Einflüsse, sind ein Stein, welcher unseren staatschöpferischen und sozialkulturellen Bestrebungen unter die Füße geworfen wird.

Wl. Studnicki.

Aus Nr. 21 der „Gwiazda“ (Posen)
vom 20. Mai 1916.

Betrachtungen.

Mit größtem Interesse lesen wir in den Tagesblättern die Schilderungen der glänzenden Feiern des dritten Mai in Warschau. Nicht nur mit Interesse, sondern mit aufrichtiger Freude darüber, daß unsere Nächsten, unsere Brüder, durch das Schicksal des Krieges so hart gedrückt, wenigstens eine solche Freude genießen konnten, die die Vorbedeutung einer besseren Zukunft, eines helleren politischen Geschicks ist.

Es ist das Merkmal wahrer Bruderliebe, daß man den eigenen Schmerz und die eigenen Sorgen vergißt, wenn den Nächsten etwas begegnet, von dem sie in unsäglichen Träumen bisher kaum träumen konnten. Und man vergißt dann wenigstens einen Augenblick, welcher großer Unterschied zwischen der eigenen Lage und der Lage jener besteht. Wenigstens einen Augenblick vergißt man, was sein wird, und man lebt ausschließlich in nicht eigener Freude.

Es könnte scheinen, daß eine solche Freude tödlich wirken muß — in einem Augenblick, wo das Erwachen eintritt, wenn die Sorge um das eigene Los mit erhöhter Flut das Herz zu erfüllen beginnt.

Das kann sein, aber nur dort, wo das Herz an einem organischen Fehler leidet, wo es ungesund ist. In einem starken Herzen kann eine solche Reaktion nur noch eine größere Reaktion hervorrufen. So ist das Recht der Natur.

Wir lauschten also den zu uns gelangenden Echos der Warschauer Festlichkeiten, und es erwachten in uns Gefühle der Freude, wie damals, als sich die Warschauer Universität zum Leben emporrichtete. In unseren Gefühlen war auch nicht ein bißchen Neid, denn dieser ist — wir wissen dies ausgezeichnet — ein Moment der Zersetzung, und gegen ihn wehrt sich unser nationaler Instinkt. Er fehlte, denn besonders unsere Geschichte gab uns als Grundlage unseres politischen Denkens den Verstand.

Und dennoch mußten über jeden von uns Betrachtungen kommen, die von der Logik, vom einfachen „Bauernverstand“ diktiert sind. Diese Betrachtungen unserer nationalen Seele hat bei den Beratungen der Novelle zum Vereinsgesetz unser Abgeordneter Trompczynski herausgeführt und ausgedrückt, indem er die Beseitigung des sogenannten Maulkorbparagraphen verlangte, — als das Echo des nationalen Festes in Warschau noch nicht verklungen war.

Trotz solcher Betrachtungen wird jedoch das Warschauer Fest ein Fest der ganzen Nation bleiben, ein Fest, welches den Geist emporrichtet und unsere Kräfte samt dem Glauben stärkt, daß für alle Leiden ein Ende kommen muß, daß stets — eher oder später — die Gerechtigkeit siegen muß. Man muß nur ausharren.

Aus Nr. 109 des Kurjer Plocki (Plock)
vom 14. Mai 1916.

Unsere Aufgaben gegenüber der Zukunft.

I.

Darüber, was uns die nicht mehr ferne Zukunft bringen wird, und was wir von ihr erwarten können, sollten wir heute schon ernstlich nachdenken.

Wir alle wissen gut, daß der gegenwärtige Krieg eine große Umwälzung in der Zusammensetzung des sozialen Organismus hervorrufen muß. Wir müssen — welche Form des nationalen Lebens uns auch die Zukunft bringen wird — schon heute unsere Gedanken und unsere Tätigkeit denjenigen wichtigen Problemen anpassen, die unser warten und die wir ausschließlich

aus eigener Kraft werden lösen müssen. Und dieser Probleme gibt es sehr viele.

Nach Ansicht vieler Wirtschaftspolitiker hat der Krieg — namentlich in den vom Kriege betroffenen Gebieten — ein Sinken der Bodenpreise veranlaßt. Infolgedessen wird nach dem Kriege eine Woge von Spekulantem auf der Bildfläche erscheinen, die die sich bietende Gelegenheit werden ausnützen wollen. Der Krieg wird ferner einen Mangel an Arbeitskräften hervorrufen, die durch andere Arbeitskräfte, möglichst durch eigene, jenseits der Grenze ersetzt werden müssen. Die wirtschaftliche Produktivität wird sich, wie das nach jedem Kriege der Fall zu sein pflegt, heben. Industrie und der Handel werden sich beleben und es werden neue, hiermit im Zusammenhang stehende Probleme entstehen. Die verwüsteten polnischen Städte und Dörfer müssen möglichst rationell und ästhetisch aufgebaut werden. Mit den wirtschaftlichen Problemen Hand in Hand gehen kulturelle und politische Bedürfnisse.

Das ist eine Reihe von Fragen, die schon heut interessieren und die schon jetzt neue Pläne, Ideen und Beschlüsse erheischen. Betrachten wir sie uns einmal näher.

Was tut uns zu ihrer Ausführung und zu ihrer erfolgreichen Durchführung am meisten not?

Nach meinem Dafürhalten Einigkeit und Solidarität! Nicht jener Solidarität, die einst dazu führte, im Namen der Freiheiten des Adels die Reichstage zu sprengen, und die unter dem Vorhaben, daß sie solidarisch die bedrohten Rechte der Republik beschützte, die traditionell geheiligte und zum Untergang Polen führende Wühlerei, Unordnung und Disziplinlosigkeit verteidigte, sondern jener Solidarität und politischen Vernunft, die sich nach der Teilung zuerst in den Legionen bemerkbar machte, jener wirklichen nationalen und freiwilligen Solidarität politischer Kollektivempfindungen und Instinkte, jenes Selbstbewußtseins gemeinsamer Interessen und Bedürfnisse.

In dem Kampfe um die Wiedererlangung oder den Schutz der nationalen Rechte ist eine organisierte Solidarität Bedingung. Man muß aber ihre richtige Aufgabe verstehen. Es ist dies, wenn man sich so ausdrücken darf, eine Organisation unserer äußeren nationalen Politik und unserer Beziehungen zu fremden Völkern und Nationalitäten. Jedes Volk muß, ob es eine eigene staatliche Organisation besitzt oder nicht, in Fragen der äußeren Politik solidarisch sein. Aber es wäre ein Unsinn, wenn ein freies Volk die Aufgaben seiner staatlichen Organisation, insbesondere dann, wenn dies mit sichtbarem Schaden für die vorchriftsmäßige Entwicklung der inneren Politik verknüpft sein sollte, ausschließlich den Zwecken der äußeren Politik anpassen würde.

Es gibt oft sehr lange Zeitabschnitte, in welchen Fragen der äußeren Politik allen anderen Fragen vorangehen müssen. Aber es gibt auch Zeitabschnitte, in welchen diese Fragen auf den zweiten Plan rücken und auf den ersten Plan Fragen der inneren Entwicklung gesetzt werden müssen. Wir sehen dies im Leben eines jeden selbständigen Volkes. Wir besitzen allerdings keine staatliche Unabhängigkeit, mithin müssen für uns Fragen der äußeren Politik immer von verhältnismäßig größerer Bedeutung sein. Aber auch in unserem Leben treten Änderungen ein.

Im gegenwärtigen Augenblick z. B. vollzieht sich auf dem ganzen Gebiet der polnischen Lande ein radikaler Umschwung in den politischen und sozialen Verhältnissen, der für die innere Entwicklung unseres Volkes von ungeheurer Bedeutung ist. Die sozialen Schichten, die bisher am nationalen Leben nicht teilgenommen haben, beginnen rasch ihre Rechte, ihre Bedeutung und ihre Stellung in dem nationalen Gesamtkörper zu begreifen. Im Gefühl ihrer Kraft und mit einem

großen Vorrat an Tatkraft, die sich jetzt erst freimacht, verlangen sie, am öffentlichen Leben teilzunehmen und auf dasselbe einzuwirken. Eine solche Umgestaltung der Verhältnisse, ein solcher Wechsel in der Einteilung und in der Abhängigkeit der gegenseitigen Faktoren kann nicht ohne Kampf vor sich gehen. Diesen inneren Kampf zu vermeiden, ist unmöglich. Man braucht ihn aber nicht zu befürchten, denn ohne Kampf und ohne Reibung der sozialen Gegensätze und Bestrebungen gibt es kein Leben, keine Entwicklung.

Zu fürchten brauchen wir diesen Kampf nicht. Aber wir müssen ihm eine Richtung und ein Ziel geben, das Ziel der sittlichen und nationalen Wiedergeburt unseres Volkes. Dieses Ziel müssen wir alle in gut verstandener, nationaler Solidarität anstreben.

Welches sind die Mittel und Wege, die zu dieser Wiedergeburt führen? Das nationale Selbstbewußtsein ist in unserem Volke noch nicht in ausreichendem Maße entwickelt. Die bürgerliche Moral steht auf einer sehr niedrigen Stufe. Hierzu trugen verschiedene Umstände bei, wie z. B. der bestehende Gegensatz zur Intelligenz, der Mangel und die nicht genügende Anzahl an polnischen Schulen und das hiermit im Zusammenhang stehende Analphabetentum und der Mangel an Aufklärung. Kann doch im Königreich Polen — es ist eine Schande, dies zu gestehen — fast die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen und schreiben. Welche Kraft aber die Aufklärung dem Volke gibt, lehren uns zahlreiche Beispiele. Wir erinnern hier nur an Preußen und Böhmen.

Aus Nr. 111 des Kurjer Plocki (Plock)
vom 17. Mai 1916.

Unsere Aufgaben gegenüber der Zukunft.

II.

Unsere erste und wichtigste Aufgabe gegenüber der Zukunft sollte die möglichst baldige Einführung der allgemeinen Schulpflicht sein. Unsere erste Lösung im Sinne einer gut verstandenen nationalen Solidarität muß mithin lauten: „Jedes Kind gehört in die Schule!“ Möge alle ohne Ausnahme der Gedanke und die Arbeit an der Verbreitung der Aufklärung im religiösen und nationalen Geiste vereinigen.

Vor dem Kriege haben zahlreiche Gemeinden im Lande die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Viele Gemeinden haben eine Steuer für die Errichtung neuer Schulen beschlossen. Sie haben auf diese Weise schon bestimmte Fonds aufgebracht. Wo ist das Geld geblieben? Heute könnte man es gut gebrauchen. Die Vorstände derjenigen Gemeinden, in welchen Fonds für die Errichtung neuer Schulen gesammelt worden sind, sollten darüber Rechnung legen. Die Bevollmächtigten der Gemeinden müssen dies fordern. Das ist ihre Pflicht nicht nur der Gemeinde, sondern auch dem Volke gegenüber.

Bei den Fürsorgeräten haben sich Sektionen für die Errichtung von Spielschulen gebildet. Diesem Gedanken kann man nur beipflichten. Die Spielschulen würden alle Kinder in noch nicht schulpflichtigem Alter und die Schulen alle anderen im schulpflichtigen Alter aufnehmen. Möge die projektierte Maisammlung für uns ein wirkliches Fest des Frühlings, ein Fest beginnender Aufklärung, werden. Betrachten wir diese Maisammlung nicht als eine Art Philantropie, sondern als eine Pflicht und als eine nationale Steuer, der sich niemand entziehen darf. Möge aus ihr, aus dem Rauch der Feuersbrünste und aus dem Staub des Bruderbluts, eine Blume erblühen, aus der unsere Kinder Aufklärung schöpfen werden.

III.

Der Krieg hat ein Sinken der Bodenpreise veranlaßt. Infolgedessen wird eine Woge von Spekulant auf der Bildfläche erscheinen, die diese Gelegenheit werden ausnutzen wollen. Ich glaube, daß man dem begegnen kann, wenn man den Landhunger unserer Bauern berücksichtigt. Es müssen beizzeiten Einrichtungen geschaffen werden, die unseren Bauern den Erwerb dieses Grund und Bodens, von dem sie bei schwerer und mühevoller Arbeit träumen, erleichtern; es muß diesen Leuten langfristiger Kredit gewährt werden, damit sie in Raten ihre Schuld abzahlen können, und es muß endlich, falls dies notwendig sein sollte, zu diesem Zweck auf die Kapitalien unserer Auswanderer in Amerika zurückgegriffen werden. Dann brauchen wir die unserem Glauben und unseren nationalen Interessen fremden Spekulanten nicht zu befürchten.

Ein Mangel an Arbeitskräften wird bei uns nicht eintreten. Wir haben Arbeitskräfte genug, verstehen sie bloß nicht auszunutzen. Tausende von unseren Landsleuten wanderten alljährlich über die Grenze und suchten dort Verdienst. Es ist dies ein Beweis dafür, daß wir genug Arbeiter im Lande haben. Sie im Lande zu behalten, ihnen lohnende Beschäftigung zu geben, damit sie leben können, ist gleichfalls eine Forderung, die wir uns gegenüber der Zukunft stellen müssen. Die Löhne, die gegenwärtig den landwirtschaftlichen Arbeitern gezahlt werden, sind in Anbetracht der Teuerung der Lebensmittel zu niedrig. Man muß sie so regeln, daß die Arbeiter leben können und daß sie nicht gezwungen werden, bei Fremden besseren Verdienst zu suchen. Man müsse den Arbeitern auch einen größeren Schutz als bisher angedeihen lassen. Es müssen bei uns, ähnlich wie im Auslande, Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Pensionskassen gegründet werden. Die Arbeiter werden, wenn man ihnen einen besseren Schutz angedeihen lassen wird, im Lande bleiben und wir werden über Mangel an Arbeitskräften nicht klagen brauchen. An Arbeit aber wird es bei uns in der Zukunft nicht fehlen. Es wird jeder genügend Beschäftigung finden.

IV.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben gegenüber der Zukunft ist auch die Schaffung einer polnischen Industrie. Unsere Heimat besitzt einen reichen Waldbestand. An Bergwerkserzeugnissen mangelt es bei uns ebenfalls nicht. Leider befand sich bisher sowohl die Wald- als auch die Bergwerks-Industrie überwiegend in fremden Händen. Sie in unsere Hand zu bekommen, das eigene Kapital in ihr anzulegen, ist gleichfalls eine wichtige Aufgabe gegenüber der Zukunft.

Eine Volksindustrie, wenn sie bei uns wirklich bestehen und nicht — wie bis jetzt — künstlich gezüchtet würde, würde jährlich Millionen einbringen. In der Gegend von St. Cloud werden Tausende von Leuten mit der Anfertigung der zusammenlegbaren Metermaße beschäftigt, mit denen unsere Heimat geradezu überschwemmt wurde. Holzspielsachen werden aus der Schweiz und aus Deutschland in großen Massen bei uns eingeführt. An hölzernen Töpfeln allein hat das sogenannte „Eiserne Tor in Warschau“ — Żelazna Brama w Warszawie — alljährlich für Hunderttausende von Rubeln eingeführt. Und so ist es fast auf jedem Gebiet. Während der letzten Weltausstellung in Paris habe man sich für die polnischen Stickerarbeiten und für die Holzarbeiten aus Zakopane besonders interessiert. Zahlreiche bedeutende ausländische Firmen haben auch nennenswerte Bestellungen in Polen gemacht. Aber es war niemand da, der die Bestellungen entgegennehmen und sie ausführen konnte. Wäre es anderwärts auch so? Der Deutsche, Tscheche oder Engländer würde sofort die Gelegenheit wahrgekommen, das Ausland mit dem modernen Erzeug-

nissen seines Vaterlandes überschwemmt und dadurch das Nationalvermögen um viele Hunderttausende vermehrt haben.

Eine polnisch-völkische Industrie schaffen, ihr eine rationelle Richtung geben und Absatzquellen ausfindig machen, ist ebenfalls eine unserer wichtigen Aufgaben gegenüber der Zukunft.

Aus Nr. 112 des Kurjer Plocki (Plock)
vom 18. Mai 1916.

Unsere Aufgaben gegenüber der Zukunft.

V.

Mit der Industrie eng verknüpft ist der Handel. Auch dieser muß von Grund auf reorganisiert werden. Einen polnischen Handel gibt es, das müssen wir offen gestehen, fast gar nicht. Sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr befindet sich überwiegend in fremden Händen.

Nehmen wir zum Beispiel den Getreidehandel. Wir produzieren durchschnittlich jährlich ungefähr 100 200 000 Zentner Getreide, wovon etwa $\frac{2}{3}$ zum Verkauf gelangt. Den Gewinn daraus stecken die fremden Zuzügler, überwiegend die Juden, in ihre Tasche. Diesen Handel müssen wir in Zukunft in unsere Hände zu bekommen suchen. Es ist notwendig, Getreide-Kooperativen und Handelshäuser zu gründen, die mit den Abnehmern direkt und nicht durch Agenten in Geschäftsverbindung stehen müssen. Wir müssen ferner engere Geschäftsbeziehungen mit dem Auswanderertum in Amerika anknüpfen und daran denken, daß dort über 2 Millionen Polen wohnen. Das Anknüpfen von Beziehungen mit dem Auswanderertum wird unmittelbar und mittelbar des Gebiet unseres Handels erweitern.

Der Verbrauch an Kolonialwaren z. B. ist bei uns sehr bedeutend. Bei diesem Handel bedienen wir uns bisher der Vermittlung fremder Leute. Die Entwicklung des Auswanderertums gibt uns Gelegenheit, auf die ausländischen Vermittler zu verzichten. Kaffee, Gerbstoffe, verschiedene Arten von Fournieren, Heilkräuter und ähnliche Ausfuhrerzeugnisse können wir durch Vermittlung unseres eigenen Auswanderertums in Brasilien und Parana erhalten. Unsere Bauern in diesen Ländern betreiben den Anbau der Pflanze „Hervamate“, ein Gewächs, das in Südamerika an die Stelle von Tee tritt. Bei entsprechenden Bemühungen würde es gelingen, dieses Erzeugnis an Stelle des chinesischen Tees in die Heimat einzuführen. „Hervamate“ hat zwei wichtige Vorzüge. Das Produkt ist billiger als der Tee und dient außerdem als grüner Farbstoff im Färbereigewerbe. Die Einfuhr von Kolonialwaren nach dem Königreich Polen ist nicht Neues. Es handelt sich hier nur darum, die fremde Vermittlung durch eigene, oder diese oder jene eingeführte Ware durch eine andere, von gleichem oder größerem Werte, zu ersetzen. Im gegebenen Falle muß man auch das in Betracht ziehen, daß der brasilianische Kaffee oder „Hervamate“ eine Quelle des Verdienstes für unsere Arbeiter in Brasilien oder Parana werden kann, während der chinesische Tee nur die Chinesen bereichert. Diese Beispiele habe ich angeführt, um darzutun, welche neuen Wege unser Handel gehen muß, um sich von der bisherigen fremden Abhängigkeit zu befreien. Dieses Thema erschöpfender zu behandeln, überlasse ich den Spezialisten.

VI.

Es bleibt uns zum Schluß noch eine wichtige Aufgabe gegenüber der Zukunft zu besprechen. Es ist dies der rationelle und ästhetische Wiederaufbau der polnischen Städte und Dörfer. Es

ist darüber schon so viel geschrieben worden, daß ich nicht mehr viel zu sagen brauche.

Ich möchte nur die Aufmerksamkeit auf den Wiederaufbau des polnischen Dorfes lenken. Die Angelegenheit des Wiederaufbaues der Städte überlasse ich den Fachleuten. Was ist unter dem Ausdruck: „rationeller Wiederaufbau des polnischen Dorfes“ zu verstehen? Man versteht darunter den Schutz der Häuser vor Feuergefahr und ihre möglichst praktische und dabei in gesundheitlicher Hinsicht einwandfreie Einrichtung. Das bisherige polnische Dorf ist uns ja zur Genüge bekannt. Kleine, mit Stroh bedeckte Häuser, mit kleinen Fenstern und oft angebauten Scheunen oder Ställen. Die Wirtschaftsgebäude stehen größtenteils an der Straße. Die Dächer, die aus ihnen auf die Straße fließt, verpestet die gesunde, ländliche Luft. Die Gebäude stehen zu nahe aneinander und stoßen oft zusammen. Das ist das Bild des heutigen polnischen Dorfes. Bei dem Wiederaufbau der Häuser müssen alle diese Fehler sorgsam vermieden werden. Die Gebäude müssen mindestens 6—10 Meter von einander entfernt stehen. Scheunen und Ställe müssen in möglichst weiter Entfernung vom Wohnhaus liegen. Die Wohnräume gehören an die Straßenfront, die wirtschaftlichen Gebäude dagegen müssen nach der Feldseite zu stehen. Alle Abflüsse aus ihnen müssen nach einem Sammelbecken geleitet werden. Was das Material anbetrifft, aus dem die Gebäude errichtet werden sollen, so hängt das von vielen Umständen, insbesondere aber davon ab, was an Baumaterial in der betreffenden Gegend am leichtesten und billigsten zu haben sein wird. Was die Bedachung anbetrifft, so ist das alte polnische Strohdach das billigste und in mancher Hinsicht das beste. Unter dem Strohdach ist es im Sommer kühl und im Winter warm. Es handelt sich nur darum, die Feuergefährlichkeit zu beseitigen. Das läßt sich durch ein leichtes Verfahren bewerkstelligen. Man taucht die Strohbindel vor ihrer Zusammenlegung in eine lehmartige Flüssigkeit mit einem kleinen Zusatz von Kalk oder Gips. Mit dieser auf diese Weise präparierten Strohschicht bedeckt man dann das Dach. — Der erste Regen wird die oberste Lehmenschicht abspülen. Das Stroh darunter wird zu einer festen Masse werden und die Feuergefahr erheblich vermindern. Was das ästhetische Aussehen unseres Dorfes anbetrifft, so bin ich der Ansicht, daß man vor allem darauf sehen sollte, den Charakter des früheren polnischen Dorfes beizubehalten. Zu diesem Zwecke sollte man beizugehen einen entsprechenden Entwurf ausarbeiten, der sich auf die Grundlagen der früheren polnischen Bauart unter Berücksichtigung der örtlichen Eigenart und der Grundsätze der Hygiene stützen muß. Anders muß das Haus im hügeligen Gelände und anders in Ebenen beschaffen sein. Bei uns in Plock z. B. empfiehlt sich der Wiederaufbau der alten, schlichten und dabei sehr ästhetischen Arkadenhäuser mit dem Giebel nach der Straße zu. Es ist dies der Typus eines rein polnischen Hauses, das in der Ausführung billig und dabei praktisch ist.

Gustav Zielinski.

Aus Nr. 139 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 29. Mai 1916.

Die wirtschaftliche Selbständigkeit Polens.

Unter der Überschrift „Keine Union“, sondern „Verträge“ fährt „Kurjer Warszawski“ vom 6. Mai mit den Erörterungen über die wirtschaftliche Zukunft Polens fort:

„Indem wir weiter die Angelegenheit der wirtschaftlichen Selbständigkeit Polens erörtern, stellen wir uns die Frage: Kann unser Land sich selbst wirt-

schaftlich genügen? d. h. mit einem Worte, ob wir eine geschlossene nationale Wirtschaft, in welcher der Austausch von Waren mit dem Auslande nur eine nichtige Rolle spielt, bilden können?

Schon ein Blick auf die Handelsbilanz Polens macht ausreichend klar, wie die Antwort ausfallen kann. Die Zahlen beweisen, daß wir im richtigen Sinne dieses Wortes in den Strudel des internationalen Austausches mit hineingezogen worden sind, daß wir ein Volk sind, das viel importiert und viel exportiert. Der Wert unserer Jahresproduktion ist schwer genau zu bezeichnen. Wenn wir jedoch eine annähernde Zahl von 1½ Milliarden Rubel annehmen, so geht daraus hervor, daß der Wert unserer Handelsumsätze mit Bestimmtheit ca. 75% der allgemeinen Jahresproduktion beträgt. Die Bilanz stellt fest, daß der Wert unserer Ausfuhr mit 550 Millionen Rubel jährlich und unserer Einfuhr mit 600 Millionen bezeichnet werden kann. Dabei spielen die Handelsverhältnisse mit Rußland eine Hauptrolle, sie stellen die Riesensumme von 800 Millionen dar. Das sind Ziffern, welche den internationalen Handelsaustausch unseres Landes klar kennzeichnen. In der Struktur unserer Wirtschaft kommen wir den Staaten gleich, die viel und vielseitig für den Export arbeiten, wie Deutschland, England und Belgien; dabei haben wir einen stärker entwickelten (selbstredend verhältnismäßig) internationalen Austausch, als zahlreiche europäische Staaten, z. B. Österreich-Ungarn. Ob dies gut oder schlecht für das Land ist, diese Frage wollen wir im gegebenen Moment nicht berühren, summarisch haben wir darauf schon im vorhergehenden Aufsatze geantwortet. Es darf nicht vergessen werden, daß sich dieser Charakter unserer Produktion infolge unserer Verbindung mit dem Markte des Ostens und teilweise infolge der besonderen Wirtschaftspolitik der russischen Regierung entwickelt hat und daß sich eine wirtschaftliche Struktur befestigte, der die Lösung, sich selbst zu genügen, fremd war.

Lipinski begründet im „Kurjer Polski“ ganz richtig, daß von einer abgeschlossenen nationalen Wirtschaft nicht die Rede sein kann. Eisen, Kohle, Baumwolle, Kautschuk und gewisse Maschinen führen wir ein und werden in Zukunft davon noch mehr einführen müssen. Wenn sich bei uns im Lande die Industrie weiter entwickeln wird, so kommen zu den Einfuhrprodukten noch Vieh und Getreide hinzu. Unser Eisen ist schlecht, es ist darum unbedingt erforderlich, hochprozentiges Erz aus Rußland oder Schweden einzuführen. Wir besitzen keine Koks- und auch Maschinen müssen wir einführen. Sogar England bezieht Maschinen aus Deutschland und Deutschland aus England.

Jetzt kommt die Reihe an die Ausfuhr. Wie kann man sich nur vorstellen, daß wir zur Ausfuhr nicht gezwungen sind? Womit sollten wir denn die bei uns eingeführten Produkte bezahlen? Herr Lipinski meint, daß polnische Kapitalien im Auslande nicht arbeiten, so daß wir nicht mit aus der Fremde kommenden Dividenden und mit Zinsen von Wertpapieren zahlen können. Wir werden selbst Anleihen im Auslande aufnehmen müssen und Dividenden und Zinsen zahlen müssen. Aus diesem Grunde ist die Ausfuhr polnischer Waren wirtschaftliche Notwendigkeit. Es wird Aufgabe des polnischen Kaufmanns, polnischer Exportverbände und der polnischen Verwaltung sein, trotz aller Schwierigkeiten die Märkte im Osten, Westen, Süden und Norden zu erobern.

Zu diesen Bemerkungen fügen wir noch hinzu, daß wir uns dem internationalen Warenaustausch nicht nur nicht entziehen können, sondern daß wir danach streben müssen, eine aktive Handelsbilanz zu schaffen, d. h. wir müssen mehr ausführen, als wir

einführen. — Diese Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß es uns an eigenen Kapitalien mangelt und wir noch lange, in nächster Zukunft sogar sehr stark, um Geldhilfe an das Ausland werden wenden müssen. Der Mangel eigenen Kapitals ist wohl der am meisten charakteristische Zug unserer Wirtschaft. Unsere Industrie lassen wir außer Acht, da es allgemein bekannt ist, daß sie stark vom ausländischen Kapital Gebrauch macht, aber auch unsere Landwirtschaft bedient sich fremden Kapitals. Es ist Tatsache, daß ein Teil der Hypothekenspapiere, die auf den Grundbesitz gestützt sind, wie die Pfandbriefe der Landkreditgesellschaft und der Bauernbank, sich im Auslande befinden. Es ist berechnet worden, daß im Lande höchstens für 300 Millionen Rubel inländische Papiere bleiben. Herr Zukowski hat seinerzeit die Ansicht vertreten, daß wir jährlich ungefähr 300 Millionen Rubel verzinsen müssen, die wir in irgend einer Form im Auslande geliehen haben. Und das ist noch nicht alles, was unserer wartet. Vor uns öffnet sich eine riesige wirtschaftliche und kulturelle Aufgabe, und zwar die Melioration der Landwirtschaft, der Bau von Eisenbahnen, die Regulierung der Flüsse und städtische Anlagen. Diese Sachen werden ungeheure Kapitalien verschlingen. Woher sie nehmen, wenn nicht von Fremden? Auf diese Weise belasten uns neue Verpflichtungen, die wir einzig mit Ausfuhrwaren werden bezahlen können. Aus diesem Grunde muß unsere Handelsbilanz durch lange Jahre aktiv sein.

Wenn die Lösung der Selbstgenügnung keine wirtschaftlichen Grundlagen besitzt, so ist es dagegen mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit wesentlich anders. Nur ein Land, welches eine eigene Wirtschaftspolitik besitzt, kann den einheimischen Produktionskreisen die besten Arbeitsbedingungen schaffen und nur ein wirtschaftlich selbständiges Land kann die Grundlage seiner wirtschaftlichen Existenz, den inneren Markt beherrschen.

Was unser Verhältnis zu Rußland betrifft, so ist nicht zu vergessen, daß, wenn auch der Markt des Ostens uns ansehnliche wirtschaftliche Vorteile bietet, wir ihm gleiches bieten. Rußland führte viel Waren nach Polen aus, kaum um 35% weniger als wir nach Rußland. Darum wird es für Rußland niemals gleichgültig sein, welche ständigen Handelsbeziehungen mit dem polnischen Markt es aufrechterhalten kann. Das Bestehen einer Zollgrenze wird bei der Aufrechterhaltung dieser Beziehungen keineswegs stören; es regelt nur die Interessen beider Kontrahenten auf gerechteren und rationelleren Grundlagen. Darum ist die Meinung des Herrn Tenenbaum, daß ein günstiger Handelsvertrag mit Rußland für die Interessen der polnischen Industrie sehr vorteilhaft ist, zutreffend. Es geht hier nur darum, das Wort „günstig“ richtig zu verstehen. Denn in dem konkreten Inhalt dieses Wortes steckt das ganze wirtschaftliche Programm Polens.

Aus Nr. 117 des „Kurjer Poznański (Posen)
vom 23. Mai 1916.

In der Angelegenheit der Verbreitung von Zeitungen in Litauen schreibt die „Kownoer Zeitung“: „Außer den Zeitungen, die in den Gebieten erscheinen, welche der obersten Heeresleitung unterstehen, sind im Postverkehr noch nachfolgende Blätter zugelassen: „Deutsche Warschauer Zeitung“, „Deutsche Lodzer Zeitung“, „Neue Lodzer Zeitung“. Von den nicht in deutscher Sprache in Deutschland und im Generalgouvernement Warschau erscheinenden Zeitschriften wurde zugelassen der „Katolik“ aus Beuthen und der „Dziennik Polski“ aus Czestochau (beide in

polnischer Sprache) sowie die in russischer Sprache in Berlin erscheinende Schrift „Ruski Wiestnik“. Das Abonnement des „Dziennik Poznański“, welches bis jetzt zugelassen war, ist somit fernerhin nicht gestattet“.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 113 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 20. Mai 1916.

Die neue Phase der Tätigkeit des Obersten Nationalkomitees.

Das Oberste Nationalkomitee nimmt infolge seiner Konsequenz, Ausdauer und Arbeit im polnischen nationalen Leben eine angesehenere Stellung ein. Jede solche Kraft wirkt anziehend. Wir haben auch gesehen, daß eine Reihe von Gruppen und Vereinigungen im Königreich Polen ihre Solidarität mit dem Obersten Nationalkomitee erklärt hat, und am 29. April sind ihm zwei galizische konservative Parteien beigetreten, welche es im Jahre 1914 verlassen hatten. Heute sind außer wenigen Einzelpersonen im Obersten Nationalkomitee alle organisierten Parteien und Gruppen vertreten.

Die Bedeutung dieser Tatsache ist mannigfach. Moralisch wirkt eine Konsolidation stets positiv. Sie schafft das Gefühl der Kraft, und damit gibt sie Selbstbewußtsein und Fähigkeit zur Entscheidung. Der Soldat schlägt sich 100 Mal besser, wenn er weiß, daß ihm im Rücken keine Gefahr droht. Die Tatsache, welche am 29. April eingetreten ist, beseitigt auch die Unannehmlichkeit, die in der Beschuldigung bestand, daß Galizien, und wäre es nur zum kleinen Teil, sein am 16. August 1914 feierlich ausgerufenes Programm geändert habe.

Der Wert der am 29. April dieses Jahres vollzogenen Einigung tritt jedoch vor allem auf politischem Gebiete zu Tage. Er ist klar und augenscheinlich. Gegenüber den Fremden tritt die polnische Volksgesamtheit als Einheit und Ganzes auf. Es fällt die Möglichkeit fort, die einen gegen die andern auszuspielen. Durch die Geschichte der Leiden, welche das Oberste Nationalkomitee durchgemacht hat, wird dargetan, wie das „divide et impera“ für die nationale Sache schädlich war. Wenn wir die zwanzigmonatige Vergangenheit betrachten, können wir uns des Gedankens nicht erwehren, daß wir viel weiter gekommen wären und uns weit erfolgreicher verteidigt hätten, wenn nicht diese Scheidung und Zersplitterung gewesen wären. Man darf auch die Hoffnung hegen, daß sich jetzt in dieser Beziehung alles zum Besseren wenden wird.

Aus gewissen Kreisen hören wir Besorgnisse, daß die Konsolidation die Tätigkeit des Obersten Nationalkomitees ungünstig beeinflussen könnte. Diese Befürchtung teile ich nicht. Das Oberste Nationalkomitee verdankt seinen Erfolg dem Umstande, daß die Parteien, welche ihm beigetreten sind, ihre Parteiprogramme beiseite gelegt haben. Im Obersten Nationalkomitee gab es weder eine Mehrheit, noch eine Minderheit. Mit Stolz hebe ich hervor, daß nur eine einzige Angelegenheit durch eine Mehrheit zustande gekommen ist, und das ist der Name der Zeitschrift „Polen“. Es wurde stets so lange gearbeitet, bis sich eine gemeinsame einmütige Meinung herausbildete. Dies ist natürlich nur dann möglich, wenn sich die Arbeit nicht auf Sitzungen beschränkt, sondern wenn in dem gegebenen Institut ein wirkliches Zusammenleben und ein beständiger Gedankenaustausch Platz greift. Eifer und Aufopferung haben die Menschen Tag und Nacht — ich rede nicht bildlich, sondern real — an der gemeinsamen Werkstätte festgehalten. Gegenwärtig tritt also die Frage ein, ob sich dies ändern wird. Ich glaube nicht. Die neuen Mitglieder kommen — das ist die allgemeine

Wahrnehmung — mit dem guten Willen der Mitarbeit, und auf einem solchen Boden darf man gute Ergebnisse erwarten. Alle haben wir ein einziges Programm. Wo liegt da ein Grund vor zu Unterschieden in der Mitte eines Instituts, welches nur für die Zeit des Krieges berechnet ist?

Es wurde auch die Befürchtung laut, daß die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem polnischen Klub und dem Obersten Nationalkomitee auf die Stellung und Bedeutung des Komitees ebenfalls ungünstig einwirken werde. Auch diese Befürchtungen teile ich nicht. Ich war stets der Ansicht, daß die Politik einheitlich sein müsse. Etwas anderes ist die Arbeitsteilung. Diese ist notwendig, und das gerade hat das Abkommen bewerkstelligt. Im öffentlichen Leben jedoch entscheidet über den Einfluß nicht das auf dem Papier eingeräumte Recht, sondern die wirkliche Arbeit. Das Oberste Nationalkomitee hat aber soviel Arbeit an den Tag gelegt und hat ihrer eine solche Menge, daß es hinsichtlich des Lebenswerts der ihm auf dem Papier eingeräumten Rechte beruhigt sein kann. Je enger das Band zwischen dem polnischen Klub und dem Obersten Nationalkomitee sein wird, desto besser und günstiger ist es für die Sache.

Dagegen kann dem Komitee, aber diesmal auch dem polnischen Klub eine andere Gefahr drohen. Sie könnte von der Volksgesamtheit ausgehen, wenn sie nicht darin, aus gelegentlichen Kundgebungen endgültige Schlüsse zu ziehen, Vorsicht gelernt hätte. Die polnische Frage ist eine internationale Frage und wird nach entsprechenden Kriterien entschieden werden. Bevor es dazu kommen wird, kann diese oder jene Strömung kleinere oder größere Erfolge feiern, aber vernünftige und ernste Menschen dürfen daraus nicht auf das Ende Schlüsse ziehen. Die geplagte und drangalierte Allgemeinheit sollten gerade diese Ernsten und Vernünftigen davor warnen, sich Täuschungen und Versuchungen in die Arme zu werfen. Über Polen werden sehr grundsätzliche, sehr tiefe und in der Geschichte verborgene Momente entscheiden. Das Oberste Nationalkomitee hat keine Veranlassung zu glauben, daß es diese nicht erkannt hat.

Wladislaus Leopold Jaworski,
stellvertretender Vorsitzender des Obersten
Nationalkomitees.

Krakau, den 8. Mai 1916.

Aus Nr. 256 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 20. Mai 1916.

Aus dem polnischen Klub in Wien.

(Mitteilung der Schriftleitung des polnischen Klubs.)

Die politische Kommission des polnischen Klubs, an welcher Obmann Bilinski und die Mitglieder dieser Kommission Abrahamowicz, Czaykowski, Witold Fürst Czartoryski, Daszynski, German, Agenor Graf Goluchowski, Glabinski, Jaworski, Redzior, Krogulski, Leo, Loewenstein, Andreas Fürst Lubomirski, Marek, Graf Rey, Sredniawski, Johann Graf Stadnicki, Starowieyski, Zbislav Tarnowski, Zaranski teilnahmen, beriet am 18. Mai unter dem Vorsitz des Obmanns des Klubs von 5 bis 9 Uhr nachmittags über aktuelle nationale Fragen.

Der Verlauf der Erörterung und die gefaßten Beschlüsse sind streng vertraulich.

Aus Nr. 112 des Kurjer poznański (Posen)
vom 17. Mai 1916.

Der Verlauf des Wiedenski Kurjer polski („Wiener polnischer Courier.“)

Wir teilten seinerzeit kurz mit, daß der von Dr. Schmurski redigierte „Wiener polnische Courier“ seinen ganzen Verlag nach Mährisch-Ostau verlegt habe. Gegenwärtig erfahren wir aus dem Krakauer „Kurjer Codz.“, daß jener Wiener polnische Courier in den Besitz der österreichischen „Morgenzeitung“ übergegangen und der bisherige Redaktionsstab verstärkt worden sei unter Änderung des Charakters der Zeitschrift. Der Krakauer „Kurjer Codz.“ drückt aus diesem Anlaß die begründete Befürchtung aus, daß das von der neuen Verwaltung engagierte Redaktionspersonal mit Herrn Dr. Schmurski an der Spitze zur geschickten Verschleierung der wirklichen Tendenzen der gegenwärtigen Schrift diene, Tendenzen, die in jedem Falle mit den polnischen Interessen nicht im Zusammenhang stünden.

Aus Nr. 20 des Poradnik Gospodarski (Posen)
vom 19. Mai 1916.

Die landwirtschaftlichen Vereine in Galizien.

Ein halbes Jahrhundert ist verflossen, seitdem der erste Verein im Posenschen seine Arbeit in der Stadt Dolzig begann. Im April d. Js. feierte der Verein sein 50jähriges Jubiläum. In dieser langen Zeit gab es viele Wege, auf denen man nach der Entwicklung strebte. Wir meinen, es wird gut sein, wenn wir unsere Leser damit bekanntmachen, wie auch in anderen Gebietsteilen an den landwirtschaftlichen Vereinen gearbeitet wird, welche Erfolge daselbst erzielt werden. In Galizien arbeiten, wie wir das aus der Beschreibung des vorjährigen Ausfluges gesehen haben, die landwirtschaftlichen Vereine etwas anders, als die untrigen; in jedem Falle aber arbeiten sie vorzüglich. Wir bringen hier eine Beschreibung dieser Arbeiten: „Die wirtschaftliche Erschütterung im Jahre 1913 hat auf die Entwicklung der Tätigkeit der Vereine ungünstig eingewirkt. Wiewohl die Volksgesamtheit die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Vereine sehr unterstützt, so genießt sie jedoch nicht die erforderliche finanzielle Unterstützung.

Weil der Landtag nicht funktionierte, wurden die Staatssubventionen eingeschränkt. Der Fortfall der Subvention in Höhe von 91 000 Kronen mußte auf den Erfolg der Arbeit des Vereins ungünstig einwirken.

In den landwirtschaftlichen Vereinen beträgt der Fehlbetrag etwa 26 000 Kronen. Das bedeutet keinesfalls eine Verringerung der Sympathie der Volksgesamtheit, im Gegenteil, die Zahl der landwirtschaftlichen Vereine sowohl, wie auch die der Mitglieder wächst systematisch. Im Vergleich zum Jahre 1913 ist die allgemeine Zahl der Vereine um 158 gestiegen. Bis zur Hälfte des Monats Mai des Jahres 1914 sind wieder 206 Vereine hinzugekommen, so daß die gegenwärtige Zahl der landwirtschaftlichen Vereine in Galizien 2098 beträgt. Die Zahl der gewöhnlichen organisierten Mitglieder beträgt 89 561, das ist 11 000 mehr als vorher. Zum Zwecke der Verlebung der Organisation sind die landwirtschaftlichen Vereine zu Kreisvereinen verbunden worden, deren es 53 gab. Die eigenen Gebäude stellen einen Wert von 1 822 069 Kronen dar, das heißt 259 294 Kronen mehr als im verflossenen Jahre. Es wurden 5000 Versammlungen abgehalten, somit 59 333 Versammlungen.

Die landwirtschaftliche Tätigkeit beruhte auf der Organisation von wirtschaftlich veteri-

nären Kurse. Es nahmen an ihnen 1500 Personen teil. Spezielle Kurse für die ländlichen Wirtinnen wurden 7 abgehalten. Zu dieser Art der Propaganda gehören auch schriftliche Arbeiten, die, wie stets, günstige Erfolge zeitigten. Auf Veranlassung der landwirtschaftlichen Vereine wurden 11 Drainage-Genossenschaften gegründet, von denen 1500 Morgen Land entwässert wurden.

Zum Zwecke der Hebung der Milchwirtschaft wurden Vorträge gehalten, es wurde für die Gründung von Volkereigenossenschaften agitiert. Auch um die Hebung des Obst- und Gartenbaues bemühte man sich; es wurden zu diesem Zwecke 4 Gärtnereikurse eingerichtet, in denen 52 Fachvorträge gehalten wurden.

Die Arbeit an der Hebung der Bienenzucht war infolge der ungeheuren Niederschläge im Jahre 1914 ungeheuer erschwert. Von großer Tragweite ist die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Vereine auf dem Gebiete des Handels. Vor der Gründung der landwirtschaftlichen Vereine war der einzige Vermittler auf dem Gebiete des Handels im galizischen Dorfe der Jude. Die Geschäftsläden der landwirtschaftlichen Vereine waren in der Lage, das westgalizische Dorf von dem jüdischen Vermittler zu befreien. Die Spar- und Darlehns-genossenschaften Raiffeisen'schen Systems steuerten dem wucherischen Kredite. Die Gasthäuser und Schenken, welche den einzigen Mittelpunkt des geselligen und kulturellen Lebens des Dorfes bildeten, müssen allmählich den Volksbibliotheken und den Volkshäusern den Platz räumen.

Im letzten Jahre vor dem Kriege besaß Galizien bereits 908 Geschäftsläden, die den Vereinen gehören; besonders entwickelt haben sich diese im Westen des Landes. Deshalb wird auch die Auswanderung des Judentums aus dieser Gegend immer größer. Der Jahresumsatz in den revidierten Geschäften beträgt 14 Millionen Kronen. Zum Zwecke der Ausbildung von Fachleuten veranstaltet der Vorstand alljährlich Handelskurse. Im verflossenen Jahre wurden sie in Cieszkowice abgehalten und dauerten 3 Monate; es nahmen an ihnen 167 Hörer teil.

Der wirtschaftliche Verband vermittelte beim Ein- und Verkauf von künstlichen Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten.

Das letzte Gebiet der Handelsaktion der landwirtschaftlichen Vereine sind die in den Kreisen eingerichteten Niederlagen. Diese Sache ist von besonderer Tragweite, sie beseitigt vollständig den Vermittler im Großhandel, welcher bisher der Jude gewesen ist. Diese Tatsache hat die Entwicklung des christlichen Handels gar sehr erschwert; denn der jüdische Großhandel ließ auf keinen Fall Ware für ein katholisches Geschäft zu. Heute beträgt die Zahl der Kreisniederlagen der landwirtschaftlichen Vereine 23, sie befinden sich in den nachstehenden Ortschaften: Brzozow, Cieszanow, Debica, Gorlice, Grybow, Jaroslaw, Jaslo, Kalusz, Kolomyja, Krosno, Mzana-Dolna, Radworna, Nowy-Sacz, Sucha, Tarnopol, Tlumacz, Nowy-Targ, Rohatyn, Ropczyce, Rymanow, Stary-Sacz, Ustrzyl, Dolne, Zakopane. Es sind das vorwiegend im Westen gelegene Ortschaften; erst in der letzten Zeit werden auch im Osten solche Niederlagen gegründet. Den Niederlagen für Waren gesellen sich noch zu Genossenschaften für Viehzucht, es gibt ihrer 9. In der Entwicklung des galizischen Handels spielen diese Institutionen eine immer wichtigere Rolle, sie erfüllen die Funktion eines Vermittlers zwischen dem Dorfe und der Stadt, sie regulieren die Preise und schalten den Warenwucher aus, sie garantieren die Güte der Waren und eine rechthaffene Bedienung,

sie gefunden den dörflichen Handel und stützen ihre Tätigkeit auf die moralischen Faktoren. Die genannten Institutionen besaßen 8595 Mitglieder mit einem Kapital von 711 000 Kronen, der Geldumsatz betrug in ihnen 17 Millionen Kronen.

Um das Bild der Arbeit der landwirtschaftlichen Vereine zu vervollständigen, muß man auf ihre aufklärende Wirksamkeit hinweisen. Die Vereine besitzen Bibliotheken, denen vom Hauptvorstande 5000 Bücher unentgeltlich überandt wurden. Ferner bestehen Theater und bäuerliche Chöre im ganzen Lande in einer Anzahl von 302. Zu dem Gebiete der Aufklärung gehört auch die Sorge um die kulturelle Hebung der bäuerlichen Wirtinnen, für die fünf Kurse mit Fachvorträgen veranstaltet worden sind. Eine Neuheit in der Organisation der landwirtschaftlichen Vereine ist die Bildung von Frauenabteilungen, die vor zwei Jahren gegründet wurden. Diese Sache ist wohl gelungen, und wir besitzen heute schon 70 solcher Abteilungen; im verflossenen Jahre wurden 57 neue Abteilungen gegründet.

Das ist in der Tat eine weitverzweigte Arbeit mit günstigem Resultate. So war die Arbeit der landwirtschaftlichen Vereine in Galizien vor dem Kriege! Hoffen wir, daß diese Vereine nach dem Kriege zu neuem Leben erwachen, daß sich der Geist in ihnen beleben und festigen wird. Das ist unser aufrichtiger Wunsch. Hoffen wir, daß Gott diese Arbeit segnen und die weitere Entwicklung fördern wird.

In der nächsten Zeit werden wir einen Artikel veröffentlichen, aus dem zu ersehen sein wird, was noch in unseren landwirtschaftlichen Vereinen zu tun wäre.

Aus Nr. 4 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 21. Mai 1916.

Die russische Orientation.

Die Petersburger „Zemszyna“, das Organ der russischen Rechten, wendet sich gegen die englischen, französischen und italienischen Politiker, weil diese in ihren Organen eine für die Polen wohlwollende Politik betreiben.

Die „Zemszyna“ wandte sich vor allem deswegen gegen jene aus dem liberalen Lager sich meldenden Politiker, weil sie sich in „innere Angelegenheiten Rußlands einmischten“. Rußland werde nicht gestatten, daß sich jemand in seine Angelegenheit einmische oder seine Verhältnisse zu beeinflussen trachte, da es als selbständiger Staat in seiner inneren Politik seinen eigenen Weg gehen werde und es am besten wisse, was für den Staat gut oder schlecht sei.

Die „Zemszyna“ bekämpft weiterhin besonders die Ausführungen der „Times“ und des Mailänder „Secolo“. Der letztere veröffentlichte einen nach Ansicht der „Zemszyna“ „unverschämten“ Artikel, indem er im Interesse des Bierverbandes eine „endgiltige, liberale neue Orientation der inneren russischen Politik“ forderte. Gegen eine solche Einmischung in die russischen Angelegenheiten wendet sich die „Zemszyna“ mit einer nicht geringen Entrüstung.

Der „Secolo“ hatte geschrieben, daß die am Anfange des Krieges von dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewicz den Polen gemachten Versprechungen durchaus nicht hinreichten, da die Polen selbst davon überzeugt seien, daß diese Versprechungen die russische Regierung zu nichts verpflichteten. Der Zar habe die nach Petersburg gekommenen polnischen Deputationen nicht empfangen wollen. „Die russische Politik“ — schreibt der „Secolo“ — „begeht einen Fehler nach dem anderen und hat zu der Gefahr einer Verstärkung der Polen mit den Mittelmächten geführt,

was einen Einfluß auf die Politik Rumäniens und Schwedens ausüben würde" . . . Die polnische Frage mußte nach dem „Secolo“ — schließlich durch einen russisch-englisch-französisch-italienischen Vertrag geregelt werden.

Solche Ausführungen — stellt die „Zemstyna“ fest — würden in dem Munde eines Feindes Rußlands verständlich sein, da sie jedoch ein Verbündeter geschrieben habe, könne man sie nicht anders nennen, als ein „skandalöses Verheizen der russischen Völker gegen ihre eigene Regierung.“

Gleichzeitig wird über Stockholm mitgeteilt, daß der russische Ministerpräsident Stürmer in diesen Tagen die Entwürfe von Gesetzen geprüft habe, die auf Änderungen der bisher den Polen gegenüber angewandten Ausnahmebestimmungen abzielten. Stürmer soll sich im allgemeinen für die Entwürfe erklärt haben, er habe jedoch eine bessere Begründung einzelner Paragraphen der Entwürfe gefordert. Die Duma soll sich in Kürze mit „jenen sehr bedeutenden Zugeständnissen für die Polen befassen“.

Man muß abwarten, ob das nicht sehr kleine und unbedeutende Zugeständnisse sein werden. Bis jetzt war es zum Beispiel nicht erlaubt, Polen in den höheren Verwaltungsdienst aufzunehmen. Gegenwärtig wünscht die Regierung eine Ausnahme im Bereiche des Ministeriums des Inneren anzurufen.

Den polnischen Organisationen, welche gezwungen waren, die Protokolle, Bücher usw. in russischer Amtssprache zu führen, soll gestattet werden, sich mit Ausnahme des Briefwechsels mit den Behörden der polnischen Sprache zu bedienen.

Andere Einschränkungen werden nicht aufgehoben, „da die Zeit nicht dementsprechend sei.“ Auf Grund obiger Telegramme kann man sich allerdings keine klare Vorstellung von der „russischen Orientierung“ machen.

Es ist in ihr die bekannte russische Tendenz zu befürchten, daß zur Durchführung der neuen Orientierung „die Zeit nicht entsprechend sein wird“.

Der energische Ton der „Zemstyna“, die einen beachtenswerten Einfluß auf die russischen Regierungskreise hat, und die Stellung Stürmers zu den Änderungen der bis jetzt gegenüber den Polen angewandten Ausnahmebestimmungen scheinen dafür zu sprechen, daß die noch unter der russischen Herrschaft stehenden Polen auf große Rücksichten seitens der amtlichen russischen Regierungspolitik nicht werden rechnen dürfen.

Es wird niemand bestreiten, daß es gegenwärtig die Polen besser haben, die sich im Königreiche Polen befinden. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß sie es immer besser haben . . . bis in die fernste Zukunft.

Aus Nr. 1 des Kraj (Vissa)
vom 18. Mai 1916.

Unter den nach Rußland verschlagenen Polen

herrscht keine Einmütigkeit. Immer deutlicher und offener wird die nicht mehr bestreitbare Tatsache festgestellt, daß unter dem polnischen Emigrantentum in Rußland keine Einmütigkeit herrscht. Deswegen braucht man natürlich nicht gleich die Hände zu ringen, aber jedenfalls muß bei jeder Gelegenheit zu einer genaueren Orientierung in den auf der politisch-sozialen Bildfläche auftretenden Richtungen gemahnt werden.

Grundsätzliche politische polnische Gruppen gibt es 3: Die nationalistisch-ausgleichsfreundliche, die liberal-ausgleichsfreundliche und die radikal-nationale.

Die erste von diesen Richtungen, nämlich die nationalistisch-ausgleichsfreundliche, kann man in folgender Weise charakterisieren:

Der Ausgleich wurde hier immer einseitig aufgefaßt: als das Bestreben des sich Verständigens mit der Behörde und mit der Regierung, als Hoffnung, von dem offiziellen Rußland etwas abzumarkieren durch „musterhaftes“ politisches Sichaufführen. Mit der russischen Gesellschaft pflegte sich diese Sphäre der polnischen Regierungsparteiler schon mit Rücksicht auf ihr zweites charakteristisches Merkmal, das Huldigen gegenüber dem Nationalismus, nicht zu verständigen. Und nach dieser Richtung hin bekundet diese Sphäre auch sogar nach ihrem Eintreffen auf dem Gebiete von Mittelrußland eine allgemeine Tätigkeit. Ihr Hauptmetier bildete das Paktieren mit den am Steuer befindlichen Faktoren und das Belehren der eigenen Landsleute dahin, wie jeder „Maximalismus“ in der polnischen Politik in Rußland eine Fälschung sei.

Mit dieser „Bagage“ erschienen die polnisch-russischen nationalistischen Ausgleichsparteiler in Mittelrußland, und sie verharren mit bewundernswerter Hartnäckigkeit bei ihren „einfachen“ Theorien, bei ihrer „klaren“ Ideologie und Unduldsamkeit, die mit vollem Schwunge alles in den Schmutz tritt, was nicht nach ihrem Sinne ist. Diese Richtung hat jedoch unter dem früheren polnischen Emigrantentum nicht viel Befürworter gefunden.

Das polnische Emigrantentum selbst hat sich ein anderes, zweites Lager, das liberal-ausgleichsparteiliche, geschaffen. In moralisch-politischer Hinsicht unterschied sich dieses Lager unerhört von den Politikern, die unter dem Kommando Roman Dmowskis standen. Das war eine weit vorsichtigere Politik, die ihre Solidarität mit der russischen Politik von der Bedingung abhängig machte, daß in der Politik diese und nicht andere Elemente zu Worte kämen.

Auf diesem Hintergrunde vollzog sich und hält eine Art politischer Roman an, der sich äußerlich überaus ästhetisch präsentiert. Unter dem russischen Polentum hat dieses zweite Lager eine ganze Menge Anhänger. In letzter Zeit geht jedoch die Menge dieser Anhänger zurück in Erwägung dessen, daß Miljukow, heute der oberste Führer der russischen Liberalen, nur verspricht, Polen lediglich das wiedergeben zu wollen, „was es durch den Krieg verloren habe“. Diese Portion politischer Wohltaten erscheint sogar Leuten, die in den russischen Liberalismus verliebt sind und an dem Siege des „fortschrittlichen Blocks“ nicht zweifeln, immerhin unzulänglich, und man muß zugeben, daß die russischen konstitutionellen Demokraten den polnischen Gedanken selbst überaus wunderbar von aller Verblendung ihnen gegenüber heilen. Sie haben ihre polnischen Freunde vollständig enttäuscht, und nur ausnahmsweise betrachten es hervorragende, auf dem Gipfel stehende Individuen unter den Polen in Rußland bis heutigen Tages als für sie „ungeschickt“, den Drehereien der Kadetten in der polnischen Frage gegenüber deutlich Stellung zu nehmen. Doch was ist zu machen? Noblesse oblige.

Beide nationale Richtungen können sich der Erfolge aus ihrer Taktik und ihrer Ideologie nicht rühmen, und so zeichnete sich auf dem Boden, der dadurch hervorgerufenen Zweifel anfangs ziemlich verschwommen, dann immer deutlicher eine dritte politische Richtung ab, die man die radikal-nationale nennen kann. Der polnische nationale Radikalismus in dem Emigrantentum geht von der Voraussetzung aus, daß die Angelegenheit Polens in Rußland weder gefühlsgemäß, noch stimmungsgemäß, noch vertrauensvoll behandelt, noch schließlich unter der Maske, sei es von allgemeinen Koalitions-, oder nur von allgemeinen slavischen Zwecken verborgen werden könne. Der nationale Radikalismus meint, daß die polnischen Emigranten an dem Nichtoffensprechen gegenüber Rußland und der ganzen Welt 1½ Jahre eingebüßt hätten und daß sie nicht meinen sollten, daß dies, wie sich aus

den Folgen zeige, eine geistreiche oder heilbringende Form gewesen sei. Sie passe weder zu dem Interesse Polens, noch zu seiner Würde. Man müsse daran denken, daß Polen das Recht habe, einen eigenen Platz an der Sonne zu verlangen, ohne jemanden zu belügen und zu täuschen, und daß dieses Verlangen kategorisch, ernst, dreist, überzeugend sein müsse. Es dürften in ihm natürlich unter den heutigen Verhältnissen Töne der Feindschaft gegenüber Rußland nicht enthalten sein . . . das sei klar, es dürfe jedoch auch keine abgegriffene Geschmeidigkeit und kein Warten auf irgend eine bezeichnende Stimmung in Rußland daraus sprechen. Es kristallisiert sich somit die Meinung, in den Unterredungen der polnischen Emigranten mit der russischen Koalition nicht nur einen anderen Ton einzuleiten, sondern diese politische Diskussion zu erweitern und vor allem zu vertiefen.

Welche von diesen drei Richtungen in der nächsten Zukunft die Oberhand gewinnen wird, das ist heute noch schwer vorauszusehen. Eins nur scheint uns heute schon gewiß, daß man statt aller Verschiedenheiten in den politischen Anschauungen wird unter den polnischen Emigranten die Notwendigkeit der Einmütigkeit in wirtschaftlichen, allgemein nationalen und kulturellen Angelegenheiten betonen müssen.

Observerator.

Aus Nr. 1 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 18. Mai 1916.

Die schreckliche Lage der polnischen Flüchtlinge in Rußland.

Nach der amtlichen russischen Zählung mußten auf Befehl der russischen Militär- und Zivilbehörden etwa $4\frac{1}{4}$ Millionen der Bevölkerung die bisherigen Wohnsitze verlassen. Diese Massen wurden auf 24 Gouvernements nördlich von Moskau in Zahl von 900 000 Personen und auf 18 Gouvernements südlich von Moskau in Zahl von $1\frac{1}{2}$ Millionen verteilt; in den westlichen Gouvernements blieben 300 000 Personen. Im ganzen wurden in den europäischen Teilen 2 700 000 Personen untergebracht. Der Rest wurde nach Asien verschickt, und zwar nach Sibirien eine Million, nach Mittelasien 200 000, nach dem Nordkaukasus 26 000, nach Transkaukasien 240 000, nach Persien über 50 000 usw. In vier an den Hauptstraßen gelegenen Gouvernements ist die Zählung der Flüchtlinge noch nicht beendet. Unzweifelhaft wird sie noch zahlreiche Zehntertausende unglücklicher Flüchtlinge umfassen, so daß die fünfte Million wahrscheinlich voll werden wird.

Mit Nachdruck muß hervorgehoben werden, daß die obigen Ziffern aus einem amtlichen russischen Blatte entnommen sind und die Anzahl der nach Rußland lebend mitgeführten Einwohner aus den von den russischen Heeren verlassenen Landesteilen bezeichnen. Es kommt hier die Frage in Betracht, wie viele von den Flüchtlingen unterwegs infolge von Hunger, Entbehrungen und Krankheit gestorben sind — wir wissen nämlich und zwar aus russischen Quellen, wie die sogenannte „Leerung“ vor sich ging.

Die aus Brest sich zurückziehenden russischen Heere trieben das Volk der Stadt und der umliegenden Dörfer vor sich hin — Zehntertausende von Männern, Frauen und Kindern mit ihrem ganzen beweglichen Hab und Gut. Die deutschen Heere drängten nach. Den russischen Nachhutern wurde der Befehl erteilt, sich rücksichtslos sofort an die Spitze der auf dem Rückzuge befindlichen russischen Heere anzuschließen. Die Ausführung dieses Befehls war nicht leicht, denn den Nachhutern versperrten die Zivilauswanderer und und die Vertriebenen den Weg. Sie aus dem Wege zu schaffen war unmöglich, denn in den Pinsker

Sümpfen lauerte auf die vom Wege Abweichenden in dem Morast der Tod.

Dieser Befehl war jedoch deutlich und wurde rücksichtslos durchgeführt.

Auf die Massen, welche nicht ausweichen wollten, weil sie es nicht konnten, richtete man Maschinengewehre, und ungefähr 14 000 „Widerpenstige“ wurden niedergestreckt. Soviel unglückliche Opfer waren es nach den Zählungen eines russischen Offiziers, der die Tatsache selbst erzählte und noch hinzufügte, daß das Dahinfahren über die eine russische Elle und höher ungleichmäßig den Weg bedeckenden Leichen, besonders für seine Artillerie, sowohl eine mühsame als auch über alles widerwärtige Arbeit gewesen sei.

Ein schreckliches Bild . . .

Das polnische Pressbureau im Haag, eine Agentur der Rapperswiler polnischen Presse-Zentrale, versendet die folgenden Korrespondenzartikel:

I.

Die Flüchtlinge in Rußland.

In einer der angesehensten amerikanischen Monatschriften „Editorial Comment of the current History“ vom März 1916 erschien ein langer Artikel, welcher den Zustand der polnischen Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Rußland schildert. Wir bieten ihn in Auszügen:

„Die letzten Depeschen aus Rußland geben die Zahl der Kriegsflüchtlinge auf 9—14 Millionen an. Sie kamen aus Kurland, Polen und Litauen und ergießen sich wie ein riesiger Strom über die mittleren und westlichen Provinzen Rußlands. Diese unermeßliche innere Völkerwanderung, die hinsichtlich ihres Umfangs in der Weltgeschichte nicht ihresgleichen hat, besitzt für Rußland eine große wirtschaftliche Bedeutung.

Die Auswanderer setzen sich aus Juden, Polen und baltischen Deutschen, den drei am meisten unternehmenden Nationalitäten unter der verschieden-sprachigen Bevölkerung Rußlands zusammen.

Sie stammen aus den zivilisiertesten Provinzen des Staates, aus Gegenden, die an Westeuropa grenzen, und durch ihre ständige Berührung mit ihren fortschrittlichen Nachbarn die fortschrittlichsten Gruppen Rußlands geworden sind. Aus den hinsichtlich Industrie und Handel am meisten entwickelten Provinzen wandern sie in die tiefsten und am meisten zurückgebliebenen Grenzgebiete des Staats. Unter ihnen begegnen wir früheren Bankiers, Kaufleuten, Industriellen, Ingenieuren, Kleinhändlern, Handelsangestellten, Agenten und einer bedeutenden Zahl durchtriebener früherer Schmuggler.

Rußland bedarf am meisten der Entwicklung. Das riesige Gebiet des Staats erheischt riesige Kräfte entsprechend diesen Aufgaben. Der gegenwärtige Krieg hat Rußland mit Scharen von Pionieren versorgt, die hinsichtlich der Zahl und Gewandtheit hinreichen, um der Aufgabe, ein neues Rußland zu schaffen, gerecht zu werden.“

Entsetzen erfasst wohl jeden Polen beim Durchlesen eines solchen Artikels. Sollen wir mit unserem Blut unseren uralten barbarischen Feind nähren?

II.

Obdachlose russische Horden.

In einer anderen Wochenschrift „Coniers National Weekly“ vom 11. März 1916 lesen wir einen Artikel von Richard Washburn Child unter dem Titel „The Homeless Hordes of Russia“:

„Die Flüchtlinge in Rußland haben gewöhnlich die Hütten, das Inventar, ihr Heimatdorf, ihr persönliches Eigentum, alle ihre Freunde, Verwandten

und sogar das Gefühl der Richtung verloren, wohin sie streben. Vor dem Flüchtling in Rußland dehnen sich unermessliche, unbekannte Gebiete und seine Zukunft aus, hinter ihm seine verlorene Vergangenheit. Das von einem Jahr aufs andere geschaffene Leben, den Becher, aus dem er trank, die Kammer, in der sein Großvater starb, sogar der gewöhnliche tägliche Anblick von seinem Flur her sind spurlos verwischt. Ausgestrichen worden ist sein Leben: der betäubte, durchfrorene, krankende, lahrende Mann drängt sich, losgerissen von allem, was sein Eigentum war, von allem, was ihn von seiner Ruh, seinem Schwein, seinem Pferde unterschied, krankhaft an dem nackten Leben, seinem einzigen Besitztum festhaltend, mit den übrigen Flüchtlingen in eine Herde zusammen, wie Schafe während des Sturmes, oder er löst sich von der Herde los, wie ein verkrüppeltes Tier und strebt unausgesetzt vorwärts, immer weiter, immer weiter. Wohin? Das weiß Gott allein.

Ich fragte ein Mitglied eines der Moskauer Rettungskomitees, wieviel Flüchtlinge es in Rußland gebe. Er antwortete: „14 Millionen“. Ein Staatsbeamter sagte mir, es seien 11 Millionen.

Welches wird das Geschick dieser Menschen sein? fragte ich einen der bekanntesten russischen Redakteure. Er antwortete mir: „Ich fürchte, daß das Schicksal jetzt allzuviel zu tun hat, um sich mit der Zukunft dieser Wandersleute zu befassen.“

Nirgends konnte ich eine klare Antwort hinsichtlich der Zukunft dieser obdachlosen Horden finden. Ich ging zu Wladislaus Zukowski, dem wahrscheinlich hervorragendsten polnischen Politiker (sic!), dem gestrigen polnischen Leader in der dritten Duma. Hier, was er mir sagte:

„Dank der Unsicherheit der Zukunft sind die Polen in Rußland, Bauern wie Nichtbauern, mit schrecklicher Bitterkeit erfüllt. Die moralische Gedrücktheit ist offenkundig. Das Leben hat keinen Wert. Möglich, daß diese Gedrücktheit sich durch den materiellen Beistand und die Sympathien der westlichen Völker mildern ließe. Man muß jedoch daran denken, daß die Kundgebungen dieser Sympathie nicht eine Form annehmen, welche die russische öffentliche Meinung reizt, da dies fatal wäre (sic! sic!).“

Ein Dorf sollte geleert werden. Kaum hatte man von diesem Befehl erfahren, da hörten wir ein lärmendes Krachen, und jeder, der auf das Haus des reichsten Besitzers des Dorfes blickte, sah Rauchsäulen aus Fenstern und Türen emporsteigen und Flammen nach dem Dache lecken. Es war dies das erste Haus. Überall wiederholte sich das gleiche. Ein Angriff ist vernichtend, aber niemals kann er verglichen werden mit der durch einen Rückzug hervorgerufenen Zerstörung. Da das Dorf den Deutschen als Halt dienen, ihnen Unterkunft und ein wenig Lebensmittel bieten könnte, muß man es also in eine schwarze Einöde von rauchenden Ruinen verwandeln unter dem durchdringenden Regen des zeitig eintretenden Winters!

Ich hörte von den Leiden der Belgier. Aber dort ist wenigstens ein Dach über dem Haupte und häuslicher Umgang. Hier in Rußland werden die Flüchtlinge hunderte von Meilen von der Heimat fortgetrieben, die nicht viele von ihnen mehr wiedersehen werden. Reiche Leute, Besitzer von Vermögen, Professoren, Berufsmenschen mit Frauen und Kindern wurden zu gewöhnlichen Bettlern.

Ich sah einen Bauern, der auf einem Stein am Wege saß und mit stierem Blick auf die neuübenden Soldatenregimenter schaute inmitten eines Schneesturmes. „Dieser Mensch kann nicht Soldat sein; denn er hat Glieder, die durch den Rheumatismus verunstaltet sind,“ sagte zu mir ein Militärarzt. „Sitz nicht hier!“ fügte er, zu dem Manne gewendet, auf

russisch hinzu. „Es ist Dir doch gewiß sehr kalt?“ Der Mann antwortete etwas auf russisch. Ich fragte, was er sage. Man antwortete mir, er sage, er habe weder eine Zukunft noch eine Vergangenheit mehr, und wenn man dieses beides nicht mehr habe, so sei es am verständigsten, auf der Stelle sitzen zu bleiben und zu warten. —

III.

Rußland ungeschicks des Ausbruchs des Krieges.

In der holländischen Monatschrift „De Tydspeel“ vom April erschien ein Originalartikel unter dem Titel „Een nieuw Gesichtspunt“, welcher eine gewisse charakteristische Beleuchtung der Rolle bietet, die Rußland in den Tagen vor dem Ausbruch des Krieges gespielt hat.

Kurz vor dem Kriege trat die Bagdadbahnfrage in den Vordergrund. Bekanntlich ist diese Sache von verschiedenen Seiten her beleuchtet worden. England war zu ihrer Unterstützung geneigt, und man konnte in diesem Punkte sogar eine starke Annäherung an Deutschland feststellen, die eine Verminderung des Einflusses Rußlands in den weiten Gebieten der Levante im Auge hatte. Jaurès stand auf dem Standpunkt, daß man diese Bahn vom menschlichen Standpunkte aus unterstützen müsse, da sie die alte fruchtbare Wiege der Menschheit, die Stätte alter und vergangener ebenso zivilisierter wie wirtschaftlich reicher Staaten, verbinde. Diesen Standpunkt kehrt er gegenüber dem Standpunkt Rußlands hervor, das in der Bagdadbahn Expansionsbestrebungen Deutschlands und eine bedeutende Verringerung seines eigenen Einflusses im Osten erblickte. Und im Grunde genommen würde diese Bahn der asiatischen Türkei eine große Bedeutung geben und damit daselbst den Einfluß des russischen Kaiserreichs einschränken.

Daß in diesem Punkte sich die englischen und russischen Bestrebungen nicht deckten, das wissen alle, und die Mißerfolge an der Dardanellenfront waren vorauszusehen. Aber die altruistische Devise John Bulls lautet immer in der Praxis wie folgt: „Sorge immer für deine Haut und sprich von anderen.“ Wenn wir bedenken, daß im Jahre 1914 zwischen dem deutschen Botschafter in Konstantinopel und einem russischen Abgeordneten Konferenzen über die Klausel stattfanden, welche die deutsch-russischen Verhältnisse auf türkischem Gebiete und im fernen Osten regeln sollte; wenn wir bedenken, daß diese Konferenzen nicht zum Ziele führten, dann werden wir verstehen, daß Rußland Grund hatte, in diesem Punkte Befürchtungen zu hegen, und daß es mit aller Kraft auf den Ausbruch eines Konflikts zwischen Deutschland und England hindrängen mußte. Die politischen Verhältnisse waren überaus günstig. Rußland hatte Gelegenheit zum Kriege mit einem seiner Feinde und zum Hineinziehen eines zweiten als seinen Bundesgenossen in den Krieg. Das ist unstrittig die bequemste Methode. Daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Rußland nicht dauern werden und können, ist für niemanden ein Geheimnis.

Diese Tatsache wirft auf die Rolle Rußlands beim Ausbruch des Krieges ein neues Licht. Auf diese interessante Erscheinung hat schon im Januar Dr. Rohrbach in der „Deutschen Politik“ hingewiesen. Man darf nicht vergessen, daß die deutsch-englischen Beziehungen kurz vor dem Kriege die denkbar besten waren, und zwar nicht nur auf türkischem Gebiete.

Unerwartet klingt auch die Behauptung, daß Rußland von vornherein bedeutend besser wie Deutschland und Österreich für den Krieg vorbereitet gewesen ist. Der Sekretär der französischen „Commission des Affaires Etrangères“, Herr Georges Reynold, hat sich aus Anlaß der beendeten Mission Delcassés in Petersburg ziemlich ungeschickt ausgesprochen. Wie

man erfährt, wurde Delcassé vom Zaren sehr herzlich aufgenommen. Er veranlaßte eine bedeutende Verstärkung der russischen Armee, und es gelang ihm, die politischen Bestrebungen beider Staaten in Einklang zu bringen. „Il ne rentra en France“ — schreibt Reynald weiter — „que dans les premiers mois de 1914, quand il eut conscience d'avoir accompli sa mission“. Er kehrte erst in den ersten Monaten 1914 zurück, als er die Sicherheit hatte, daß er seine Mission erfüllt habe. Also schon in den ersten Monaten 1914 war Rußland für den Krieg vollständig vorbereitet. Wir werden jetzt die Stellung Rußlands zu dem österreichisch-serbischen Konflikt verstehen. Noch im August 1914 haben wir im „Contemporary Review (The Balkan policy of the Habsburg Empire“) gelesen, daß Österreich ein guter Onkel sei. („In eyes of Europa Austria-Hungary was an easy-going uncle to everybody.“) Aus einer ganzen Reihe allgemein bekannter Tatsachen kann man sich leicht eine Ansicht über die Stellung Rußlands zu dem Mordanschlag auf den Erzherzog bilden. In jedem Falle ist es sicher, daß Rußland sich vorgenommen hatte, diesen Konflikt für seine Ziele auszunützen. Am 24. Juli schrieb der englische Botschafter aus Petersburg nach London, daß der französische Botschafter (schon damals) dem Minister Sjasonow die loyalen Absichten Frankreichs versichert und erklärt habe, daß Frankreich alle seine Verpflichtungen als Verbündeter erfüllen werde. Weiter teilte der englische Botschafter mit, daß Sjasonow und der französische Botschafter auf ihn einen starken Druck zwecks Erlangung einer Solidaritätserklärung Englands ausübten. Auf die wiederholte Versicherung Österreichs, daß es nicht die Absicht habe, sich in die Unabhängigkeit Serbiens oder deren Dynastie einzumischen, erklärt Rußland ständig, daß die österreichisch-serbische Frage eine allgemein europäische Frage sei. (Nebenher müssen wir bemerken, daß Rußland der polnischen Sache gegenüber sich anders verhalten hat.) Auf dieselbe Antwort stößt der englische Botschafter, als er eine diplomatische Vermittlung vorschlägt. Da es sich jetzt nur noch um Stunden, nicht mehr um Tage handelte, mußte Rußland sämtliche Kräfte anstrengen, um es nicht zu einer solchen Vermittlung kommen zu lassen. Mit dem Augenblick des Stellens eines Ultimatums war es für eine Vermittlung zu spät. Man konnte jedoch die Antwort Serbiens beeinflussen. Rußland erklärte aber sofort, daß es mit dem Augenblicke, in welchem die österreichischen Heere die serbische Grenze überschreiten würden, zur Mobilmachung gezwungen sein würde. Dank einer solchen Stellungnahme erhielt es die So-

lidaritätserklärung Englands, jedoch mit der Bemerkung, daß es vorsichtig sein möge. Bekanntlich hat Rußland schon vor der Überschreitung der serbischen Grenze durch die Österreicher mobilisiert; bekanntlich sind auch sämtliche Bemühungen des deutschen Kaisers und Eduard Greys erfolglos gewesen, und Rußland hat durch seine hartnäckige kriegerische Haltung Deutschland zur allgemeinen Mobilmachung gezwungen.

Daß es sogar in Frankreich Leute gibt, die die Sache im rechten Lichte sehen, davon zeugt das Buch von Le Bon (Gustav le Bon) „Enseignements psychologiques de la guerre Européenne“, in dem er vom Kaiser Wilhelm sagt:

„Malgré ses armements, destinés dans son esprit, à empêcher l'attaque d'une puissance quelconque, il était incontestablement pacifique.“

Weiter weist Le Bon auf die Tatsache hin, daß Deutschland erst im letzten Augenblicke sich zum Kampfe entschlossen habe, daß aus der Depesche Kaiser Wilhelms an den Zaren zu ersehen sei, daß der Kaiser den Frieden wünschte, daß der deutsche Botschafter in Petersburg sowie der englische und österreichische, jeder besonders bestrebt gewesen seien, auf das auswärtige Amt einen friedlichen Einfluß auszuüben, was ihnen nicht gelang.

Das alles bedeutet, daß auf den Ausbruch des Krieges nicht Berlin, nicht London, sondern Petersburg den entscheidenden Einfluß ausübte.

Aus Nr. 1 des Kraj (Lissa)
vom 18. Mai 1916.

Die französische Presse über die polnische Frage.

Der französische Publizist Hervé klagt in seinem „La Victoire“ über die französische Regierung, die jede Anmerkung über Polen ausmerze, und zwar auf Wunsch Rußlands, das nicht wünsche, daß sich jemand in seine Angelegenheiten einmische.

Die „La Victoire“ vom 7. vorigen Monats wurde beschlagnahmt, weil sie einen Artikel über Polen enthielt. Mit Nachdruck stellt Hervé in diesem Artikel fest, alle in den Koalitionsstaaten weilenden Polen begannen, sich für Gegner der Koalition zu erklären, da die Koalition sich von dem Gedanken an Polen abwende. Für den Fall, daß Deutschland und Österreich die polnische Frage glücklich lösen sollten, wäre das für die Koalition die schwerste militärische und moralische, für Rußland eine geradezu tödliche Niederlage.